

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

12
—
23

Demokratie- Dialog

DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

*Nadine Kasten und
Simon T. Franzmann*

Das Imperium schlägt zurück

Philipp Scharf

Krisenprotest und neue Polarisierung

Alexander Hensel

Inhalt

Demokratie und politische Kultur

Linker Radikalismus

Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratie- zufriedenheit“ fragen?

Philipp Harfst 4

Cancel Culture in digitalen Öffentlichkeiten

Zum analytischen Potenzial eines politischen
Kampfbegriffs

Joschua Helmer 14

DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

Nadine Kasten und Simon T. Franzmann 23

Das Imperium schlägt zurück

Über linke Orientierungsschwierigkeiten
während des Ukrainekriegs

Philipp Scharf 36

Radikaler Islam

Der israelisch-palästinensische Konflikt im Spiegel eines radikalislamischen YouTube-Videos

Lino Klevesath

46

Rechtsradikalismus

Krisenprotest und neue Polarisierung

Zum Wahlerfolg der AfD bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022

Alexander Hensel

56

Demografie und Rechtsextremismus

Kann die AfD von Alterungs- und Abwanderungsprozessen in Niedersachsen profitieren?

Leander Fricke

66

Demokratie und politische Kultur

Harfst, Philipp (2023):
„Was genau erfragen wir
eigentlich, wenn wir nach
„Demokratiezufriedenheit“
fragen?“ In: Demokratie-
Dialog 12 (2023) S. 4–13.
doi: 10.17875/gup2023-2367

Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen?

Philipp Harfst

Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Zustand oder dem Funktionieren der Demokratie findet sich in fast allen nationalen und internationalen Umfrage-Projekten wie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften (ALLBUS), der German Longitudinal Election Study (GLES), dem European Social Survey (ESS) oder dem World Value Survey (WVS). Auch in Niedersachsen erheben wir im Niedersächsischen Demokratiemonitor (NDM) seit 2019 regelmäßig die Demokratiezufriedenheit der Bürger*innen. Interpretiert wird die Frage nach der Demokratiezufriedenheit in der Regel als Indikator für die Legitimität des politischen Systems – und zwar, obwohl eine inzwischen langanhaltende wissenschaftliche Debatte bisher zu keiner Einigung darüber geführt

hat, was genau wir eigentlich erfragen, wenn wir nach Demokratiezufriedenheit fragen.

Der vorliegende Artikel versteht sich als Beitrag zu dieser Debatte. Zunächst beleuchten wir die grundsätzliche Relevanz des Konzepts „Demokratiezufriedenheit“ für die Politikwissenschaft. Im folgenden Abschnitt wenden wir uns dann dem Item selbst zu und diskutieren zwei Möglichkeiten, wie wir uns der Frage, was wir eigentlich messen, wenn wir nach Demokratiezufriedenheit fragen, annähern können: Erstens untersuchen wir, welche Interpretationen des Items in der Politikwissenschaft vorherrschen. Zweitens validieren wir das Item empirisch, indem wir untersuchen, inwiefern die Unterstützung von Teilaspekten der Demokratie bei den Befragten des NDM mit deren Demokratiezufriedenheit zusammenhängt. Dabei kombinieren wir Literaturrecherchen mit unseren Daten aus dem

NDM und präsentieren Befunde zur Demokratie-zufriedenheit und zum Demokratieverständnis der Menschen in Niedersachsen. Diese Analysen auf Grundlage der Daten des NDM lassen den Schluss zu, dass die Frage nach der Demokratie-zufriedenheit die Befragten zu einer zusammenfassenden Bewertung der Demokratie anregt, die eher auf institutionelle und prinzipielle Aspekte und weniger auf die Bewertung der Leistungen einzelner politischer Akteur*innen zielt.

Der Stellenwert der Demokratiezufriedenheit

Die Bedeutung des Items Demokratiezufriedenheit, das in Umfragen zur politischen Kultur seit Jahrzehnten verwendet wird, rührt her aus der für die Politikwissenschaft zentralen Frage nach der Systemunterstützung in der Bevölkerung. Die Unterstützung oder Legitimität der Demokratie ist von herausragender Bedeutung, da sie direkten Einfluss auf die Stabilität dieser Regierungsform hat. Die Funktion der Legitimität als Stabilitätsanker politischer Systeme betonten bereits die zu Klassikern avancierten Autoren der politischen Kulturforschung Gabriel A. Almond, Sidney Verba¹ und Seymour Martin Lipset². Und auch aktuelle Arbeiten – wie

beispielsweise die von David Beetham³ – betonen die Relevanz politischer Legitimität für die Stabilität politischer Systeme, die sich auch empirisch belegen lässt: Je höher die Demokratiezufriedenheit, desto eher sind Demokratien überlebensfähig.⁴

Blicken wir auf die Demokratiezufriedenheit der Menschen in Niedersachsen, finden wir im zweitgrößten Flächenland der Bundesrepublik eine recht hohe Systemunterstützung. Sowohl 2019 als auch 2021 sind mehr Menschen zufrieden mit der Demokratie als unzufrieden. Zudem hat die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Corona-Jahr 2021 im Vergleich zu 2019 insgesamt sogar noch zugenommen (siehe Abbildung 1).

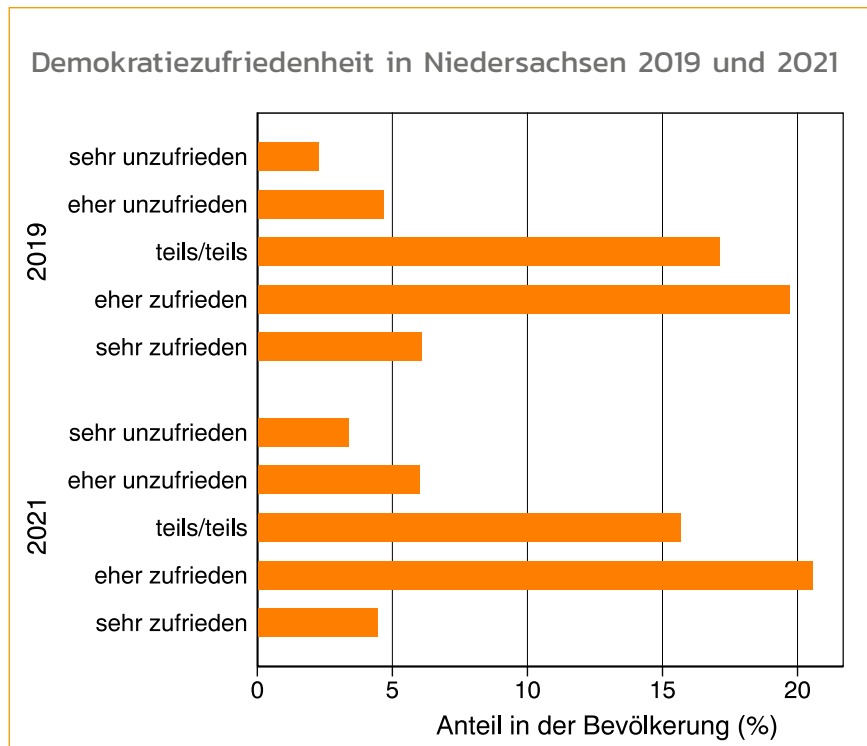


Abbildung 1: Eigene Berechnung auf der Grundlage des NDM 2019 (Marg et al. 2019) und des NDM 2021 (Schenke et al. 2021).

1 Vgl. Almond, Gabriel A./Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.
 2 Vgl. Lipset, Seymour M.: Political Man. The Social Basis of Politics, Garden City 1960.

3 Vgl. Beetham, David: The Legitimation of Power, Basingstoke 2013.
 4 Vgl. Claassen, Christopher: Does Public Support Help Democracy Survive?, in: American Journal of Political Science, Jg. 64 (2020), H. 1, S. 118–134.

Was misst der Indikator Demokratiezufriedenheit?

Auch wenn diese Werte zunächst eine gute Nachricht für die Systemunterstützung in Niedersachsen bedeuten, ist allerdings – und damit kommen wir auf die Eingangsfrage zurück – nicht eindeutig geklärt, was die Befragten eigentlich unter „Demokratie“ verstehen, wenn sie auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit antworten. Auch in der Politikwissenschaft ist weithin umstritten, was genau eigentlich eine Demokratie auszeichnet. Einem minimalen Demokratieverständnis folgend, wie es zum Beispiel Joseph Schumpeter⁵ vertritt, ist eine Demokratie insbesondere durch freie und faire Wahlen charakterisiert. Komplexere Modelle benennen eine erheblich größere Anzahl von Elementen, die eine Demokratie kennzeichnen. Wolfgang Merkels „eingebettete Demokratie“⁶ zum Beispiel zeichnet sich durch drei Dimensionen aus: Erstens die wirkungsvolle vertikale Machtkontrolle, also Wahlrecht und Partizipationsmöglichkeiten; zweitens die horizontale Herrschaftskontrolle, also Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit; drittens schließlich die transversale Dimension, die die effektive Ausübung der Macht durch demokratisch legitimierte Amtsträger*innen beschreibt. Schon diese zwei Beispiele eines sparsamen und eines umfassenden Demokratiekonzeptes machen die Bandbreite der politikwissenschaftlichen Vorstellungen zum Demokratiebegriff deutlich.

Wenn bereits in der Fachdisziplin eine solche Vielfalt an Vorstellungen zum Demokratiebegriff vertreten wird, wäre es höchst verwunderlich, wenn die Demokratievorstellungen der niedersächsischen Bürger*innen nicht ebenso

vielfältig wären. Zwar zeigt Gal Ariely⁷, dass im internationalen Vergleich ein gewisses Grundverständnis von Demokratie vorherrscht, das sich als prozedurales Demokratiekonzept beschreiben lässt und Elemente wie freie Wahlen, Bürgerrechte, Referenden sowie gleiche Rechte für Männer und Frauen umfasst. Ähnliche Befunde liefert der NDM 2019⁸, in dem sich jeweils eine große Mehrheit der Menschen in Niedersachsen zu Machtwechseln durch demokratische Wahlen, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung als unverzichtbare Bestandteile der Demokratie bekennt. Daneben liefert unsere Befragung aber auch recht deutliche Hinweise auf substantielle Unterschiede im Demokratieverständnis der Menschen in Niedersachsen: Umstritten ist insbesondere, ob zu einer Demokratie auch die Notwendigkeit von Volksentscheiden auf Bundesebene, die Möglichkeit, Konflikte offen auszutragen, und die Frage, ob alle Bevölkerungsgruppen im Parlament repräsentiert sein sollen, gehören. Darüber hinaus stellen beachtliche dreißig Prozent der Befragten das staatliche Machtmonopol, das wesentliche Merkmal von Merkels transversaler Dimension der Demokratie, in Frage.⁹ Sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Bevölkerung bleibt der Demokratiebegriff also ein „essentially contested concept“¹⁰.

Wenn nun aber die Stabilität eines politischen Systems tatsächlich von der Zufriedenheit der Bürger*innen mit eben dieser konzeptionell so umstrittenen Demokratie abhängt, so ist es von immenser Bedeutung, genauer zu bestimmen,

5 Vgl. Schumpeter, Joseph A.: *Capitalism, Socialism and Democracy*, London 1947.

6 Merkel, Wolfgang: *Eingebettete und defekte Demokratien*, in: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie*, Wiesbaden 2016, S. 455–484.

7 Vgl. Ariely, Gal: *Democracy-Assessment in Cross-National Surveys: A Critical Examination of How People Evaluate Their Regime*, in: *Social Indicators Research*, Jg. 121 (2015), H. 3, S. 621–635.

8 Marg, Stine et al.: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019*, Göttingen 2019.

9 Vgl. Marg et al., hier S. 49.

10 O'Donnell, Guillermo: *The Perpetual Crises of Democracy*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 18 (2007), H. 1, S. 5–11, hier S. 6.

was wir eigentlich erfragen, wenn wir nach „Demokratiezufriedenheit“ fragen. Im Folgenden blicken wir zunächst auf die fachwissenschaftliche Diskussion und wenden uns im Anschluss der empirischen Untersuchung in Niedersachsen zu.

Wissenschaftliche Interpretationen von Demokratiezufriedenheit

Damarys Canache, Jeffery J. Mondak und Mitchell A. Seligson¹¹ unterschieden bereits vor rund zwanzig Jahren fünf Perspektiven auf den Indikator Demokratiezufriedenheit, die noch heute vorherrschen: Erstens wird Demokratiezufriedenheit als Indikator für die Unterstützung der aktuellen Amtsinhaber*innen interpretiert. Zweitens heißt es, dass es sich um einen Indikator für Systemunterstützung handele. Drittens wird Demokratiezufriedenheit als zusammenfassender Indikator verstanden, der Unterstützung sowohl für Amtsinhaber*innen als auch für das System als Ganzes erfasst. Viertens wird argumentiert, dass das Item Demokratiezufriedenheit zwar ein ungenauer Indikator sei, diese Ungenauigkeit aber akzeptabel sei, da er insbesondere aufgrund der Verfügbarkeit langer Datenreihen für eine große Anzahl von Ländern Analysen ermögliche. Fünftens schließlich wird dafür plädiert, dass – gerade vor dem Hintergrund der offenkundig vorherrschenden Unsicherheiten bezüglich der genauen Bedeutung des Indikators – die Frage nach der Demokratiezufriedenheit besser gar nicht gestellt werden solle.

Pippa Norris¹² nimmt in dieser Kontroverse eine vermittelnde Position ein. Unter Rückgriff

auf David Easton¹³ hat sie ein Kontinuum der politischen Unterstützung entwickelt, das von spezifischer bis hin zu diffuser Unterstützung reicht. Unter *spezifischer* Unterstützung, dem einen Pol dieses Kontinuums, versteht sie die Unterstützung für einzelne Amtsinhaber*innen, die stark von der individuellen Bewertung ihrer konkreten Leistungen geprägt ist, und daher mit den persönlichen politischen Präferenzen der Befragten variiert. *Diffuse* Unterstützung am anderen Ende des Kontinuums bezeichnet die prinzipielle Unterstützung der Menschen für die Demokratie als Idee. Eine Mittelposition zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung auf diesem Kontinuum nehmen laut Norris das Vertrauen in einzelne politische Institutionen wie das Parlament oder die Regierung sowie Bewertungen der Performanz des politischen Systems ein.

Ähnlich der bereits erwähnten Auffassung, nach der Demokratiezufriedenheit ein zusammenfassender Indikator sei, macht Norris' Idee eines Kontinuums klar, dass es sich bei dem Item um ein Messinstrument handelt, das sowohl Bewertungen der Leistungen einzelner Akteur*innen als auch der politischen Institutionen und sogar der Demokratie als Prinzip erfasst.

Trotz dieser konzeptionellen Klärung bleibt jedoch nach wie vor offen, in welchem Maße die Befragten sich bei der Beantwortung der Frage nach ihrer Demokratiezufriedenheit von *spezifischen* oder von *diffusen* Überlegungen zu den einzelnen Komponenten der Demokratie leiten lassen. Ebenfalls ungeklärt bleibt, ob einzelne Bevölkerungsgruppen systematisch unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe heranziehen oder ob die Mischung aus spezifischer Leistungsbewertung und diffuser Demokratiebe-

11 Vgl. Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A.: Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: Public Opinion Quarterly, Jg. 65 (2001), H. 4, S. 506–528.

12 Vgl. Norris, Pippa: Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge 2011, hier S. 24.

13 Vgl. Easton, David: The political system. An inquiry into the state of political science, New York 1953; Easton, David: A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.

wertung über unterschiedliche Gruppen hinweg homogen ist.

Empirische Validierung des Items Demokratie-zufriedenheit

Wenden wir uns nun der empirischen Validierung des Items zu. Dazu untersuchen wir, ob die Antworten auf unsere Frage nach der Demokratiezufriedenheit mit Bewertungen von Akteur*innen, Institutionen und Prinzipien auf verschiedenen Positionen des von Pippa Norris präsentierten Kontinuums zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung zusammenhängen. Am spezifischen Pol des Kontinuums fragt man zum Beispiel nach dem Vertrauen in einzelne Amtsinhaber*innen und in die Zufriedenheit mit deren Amtsführung. Am diffusen Pol des Kontinuums kann man nach der Unterstützung für bestimmte Prinzipien der Demokratie wie der Gleichheit aller Bürger*innen oder der Rechtsstaatlichkeit fragen. In der Mitte des Kontinuums liegt die Beurteilung einzelner Institutionen eines politischen Systems.

Bereits 1993 präsentierten Harold D. Clarke, Nitish Dutt und Allan Kornberg Hinweise darauf, dass hohe Werte bei der Demokratiezufriedenheit in Kanada *sowohl* mit positiven Bewertungen der Amtsinhaber*innen *als auch* des politischen Systems insgesamt einhergehen.¹⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Analysen zu Rumänien und El Salvador, wo sich zusätzlich noch Zusammenhänge mit der Unterstützung für die Demokratie als Prinzip zeigen.¹⁵ Wiederrum zeigt sich also, dass die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie Bewertungen auf ganz unterschiedlichen Hierarchiestufen auf dem von Norris vorgeschlagenen Kontinuum anregt.

Mit Blick auf Unterschiede im Demokratieverständnis verschiedener Bevölkerungsgruppen lässt sich zeigen, dass diese tatsächlich existieren. So unterscheiden sich die Zusammenhänge zwischen der Demokratiezufriedenheit und anderen Bewertungen des politischen Prozesses bei Menschen mit hohem im Vergleich zu Menschen mit geringem politischem Wissen. Ein Zusammenhang zwischen hoher Demokratiezufriedenheit und einer Unterstützung für die Demokratie als Prinzip findet sich nur bei denjenigen mit hohem politischem Wissen.¹⁶ Dies lässt sich als Hinweis darauf interpretieren, dass die Antworten auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliches meinen. Wenn dem so wäre, könnte man die Demokratiezufriedenheit über diese Gruppen hinweg nur schwerlich vergleichen und der Indikator wäre somit kein geeignetes zusammenfassendes Maß für die politische Legitimität eines Systems.

Doch wie sieht es nun in Niedersachsen aus? Welche Einzelelemente des Kontinuums zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung sind hierzulande mit Demokratiezufriedenheit verknüpft? Diese Frage können wir mit Hilfe des NDM 2021 beantworten. Dort stellten wir die Frage „Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?“ mit den Antwortmöglichkeiten „sehr zufrieden“, „eher zufrieden“, „teils/teils“, „eher unzufrieden“ und „sehr unzufrieden“. Die Antworten darauf können wir in Beziehung setzen zu Fragen nach der Problemlösungskompetenz der Politik, zum Vertrauen in einzelne Institutionen und zu Fragen, die sich auf die Unterstützung der Demokratie als Prinzip beziehen. Mit der Frage nach der Problemlösungskompetenz können wir den Pol der spezifischen Unterstützung auf dem von Norris vorgeschlagenen Kontinuum abdecken. Dessen diffusen Pol bilden wir mit dem Index „Demokratieunterstützung“ ab, der zwei Fragen zu demokratischen Grundprinzipien kombiniert: Erstens fragten wir, ob die Menschen der Aus-

14 Vgl. Clarke, Harold D./Dutt, Nitish/Kornberg, Allan: The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies, in: Journal of Politics, Jg. 55 (1993), H. 4, S. 998–1021.

15 Vgl. Canache/Mondak/Seligson.

16 Ebd.

Effekt soziodemografischer Merkmale und individueller Einstellungen auf die Wahrscheinlichkeit, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zu sein

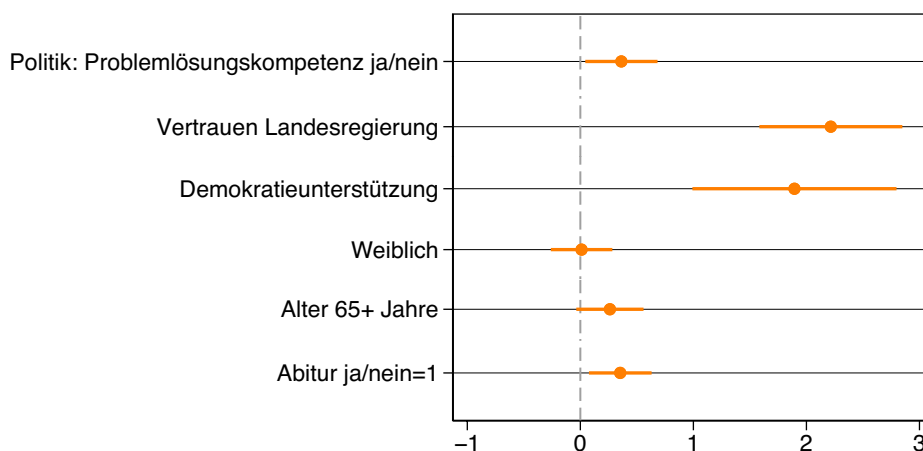


Abbildung 2: Eigene Berechnung (logistische Regression) auf der Grundlage des NDM 2021 (Schenke et al. 2021).

sage zustimmen, dass eine funktionierende Demokratie ohne politische Opposition nicht denkbar sei; zweitens wollten wir wissen, ob die Menschen der Aussage zustimmen, dass Parteien für die Demokratie notwendig sind. Die dritte Variable, das Vertrauen in die Landesregierung, fragt nach der Unterstützung für eine der zentralen Institutionen des Landes und bildet damit den Mittelbereich des Kontinuums zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung ab. Anhand soziodemografischer Charakteristika wie Geschlecht, Alter und formale Bildung können wir anschließend herausfinden, ob sich das Demokratieverständnis systematisch zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen unterscheidet.¹⁷

Werfen wir zunächst einen Blick auf die in Abbildung 2 dokumentierten Ergebnisse des Gesamtmodells. Dort sind auf der x-Achse die Wahrscheinlichkeiten abgetragen, dass ein*e Befragte*r zufrieden mit dem Funktionieren der

Demokratie in Deutschland ist.¹⁸ Die Datenpunkte bezeichnen den Effekt, den die jeweiligen Variablen in unserem Modell auf diese Wahrscheinlichkeit ausüben. Statistisch signifikante Effekte auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie können wir für diejenigen Variablen nachweisen, deren Konfidenzintervalle (die Linien rechts und links der Datenpunkte) nicht die gestrichelt eingezeichnete Null-Linie schneiden. Wir finden also keine Effekte für Geschlecht und Alter. Die vier übrigen Variablen hingegen sind einflussreich. Den stärksten Effekt auf die Demokratiezufriedenheit hat das Vertrauen in die Landesregierung. Menschen, die der Landesregierung stark vertrauen, sind mit einer um zwanzig Prozent höheren Wahrscheinlichkeit zufrieden mit dem Zustand der Demokratie als diejenigen, die der Landesregierung nicht vertrauen. Die prinzipielle Unterstützung der repräsentativen Demokratie mit Oppositi-

17 Alle drei Variablen sind dichotom als ja/nein-Variablen kodiert: Geschlecht – Befragte*r weiblich; Alter – Befragte*r älter als 65 Jahre; formale Bildung – Befragte*r hat Abitur.

18 Auch die Variable Demokratiezufriedenheit ist hier dichotom als ja/nein kodiert. Als zufrieden betrachten wir dabei all diejenigen, die „eher“ oder „sehr zufrieden“ mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sind (vgl. auch Abb. 1).

on und konkurrierenden Parteien hat einen fast ebenso starken Effekt. Deutlich geringer, aber immer noch messbar, ist der Effekt auf die Demokratiezufriedenheit, wenn die Befragten der Politik die Kompetenz zur Lösung der wichtigsten Probleme im Land zuschreiben und wenn sie das Abitur abgelegt haben. In beiden Fällen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten zu den mit der Demokratie Zufriedenen gehören, um rund fünf Prozent an.

Welche ersten Schlussfolgerungen können wir aus diesen Befunden ziehen? Wir stellen fest, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie – so wie es sich auch in den oben zitierten Studien gezeigt hat – mit den unterschiedlichen Stufen des von Pippa Norris beschriebenen Kontinuums politischer Unterstützung zusammenhängt. Am stärksten ist der Zusammenhang mit Indikatoren, die in der Mitte des Kontinuums oder an dessen diffussem Ende angesiedelt sind: Vertrauen in politische Institutionen wie die Landesregierung (Mitte des Kontinuums) und die prinzipielle Unterstützung der repräsentativen Demokratie (Pol der diffusen Unterstützung) haben beide einen starken Effekt auf die Demokratiezufriedenheit. Auch die Einschätzung, dass die Politik in der Lage ist, die aus Sicht der Bürger*innen wichtigsten Probleme zu lösen, wirkt sich positiv auf die Demokratiezufriedenheit aus. Dieses Item, das dem spezifischen Pol des Kontinuums der Systemunterstützung zuzurechnen ist, hat allerdings einen deutlich geringeren Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit unserer Befragten in Niedersachsen.

Wir stellen also auch anhand unserer eigenen Daten fest, dass das Demokratieverständnis der Bürger*innen in Niedersachsen das gesamte Spektrum der spezifischen bis hin zur diffusen Systemunterstützung abdeckt. Im Unterschied zu den oben zitierten Studien hat der spezifische Aspekt der Unterstützung der Demokratie aber nur einen geringen Effekt, es überwiegen institutionelle und prinzipielle Aspekte. Das Item Demokratiezufriedenheit ist somit also auch in Niedersachsen grundsätzlich ein zu-

sammenfassender Indikator. Unsere Befragten scheinen aber dazu zu neigen, die konkrete Problemlösungskompetenz, die stark an einzelnen Akteur*innen hängt, nicht der Demokratie an sich zuzurechnen. Dies ist ein interessantes Ergebnis, da die Demokratie ja gerade davon lebt, dass einzelne Akteur*innen in Wahlen bestätigt oder aber auch abgewählt werden können. Das Demokratieverständnis der Menschen in Niedersachsen kann man daher als aufgeklärt-demokratisch bezeichnen, gerade weil die Beurteilung der Demokratie selbst nur zu einem geringen Maße mit den konkreten (Fehl-)Leistungen einzelner Akteur*innen in Verbindung gebracht wird.

Um das Item Demokratiezufriedenheit aber als zusammenfassenden Indikator für eine solchermaßen aufgeklärte Unterstützung der Demokratie verwenden zu können, muss sich dieses Bild in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in möglichst ähnlicher Art und Weise zeigen. Es darf also keine substanziellen, systematischen Unterschiede im Demokratieverständnis zwischen diesen Gruppen geben. Um zu testen, ob solche systematischen Unterschiede im Demokratieverständnis auftreten, vergleichen wir den Effekt unserer drei Variablen zum Demokratieverständnis in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Männer und Frauen, Menschen jünger und älter als 65 Jahre, Menschen mit und ohne Abitur).¹⁹

Unsere Ergebnisse deuten stark darauf hin, dass sich das Demokratieverständnis zwischen diesen Gruppen nicht systematisch unterscheidet. So haben Alter und Geschlecht keinen Effekt auf die Wirkung der Variablen Problemlösungskompetenz, Vertrauen in die Landesregierung

19 Im Unterschied zu den Ergebnissen, die wir in Abb. 2 präsentieren, berechnen wir nun die Effekte getrennt für jede der genannten Gruppen. Technisch gesehen handelt es sich dabei wiederum um logistische Regressionsmodelle, diesmal allerdings unter Einschluss sogenannter Interaktionsterme, die uns erlauben, Effekte beispielsweise für ältere und jüngere Menschen getrennt auszuweisen.

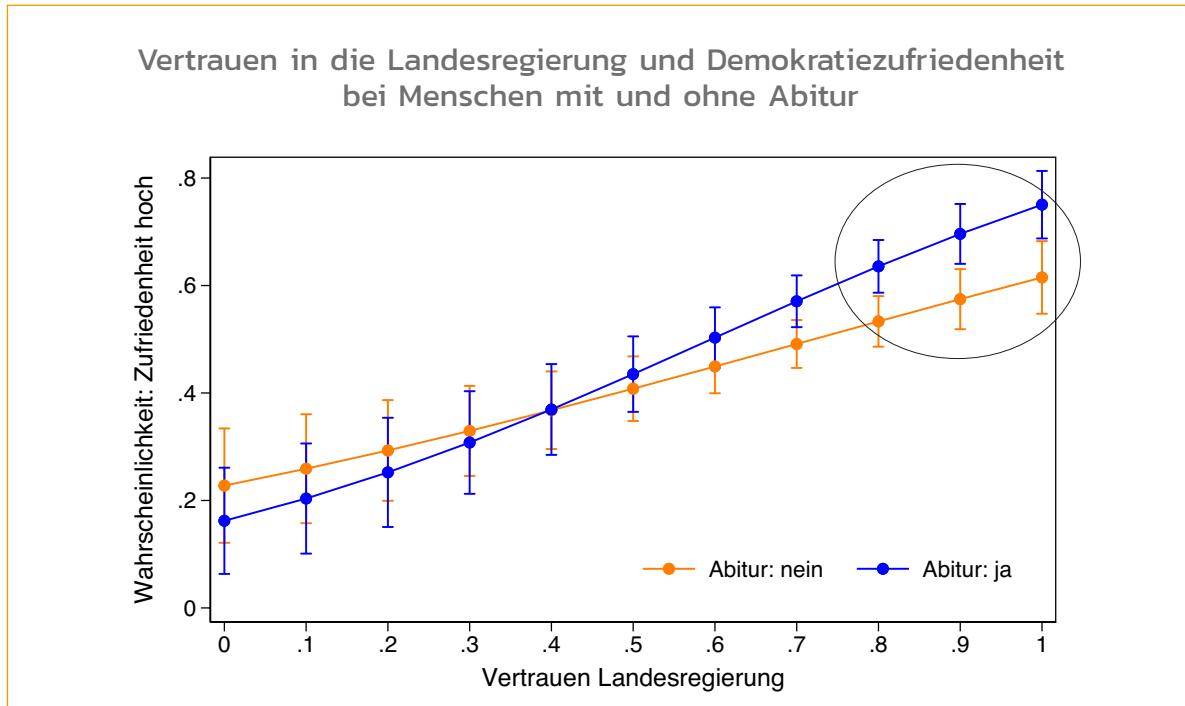


Abbildung 3: Eigene Berechnung (logistische Regression mit Interaktionstermen) auf der Grundlage des NDM 2021 (Schenke et al. 2021).

und prinzipielle Demokratieunterstützung auf die Demokratiezufriedenheit. Lediglich die formale Bildung macht einen Unterschied, allerdings nur in einem einzelnen Fall und in einem sehr begrenzten Bereich. Abbildung 3 zeigt, wie genau die Wahrscheinlichkeit, dass ein*e Befragte*r zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist, mit dem Vertrauen in die Landesregierung und mit der formalen Bildung zusammenhängt.

Wie bereits erläutert, steigt die Demokratiezufriedenheit mit zunehmendem Vertrauen in die niedersächsische Landesregierung grundsätzlich an. Dabei liegt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen zufrieden mit der Demokratie sind, bei denjenigen, deren Vertrauen in die Landesregierung sehr gering ist, bei lediglich 20 Prozent. Mit zunehmendem Vertrauen in die Landesregierung steigt diese Wahrscheinlichkeit auf bis zu 70 Prozent an. Die Unterschiede, die sich mit Blick auf die formale Bildung zeigen, lassen sich in Abbildung 3 ebenfalls ablesen. Bei den Befragten, die der Landesregierung nicht ver-

trauen, hat das Abitur einen leicht negativen, allerdings statistisch nicht signifikanten Effekt. Sie sind etwas weniger zufrieden als diejenigen ohne Abitur, die der Landesregierung ebenso wenig vertrauen. Mit zunehmendem Vertrauen in die Landesregierung kehrt sich dieses Verhältnis um. Bei mittleren Vertrauenswerten sind diejenigen mit Abitur etwas zufriedener als diejenigen ohne Hochschulreife – allerdings sind auch diese Unterschiede statistisch nicht signifikant. Der Anstieg der Zufriedenheit ist bei Menschen mit Abitur aber steiler als bei denjenigen ohne Abitur. Substanziell nachweisbare Unterschiede finden sich erst ab Werten von 0,8 Punkten auf unserer von 0 bis 1 reichenden Vertrauens-Skala (in Abbildung 3 mit einem Kreis markiert).

Für die Frage nach dem Demokratieverständnis der Menschen in Niedersachsen bedeutet das, dass die Demokratiezufriedenheit tatsächlich als ein zusammenfassender Indikator interpretiert werden kann, der von der spezifischen bis hin zur diffusen Unterstützung alle Aspekte der

Demokratie umfasst. Dabei fallen aber die spezifischen, akteursbezogenen Aspekte weniger ins Gewicht als Bewertungen der politischen Institutionen und der Demokratie als Prinzip. Dieses aufgeklärte Demokratieverständnis ist zudem über fast alle hier betrachteten gesellschaftlichen Gruppen hinweg homogen, so dass wir es mit einem aussagekräftigen Indikator zu tun haben. Und auch wenn sich nicht exakt sagen lässt, in welchem Maße genau die Frage nach der Demokratiezufriedenheit die Zufriedenheit mit einzelnen Amtsträger*innen, mit politischen Institutionen oder mit der Demokratie als Prinzip abfragt: Eine grundsätzliche Wertschätzung für diese Regierungsform, ihre Prinzipien, Institutionen und Vertreter*innen dürfen wir guten Gewissens ablesen!

Was bedeutet dies für die zukünftige Forschung zur Demokratiezufriedenheit?

Für die weitere Forschung zur Zufriedenheit mit der Demokratie bedeutet dies, dass wir mit der Demokratiezufriedenheit einen zuverlässigen zusammenfassenden Indikator zur Verfügung haben, der es uns erlaubt, die Wertschätzung der Bürger*innen in Niedersachsen für die Demokratie zu analysieren. Allerdings hat die hier präsentierte Analyse der Elemente, die mit der Demokratiezufriedenheit der Menschen zusammenhängen, einen entscheidenden Nachteil: Wir können die beschriebenen Zusammenhänge lediglich indirekt und mit Hilfe statistischer Verfahren aufdecken. Um genauer zu bestimmen, welches Demokratieverständnis bei der Beantwortung der Frage nach der Zufriedenheit mitschwingt, sind weitere Untersuchungen angezeigt, in denen die Menschen direkt nach ihrem Demokratieverständnis befragt werden. Hier bietet sich ein Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden an. Studien, die diesen Methodenmix in Deutschland und Rumänien

anwenden²⁰, fragen im Anschluss an die (quantitative) Frage nach der Demokratiezufriedenheit, die – wie im hier ausgewerteten NDM – auf einer Skala mit verschiedenen vorgegebenen Antwortoptionen beantwortet werden soll, in einer offenen Nachfrage (qualitativ) nach dem Frageverständnis der Befragten. Dabei sollten die Befragten beispielsweise in einer von Karin Kurz, Peter Prüfer und Margrit Rexroth durchgeführten Studie folgende Frage beantworten: „Als Sie eben die Frage [nach Ihrer Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie, Anm.d.Verf.] beantwortet haben, an was haben Sie da gedacht? Was ist Ihnen alles durch den Kopf gegangen, bis Sie die Antwort gegeben haben?“²¹. Dieses so genannte Probing-Verfahren führt wiederum zu dem uns inzwischen wohlbekanntem Ergebnis, dass die Beantwortung der Frage von einer Palette an Vorstellungen geprägt ist, die von spezifischer bis zu diffuser Unterstützung der Demokratie reicht. Auch wenn die Befunde von Kurz et al. das Ergebnis der Diskussion hier insofern bestätigen, ist die qualitative Nachfrage zum Demokratieverständnis im Rahmen eines Probings dennoch der Weg, der uns in Zukunft genauere Aufschlüsse zum Frageverständnis der Bürger*innen im Speziellen und zu ihrem Demokratieverständnis im Allgemeinen erlaubt. Auch die qualitativen Vertiefungsstudien zum quantitativen NDM bieten die Möglichkeit, das Demokratieverständnis der Menschen in Niedersachsen noch genauer zu untersuchen.

20 Vgl. Canache/Mondak/Seligson; Kurz, Karin/Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit: Zur Validität von Fragen in standardisierten Erhebungen: Ergebnisse des Einsatzes eines kognitiven Pretestinterviews, in: ZUMA Nachrichten, Jg. 23 (1999), H. 44, S. 83–107.

21 Kurz/Prüfer/Rexroth, hier S. 97.

Literatur:

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

Ariely, Gal: Democracy-Assessment in Cross-National Surveys: A Critical Examination of How People Evaluate Their Regime, in: *Social Indicators Research*, Jg. 121 (2015), H. 3, S. 621–635.

Beetham, David: *The Legitimation of Power*, Basingstoke 2013.

Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A.: Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 65 (2001), H. 4, S. 506–528.

Claassen, Christopher: Does Public Support Help Democracy Survive?, in: *American Journal of Political Science*, Jg. 64 (2020), H. 1, S. 118–134.

Clarke, Harold D./Dutt, Nitish/Kornberg, Allan: The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies, in: *Journal of Politics*, Jg. 55 (1993), H. 4, S. 998–1021.

Easton, David: *The political system. An inquiry into the state of political science*, New York 1953.

Easton, David: A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.

Kurz, Karin/Prüfer, Peter/Rexroth, Margrit: Zur Validität von Fragen in standardisierten Erhebungen: Ergebnisse des Einsatzes eines kognitiven Pretestinterviews, in: *ZUMA Nachrichten*, Jg. 23 (1999), H. 44, S. 83–107.

Lipset, Seymour M.: *Political Man. The Social Basis of Politics*, Garden City 1960.

Norris, Pippa: *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge 2011.

Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efpraxia: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019*, Göttingen 2019.

Merkel, Wolfgang: Eingebettete und defekte Demokratien, in: *Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie*, Wiesbaden 2016, S. 455–484.

O'Donnell, Guillermo: The Perpetual Crises of Democracy, in: *Journal of Democracy*, Jg. 18 (2007), H. 1, S. 5–11.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021*, Göttingen 2021.

Schumpeter, Joseph A.: *Capitalism, Socialism and Democracy*, London 1947.



Dr. Philipp Harfst ist Projektmanager von FoDEx und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschung ist im Spannungsfeld zwischen vergleichender Demokratie-, Einstellungs- und Verhaltensforschung angesiedelt. Er interessiert sich insbesondere für Fragen der Demokratiezufriedenheit und der politischen Legitimität sowie deren institutioneller und individueller Determinanten.

Helmer, Joshua (2023):
„Cancel Culture in digitalen
Öffentlichkeiten. Zum ana-
lytischen Potenzial eines
politischen Kampfbegriffs“
In: Demokratie-Dialog 12
(2023) S. 14–22.
doi: 10.17875/gup2023–2368

Cancel Culture in digitalen Öffentlichkeiten

Zum analytischen Potenzial
eines politischen Kampfbegriffs

Joschua Helmer

Eine Bedrohung der Meinungs-
freiheit in liberalen Gesell-
schaften durch eine aufkom-
mende Cancel Culture hält
Teile der Presse in Atem: „Ra-
dikale Kräfte wollen an Uni-
versitäten eine neue Zensur
durchsetzen.“¹ Nach dem Vor-
bild der US-amerikanischen Linken würden auch
im deutschsprachigen Raum vermehrt bürger-
liche und konservative Positionen angegriffen
und ihre Vertreter:innen aus der Öffentlichkeit
gedrängt. Was möglicherweise noch wie eine

Sammlung von Einzelfällen wirke, sei tatsächlich
Ausdruck einer linksradikalen Diskurshoheit, die
abweichende Meinungen unterdrücke und damit
erst am Anfang stünde – so suggeriert die *Neue
Zürcher Zeitung*.

Der Literaturwissenschaftler Adrian Daub hat in
der Edition Suhrkamp eine Analyse dieses Kri-
sendiskurses vorgelegt. Er entlarvt ihn als mor-
alische Panik mit historischen Kontinuitäten,
die interessante Phänomene und Entwicklun-
gen jedoch eher verschleierte als offenlege.² In
seiner Analyse legt er einen Schwerpunkt auf
den Universitätscampus als Ursprung vieler An-
ekdoten des Diskurses – wodurch die Dynamik

1 Gujer, Eric: Cancel Culture ist kein Studentenkult. Es
ist eine neue Form des Extremismus, in: NZZ Online,
12.08.2022, URL: <https://www.nzz.ch/meinung/cancel-culture-an-der-universitaet-eine-neue-form-von-extremismus-ld.1697478> [eingesehen am 20.03.2023].

2 Vgl. Daub, Adrian: Cancel Culture Transfer. Wie eine
moralische Panik die Welt erfasst, Berlin 2022.

des Cancelns in Sozialen Medien am Rande der Betrachtung bleibt.

Der vorliegende Beitrag vollzieht Daubs Analyse nach und versucht auf dieser Grundlage, auch Phänomene des Cancelns in digitalen Öffentlichkeiten analytisch greifbar zu machen – jenseits des politisierten Kampfbegriffs der Cancel Culture. Dafür stelle ich zunächst Daubs Dekonstruktion des Krisendiskurses vor und identifiziere deren Leerstelle in Bezug auf Soziale Medien. Anschließend entwickle ich ein soziologisches Konzept des Cancelns, das in der Lage ist, Cancel-Phänomene für eine Debatte jenseits politischer Kampfbegriffe zu erschließen. Damit möchte der Beitrag eine kritische Perspektive vorschlagen, die sich jedoch dezidiert nicht zu Warnungen vor dem Ende der liberalen Gesellschaft hinreißen lässt.

Die Dekonstruktion des Cancel-Culture-Diskurses

Daub widmet sich vor allem den deutschen, aber auch den angelsächsischen und französischen Debatten über die Grenzen des Sagbaren, Ansprüche an inklusive Sprache, diskriminierendes oder übergriffiges Verhalten am Arbeitsplatz und Proteste bei öffentlichen Auftritten – also den Debatten, die oft unter den Schlagworten politische Korrektheit, Cancel Culture und Wokeness geführt werden. Er stützt sich auf eine quantitative Erhebung von Begriffskonjunkturen im Zeitverlauf, Fallstudien zu bekannten Anekdoten und deren melodramatischer Überhöhung im Diskurs, deren literarische Verortung im Genre der Campus-Romane sowie auf Interviews mit Zeitungs-Redakteur:innen. Diese vielfältige empirische Grundlage führt Daub nicht streng strukturiert, aber doch überzeugend argumentiert zu einem Tableau der Debatte zusammen.

Die Krisendiagnose des Cancel-Culture-Diskurses lässt sich laut Daub wie folgt zusammenfassen: Was zunächst in Sozialen Medien als

rhetorische Entgleisung, Aggression und Übertreibung in der kritischen Thematisierung von politischen wie sozialen Problemen begonnen habe, habe sich mittlerweile zu einem linken Radikalismus ausgewachsen, der weite Teile von Universitäten, Verlagen und sogar Unternehmen erfasst habe. Diese Milieus handelten vorgeblich im Namen der Emanzipation, verträten dabei jedoch einen totalitären Anspruch. Ihre Kritik zielt nicht auf eine konstruktive Debatte, sondern auf eine Bestrafung ab, sei gegen Personen statt Verhalten gerichtet und erstrecke sich ohne Differenzierung auch auf das Umfeld der Kritisierten. Der totalitäre Anspruch zeige sich im Ziel, missliebige Personen und deren Leistungen auch rückwirkend aus der Geschichte zu radieren – Angriffe „auf spezifische Personen, hinter denen ein breiterer Angriff auf die Prämissen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung lauert.“³ Die Drohung solcher Angriffe führe zu einer ausufernden Selbstzensur und treibe letztlich eine Spaltung der Gesellschaft voran.

Eine moralische Panik ...

Daub kann jedoch zeigen, dass der Diskurs über Cancel Culture eher Merkmale einer moralischen Panik als einer präzisen Gegenwartsdiagnose aufweist. Das entscheidende Merkmal einer moralischen Panik ist, dass sie sich nicht auf Vorfälle stützt, die der Fiktion entspringen, sondern dass sie tatsächliche Vorfälle fiktionalisiert: Anekdoten werden aus ihrem Kontext gerissen und als allgemeiner Trend bezeichnet. Dieser wird medial aufgegriffen, dramatisiert und als Bedrohung gesellschaftlicher Werte definiert. Eine solche Krisendiagnose liefert fortan eine stereotype Schablone zur Identifizierung weiterer Fälle und Probleme.⁴ Daubs Kritik am Cancel-Culture-Diskurs ist demnach nicht, dass er

3 Daub, S. 41.

4 Daub, S. 31–32.

der reinen Fantasie entspringe,⁵ sondern dass er derart fikionalisiert werde, dass seine politische Wirkmächtigkeit in keinem Verhältnis zur Ausgangslage stünde: Aus linkem Protest werde eine totalitäre Bedrohung der freien Gesellschaft konstruiert.

Diese Fiktionalisierung von Anekdoten durch eine Dekontextualisierung und Melodramatisierung kann mit Hilfe von Daubs literaturwissenschaftlichem Instrumentarium sehr präzise herausgearbeitet werden. Entlang mehrerer Fallstudien zeigt er auf, dass typische Beiträge des Cancel-Culture-Diskurses sich nicht der Analyse und Einordnung der kritisierten Vorfälle widmen, sondern diese vielmehr verallgemeinert und als Bestätigung des bereits Bekannten herangezogen würden. Die Relevanz werde dabei vorausgesetzt – ungeachtet dessen, dass der Bezug zwischen einer scharf kritisierten Vorlesung an einem kleinen US-amerikanischen College oder einer Nischen-Debatte in Sozialen Medien und dem Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland sehr wohl begründungspflichtig sei. Selbst schon länger zurückliegende Anekdoten würden regelmäßig angeführt, ohne die meist marginalen oder sogar ausbleibenden Konsequenzen für die Betroffenen entsprechend einzuordnen.

Beiträge, die sich der ausführlicheren Vorstellung eines Vorfalls widmen, fielen durch eine starke Melodramatisierung auf: In szenischen Einstiegen hetzt der professorale Protagonist als Ausgestoßener durch eine Menge tuschelnder Studierender. Ein Gespräch mit der Universitätsleitung wird semantisch in den Gerichtssaal verlegt: Der Angeklagte steht vor dem Tribunal und wartet darauf, sanktioniert zu werden. Als tragisch-ironische Pointe des Geschehens stellt sich heraus, dass der Beschuldigte doch eigent-

lich selbst linksliberal sei; wenn es ihn treffe, könne es wohl jeden treffen. Selbst die eindeutig literarische Version dieser Pointe – Philip Roths Roman „Der menschliche Makel“ – wird als Beleg einer realen gesellschaftlichen Bedrohung herangezogen.

Das Ziel dieser Fiktionalisierungen sei die ständige Verknüpfung von „Gegenwart und Vergangenheit, Anekdote und System [...], ohne diese wirklich jemals explizit [...] untermauern“⁶ zu müssen. Sie zeigten ihre Wirkmacht spätestens dann, wenn die Campus-Posse als Vorbotin der Kulturrevolution erst auf den zweiten Blick weit hergeholt erscheint – an derartigen Verknüpfungen zu totalitären Regimen und ähnlichen Eskalationen fehlt es im Diskurs nicht.

... mit historischen Kontinuitäten ...

Daub arbeitet ebenfalls detailreich heraus, dass diese Fiktionalisierung von Anekdoten bereits seit über 30 Jahren die Debatte über politische Korrektheit charakterisiere. Das sprichwörtliche Gespenst des linken Totalitarismus stehe angeblich schon lange kurz vor seiner Materialisierung. Neben der Entlarvung als moralische Panik ist dies der zweite zentrale Befund von Daubs Analyse des Cancel-Culture-Diskurses: Er stünde – mit gewissen Akzentuierungen – in einer eindeutigen und überraschend stabilen historischen Kontinuität. „Der Ton, der Duktus [...] ist erstaunlich monolithisch und darüber hinaus seit Jahrzehnten konstant.“⁷ So zeichnet Daub die Obsession von Teilen der US-amerikanischen Öffentlichkeit mit ihren Universitäten von den 1950er Jahren bis zu einer breiten Rezeption des Diskurses über die Gefahren politischer Korrektheit im Universitätskontext in den 1980 bis 1990er Jahren nach. Dessen Kontinuität zum heutigen Cancel-Culture-Diskurs wird

5 Damit unterscheidet sich Daub auch von Kritiker:innen des Cancel-Culture-Diskurses, die die Existenz sämtlicher korrespondierender Phänomene in Abrede stellen oder als durchgehend unproblematisch bezeichnen.

6 Daub, S. 15.

7 Daub, S. 14.

durch einleitende Zitate illustriert, die sich im Vergleich der 2020er mit den 1990er Jahren kaum unterscheiden.

Kontinuitäten findet Daub auch bei den beteiligten Akteuren – wobei deutlich wird, dass es sich bei der Cancel-Culture-Debatte nicht um einen diskursiven Unfall handelt, sondern hier ein strategisch lancierter politischer Kampfbegriff erfolgreich medial verfängt. Daub muss dafür nicht von Hinterzimmer-Verschwörungen raunen, sondern verbindet überzeugend Kurzportraits konservativer „Anekdotenlieferanten“⁸ mit Aussagen von Zeitungs-Redakteur:innen und begründeten Vermutungen, welche Funktion der Cancel-Culture-Diskurs für die beteiligten Akteure erfüllt. Ausgangspunkt des Diskurses seien organisierte konservative Netzwerke in den USA, für die die Sammlung und Dokumentation von potenziell verwertbaren Anekdoten Teil der politischen Auseinandersetzung sei. Die Verbreitung dieser Anekdoten im deutschen Feuilleton gelinge insbesondere dann, wenn sie von zumindest nominell linken oder liberalen Personen aufgegriffen werde, die vor linken Twitter-Mobs warnen. Das sei laut Daub auch eine Reaktion des Feuilletons auf seinen teilweisen Verlust von kultureller Deutungsmacht an die Sozialen Medien – weshalb sich die deutsche Debatte vor allem in diesem Ressort und nicht etwa im Politik-Ressort abspiele. Für Zeitungsverlage wiederum sei die Debatte ein lohnendes Produkt – mit geringem Rechercheaufwand ließen sich Seitenzugriffe und Abonnements steigern.

Der Diskurs sei damit für die Beteiligten schlicht nützlich: Konservative politische Akteure könnten sich auf einen gemeinsamen Gegner verständigen, Verlage in ökonomisch schwierigen Zeiten Leser:innen binden. Autor:innen des Feuilletons könnten sich als „heterodoxe Denker“, die dem „Zeitgeist Stopp entgegenbrüll[en]“ gerieren, „intellektueller als die Intellektuellen, intelligenter als die Intelligenz [...] als Fürspre-

cher für jene, die von den Modeerscheinungen und Irrtümern des Zeitgeists vor den Kopf gestoßen sind“.⁹ Das Publikum könne sich zuletzt in oppositioneller Pose den eigenen Befindlichkeiten widmen und nebenbei eine Reihe gesellschaftlicher Probleme als in der Verantwortung übergeschnappter Linker stehend wegerklären.

... die interessante Phänomene verschleiert.

Mit seiner Analyse bewegt sich Daub weitestgehend jenseits der gegenwärtigen Kritik¹⁰ am Cancel-Culture-Diskurs, die mit ihrem Fokus auf dessen Scheinheiligkeiten und Projektionen in der politischen Auseinandersetzung verhaftet bleibt.¹¹ Gleichzeitig identifiziert er solche Scheinheiligkeiten und Projektionen regelmäßig als lohnenswerte Ausgangspunkte, um hinter den Cancel-Culture-Diskurs zu blicken und Phänomene des Cancelns zu verstehen. Was sind also die Phänomene, die der Cancel-Culture-Diskurs entgegen seines Versprechens eher verschleiert als freilegt? An welchen Stellen

9 Daub, S. 24.

10 Vgl. Diez, Georg: Die Cancel-Culture-Strategie, in: Zeit Online, 14.11.2022, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2022-11/cancel-culture-meinungsfreiheit-politischer-diskurs-identitaetspolitik/> [eingesehen am 20.03.2023]. Vgl. ebenso Schaible, Jonas: Warum wir den Begriff „Cancel Culture“ canceln sollten, in: Der Spiegel, 30.08.2022, S. 50.

11 Daub möchte die Debatte versachlichen, auch wenn dies nicht immer gelingt: Die ein oder andere zusätzliche These wird eher als Spitze eingeworfen denn argumentativ untermauert – was sich kurzweilig liest, aber ähnlich wie der kritisierte Gegenstand die klare Analyse der Pointe opfert. Eine (kontrovers diskutierte) sozialwissenschaftliche Versachlichung durch die empirische Analyse von Selbstzensur an Universitäten streben bspw. Traunmüller und Revers an, vgl. Villa, Paula-Irene/Traunmüller, Richard/Revers, Matthias: Lässt sich „Cancel Culture“ empirisch belegen? Impulse für eine pluralistische Fachdebatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 71 (2021), H. 46, S. 26–33.

8 Daub, S. 156.

kann eine Analyse ansetzen, die über Daubs Diskurskritik hinausgeht?

Zunächst verstellt, so sein Befund, eine gegenwärtige Verfremdung des Konzepts der Cancel Culture den Blick auf dessen frühe kritische Diskussion in „tendenziell linken, tendenziell jungen, tendenziell afroamerikanischen Onlinediskursen“.¹² Hier ging es um die Frage, wie produktiv oder eben unproduktiv bis grenzüberschreitend öffentliche Kritik in Sozialen Medien ist und inwiefern es für marginalisierte Gruppen überhaupt Alternativen gebe, Kritik zu äußern. Der Cancel-Culture-Diskurs deute diese differenzierte Debatte innerhalb der Linken zu einer politischen Strategie der Linken um, anstatt die Diskussion fortzuführen. Durch diese Umdeutung ändere der Diskurs auch das Subjekt: In den fiktionalisierten Anekdoten würden die gecancelten Personen zu Protagonist:innen, die von einer diffusen Menge aus Studierenden oder von einem Twitter-Mob bedroht würden. Diese Wahl bestimme zum einen, um wessen Befindlichkeiten es ginge, und zum anderen, wer medial zu Wort kommen und eine Position vertreten dürfe. Produktiver wäre es stattdessen, alle beteiligten Personen einer solchen Auseinandersetzung zu berücksichtigen bzw. auch die Befindlichkeiten marginalisierter Gruppen zu thematisieren.

Die Gegenüberstellung eines grundsätzlich privilegierten, aber vereinzelt Opfers und eines ggf. gesellschaftlich marginalisierten, aber zahlenmäßig überlegenen Mobs nehme zudem die Beantwortung einer Machtfrage vorweg, die zunächst noch diskutiert werden müsse: Wo wird welche Art von Macht verortet und kritisiert, wo nicht? Der Cancel-Culture-Diskurs setze zudem mindestens implizit und regelmäßig auch explizit eine Machtverschiebung vom Staat zur Zivilgesellschaft voraus, wenn letztere als neue Zensurinstanz kritisiert werde. Wer jedoch der Zivilgesellschaft Zensur vorwerfen wolle, müsse den Staat künstlich schwach schreiben – und

mache sich bewusst blind für die wichtige Differenzierung zwischen der Macht des Staates und der Macht der Zivilgesellschaft.

Gegen Ende seines Buches nähert sich Daub anhand des Beispiels junger Autor:innen dem Kern, den ein produktiver Cancel-Culture-Diskurs haben könnte, und arbeitet Rahmenbedingungen heraus, unter denen zivilgesellschaftlicher Protest tatsächlich zu kritikwürdigen individuellen Konsequenzen führen könne: Dies könne Personen in prekären Arbeitsfeldern ohne einen starken Rückhalt durch Arbeitgeber:innen passieren, die aus beruflichen Gründen gehalten sind, sich in Sozialen Medien zu exponieren, dort mit einer engagierten und vernetzten Community agieren und bei dieser in Ungnade fallen. Auch wenn man Daubs Einschätzung, ab wann Konsequenzen bedenklich sind, nicht zwangsläufig teilen muss: Sein Beispiel ist weit differenzierter und überzeugender als die fiktionalisierten Anekdoten des Diskurses. Wer überall Cancel Culture vermutet, findet sie anscheinend nicht, wenn sie tatsächlich auftritt.

Analytische Leerstelle: Cancel Culture in digitalen Öffentlichkeiten

Daubs Analyse fokussiert darauf, wie und für wen der Cancel-Culture-Diskurs funktioniert. Durch seine Betonung von Kontinuitäten zur Kritik an Political Correctness steht das genuin Neue nur am Rande seiner Betrachtung – seine Analyse spiegelt einen Diskurs, der seit 30 Jahren den bald sicher eintretenden Totalitarismus der Linken ankündigt und darüber analytisch blind wird. Gleichzeitig gibt Daubs Buch zwei Hinweise, wo und wie eine lohnenswerte und ggf. kritische Analyse des Cancelns ansetzen kann: Erstens empfehlen die Ursprünge des Begriffs in selbstkritischen Onlinediskursen und die identifizierten Rahmenbedingungen für das Entstehen einer Cancel Culture eine Beschäftigung mit Sozialen Medien. Zweitens legen der Interaktionscharakter des Cancelns und die zentrale Rolle von Macht eine Analyse aus

¹² Daub, S. 85.

soziologischer Perspektive nahe. Im Folgenden widme ich mich daher den digitalen (Gegen-) Öffentlichkeiten¹³, die durch Soziale Medien hergestellt werden, und versuche ein soziologisches Konzept zu umreißen, das dort stattfindende Cancel-Phänomene für eine produktive Debatte jenseits des politischen Kampfbegriffs erfassen kann.

Ausgangspunkt dafür ist der historische Ursprung des Cancelns und des Calling-outs in digitalen afroamerikanischen Gegenöffentlichkeiten. Calling-out ist hier eine aktivistische Strategie, um auf Diskriminierungserfahrungen hinzuweisen, die systemischen Ursprung haben und sich an prominenten Fällen herauskristalisieren. Es kanalisiert Aufmerksamkeit auf eine Problemlage, erlaubt die Diskussion von geteilten Diskriminierungserfahrungen und eröffnet eine Diskussion über die Bewertung von und mögliche Reaktionen auf diese.¹⁴ Das Canceln als einer möglichen Form der Reaktion besteht im gezielten Aufmerksamkeitsentzug gegenüber einer (berühmten) Person oder Marke, deren Werte, Handlungen oder Äußerungen als dieser Aufmerksamkeit unwürdig empfunden wer-

den – das digitale Pendant zum Boykott.¹⁵ Die Verankerung beider Strategien in den Diskursen marginalisierter Personen ist dabei entscheidend: Nur im Angesicht sonstiger Machtlosigkeit ist Aufmerksamkeitsentzug eine naheliegende Strategie.

Ein soziologisches Konzept des Cancelns: Normsetzung und -durchsetzung

Diese Strategien der Problematisierung und des Protests beinhalten immer auch implizite oder explizite Erwartungen an alternatives Verhalten und Äußerungen – sie formulieren eine soziale Norm.¹⁶ Für eine analytische Betrachtung des Cancelns in digitalen Öffentlichkeiten empfiehlt es sich, zunächst Inhalt, Urheber und Adressat dieser Norm zu verstehen: Welche Erwartung wird formuliert? Wer formuliert diese Erwartung? An wen wird sie adressiert? Die bloße Formulierung einer solchen Verhaltenserwartung bedeutet nämlich zunächst weder, dass sie in weiten Teilen der Gesellschaft akzeptiert und erfüllt wird, noch, dass es Konsequenzen hätte, ihr nicht zu folgen. Sie ist zunächst einmal nur ein Appell, der beispielsweise den Verzicht auf diskriminierende Sprache, Äußerungen oder Handlungen fordert. Calling-out bedeutet aus dieser Perspektive, dass der Verstoß gegen eine solche Norm öffentlich thematisiert und kritisiert wird.¹⁷ Die entscheidende Frage ist hier, was einen Normverstoß konstituiert und wie schwerwiegend dieser ist: Welches Verhalten wird kritisiert? Inwiefern weicht dieses Verhalten von der postulierten Erwartung ab? Spätestens an dieser Stelle wird die Analyse offen normativ und muss sich in der Debatte

13 Gegenöffentlichkeiten sind Kommunikationsräume marginalisierter Gruppen, die zur allgemeinen gesellschaftlichen Öffentlichkeit keinen Zugang haben oder sich bewusst jenseits dieser austauschen möchten. Solche Gegenöffentlichkeiten werden durch die Vernetzungsmöglichkeiten Sozialer Medien gestärkt bzw. teilweise überhaupt erst ermöglicht. Gleichzeitig verwischen Interaktionsmöglichkeiten in Sozialen Medien diese (analytische) Trennung, die heute eher mit dem Konzept von einzelnen Blasen innerhalb einer dissonanten Öffentlichkeit diskutiert wird. Vgl. Knüpfer, Curd/Pfetsch, Barbara/Heft, Annett: Demokratischer Wandel, dissonante Öffentlichkeit und die Herausforderungen vernetzter Kommunikationsumgebungen, in: Oswald, Michael/Borucki, Isabel (Hrsg.): Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, Wiesbaden 2020, S. 83–101.

14 Vgl. Clark, Meredith: Drag Them: A brief etymology of so-called "cancel culture", in: *Communication and the Public*, Jg. 5 (2020), H. 3–4, S. 88–92.

15 Clark, S. 88.

16 Vgl. Schubert, Karsten: „Political Correctness“ als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik, in: *Leviathan*, Jg. 48 (2020), H. 1, S. 29–51.

17 Vgl. Billingham, Paul/Parr, Tom: Online Public Shaming: Virtues and Vices, in: *Journal of Social Philosophy*, Jg. 51 (2020), H. 3, S. 371–390.

herausfordern lassen: Wie nachvollziehbar und gerechtfertigt fällt die Bewertung eines potenziellen Normverstößes aus?

Die Anekdoten des Cancel-Culture-Diskurses überspringen diese beiden Schritte und beginnen mit – in der Regel drastischen – Schilderungen von Reaktionen auf Normverstöße. Der Kontrast zur Begriffsgeschichte des Cancelns, die den Entzug von Aufmerksamkeit als einzig verbleibende Strategie des politischen Protests marginalisierter Gruppen identifiziert, zeigt, wie verkürzt diese Betrachtungsweise ist. Grundsätzlich ist jedoch sowohl in der Formulierung einer Norm als auch in der Kritik ihrer Missachtung durchaus der Wille angelegt, dass sie auch befolgt wird – nur ist eine entsprechende Normdurchsetzung¹⁸ bei weitem nicht so einfürmig oder gar erfolgreich, wie der Cancel-Culture-Diskurs suggeriert.

Die Macht zur Normdurchsetzung

Der Wille zur Durchsetzung von Normen rückt zwei Aspekte in den Fokus: Zunächst ist das die bereits angerissene Differenzierung zwischen der Formulierung einer Norm als Appell an das Verhalten von Dritten einerseits und der tatsächlichen Befolgung und damit Geltung einer Norm andererseits. Der Cancel-Culture-Diskurs missachtet diese Differenzierung regelmäßig, leitet schon aus einem Appell einen angeblichen Zwang ab und ignoriert überdies, dass Normen auch aus Überzeugung akzeptiert und befolgt werden können.¹⁹ Der zweite Aspekt ist

die zentrale Rolle von Macht für die Auseinandersetzung um Normen als Verhaltenserwartungen.²⁰ Zwar ist die Formulierung von Normen und die Kritik an Normverstößen auch durchgehend von Machtverhältnissen geformt; nirgends tritt dies jedoch so deutlich zu Tage wie in der Frage, welche Normen tatsächlich – auch gegen potenziellen Widerstand – durchgesetzt werden. Hier stellen sich die kritischsten Fragen jeder Analyse von Normdurchsetzungen in digitalen Öffentlichkeiten: Wer möchte eine Norm durchsetzen? Mit welchen Mitteln soll sie durchgesetzt werden? Wie erfolgreich sind diese Versuche? Auch hier folgt nahtlos die explizit normative Einordnung: Wie angemessen sind die gewählten Strategien im Hinblick auf das kritisierte Verhalten und die kritisierte Person? Wird Kritik ihrem Gegenstand gerecht oder schießt sie über ihr Ziel hinaus? Wie konstruktiv und produktiv ist sie – und wo schlägt sie ggf. sogar ins straf- oder zivilrechtlich Relevante um?²¹

Eine solche sequentielle, soziologische Definition des Cancelns als Versuch der Normsetzung und Normdurchsetzung in digitalen Öffentlichkeiten ermöglicht es, das Phänomen sowohl umfassend zu verstehen als auch zu kritisieren. Anders als im Cancel-Culture-Diskurs kann Kritik differenzierter geäußert und genauer verortet werden. Die Definition ist sensibel dafür, welche Phänomene ausschließlich in den Rahmen zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen fallen und inwiefern darüber hinaus der Staat

des Guten und Richtigen anlegen – wodurch sie nicht zwangsläufig überzeugender, aber eben auch nicht zwangsläufig ideologischer sind. Auch unter diesen Schlagworten werden bloße Appelle als angebliche Übergriffe abgewehrt.

18 Ich verwende hier bewusst nicht den auch soziologisch gebräuchlichen Begriff der Sanktion, um die Differenzierung zwischen *staatlicher* Sanktion und *sozialer* Sanktion deutlich zu machen.

19 Vgl. dazu auch die hier ausgesparte, aber eng verwandte Kritik an Wokeness und Moralisierung in der öffentlichen Debatte. Beide Phänomene zeichnen sich dadurch aus, dass sie progressive Maßstäbe des Guten und Richtigen statt konservativer Maßstäbe

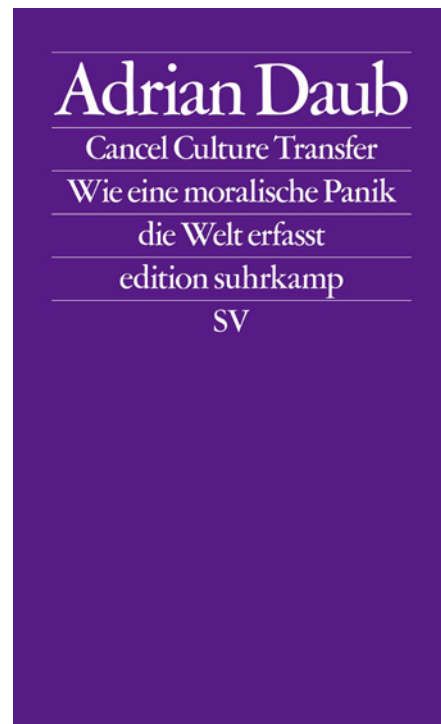
20 Vgl. Thiele, Martina: Political Correctness und Cancel Culture – eine Frage der Macht, in: *Journalistik – Zeitschrift für Journalismusforschung*, Jg. 4 (2021), H. 1, S. 72–79.

21 Vgl. Wynn, Natalie: Canceling | ContraPoints, in: *ContraPoints*, 02.01.2020, URL: <https://youtu.be/OjMP-JVmXxv8> [eingesehen am 20.03.2023].

oder Unternehmen als Akteure auftreten, was die Abgrenzung zu staatlicher Zensur oder prekären Arbeitsverhältnissen erlaubt. Zuletzt ist sie – trotz ihres Ursprungs in digitalen afroamerikanischen Gegenöffentlichkeiten – ideologisch zwischen den verschiedenen Konfliktparteien neutral und zur Analyse sämtlicher Normsetzungen geeignet.

Cancel Culture und die Fiktion der liberalen Gesellschaft

Dadurch kann eine soziologische Betrachtung abschließend auch eine aufrichtigere Definition von Cancel Culture liefern als der korrespondierende Diskurs es vermag, wenn man an diesem Begriff festhalten möchte: Als Cancel Culture können die Muster des zivilgesellschaftlichen Konflikts über die Setzung und Durchsetzung konkurrierender Verhaltenserwartungen in digitalen Öffentlichkeiten bezeichnet werden. Sie umfasst einerseits die Möglichkeit marginalisierter Gruppen, sich über Diskriminierungserfahrungen auszutauschen, korrespondierende Normen zu formulieren und diese direkt an privilegierte Personen zu adressieren. Cancel Culture umfasst andererseits jedoch auch die Abwehrreaktion derer, die sich in Ignoranz ihrer Privilegien bislang in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen wähnten und Erwartungen an ihr Verhalten als Zumutung empfinden. Der Cancel-Culture-Diskurs entpuppt sich in dieser Lesart als aggressiver Verteidiger einer wohligen Fiktion – eine durchaus notwendige Kritik des Cancelns leistet er jedoch nicht.



Adrian Daub: *Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*, Berlin 2022. © Suhrkamp Verlag

Literatur:

Billingham, Paul/Parr, Tom: Online Public Shaming: Virtues and Vices, in: *Journal of Social Philosophy*, Jg. 51 (2020), H. 3, S. 371–390.

Clark, Meredith: Drag Them: A brief etymology of so-called "cancel culture", in: *Communication and the Public*, Jg. 5 (2020), H. 3–4, S. 88–92.

Daub, Adrian: *Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*, Berlin 2022.

Diez, Georg: Die Cancel-Culture-Strategie, in: *Die Zeit*, 14.11.2022, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2022-11/cancel-culture-meinungsfreiheit-politischer-diskurs-identitaetspolitik/> [eingesehen am 20.03.2023].

Gujer, Eric: Cancel Culture ist kein Studentenuk. Es ist eine neue Form des Extremismus, in: *NZZ Online*, 12.08.2022, URL: <https://www.nzz.ch/meinung/cancel-culture-an-der-universitaet-eine-neue-form-von-extremismus-ld.1697478> [eingesehen am 20.03.2023].

Knüpfer, Curd/Pfetsch, Barbara/Heft, Annett: *Demokratischer Wandel, dissonante Öffentlichkeit und die Heraus-*

forderungen vernetzter Kommunikationsumgebungen, in: Oswald, Michael/Borucki, Isabel (Hrsg.): *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung*, Wiesbaden 2020, S. 83–101.

Schaible, Jonas: Warum wir den Begriff „Cancel Culture“ canceln sollten, in: *Der Spiegel*, 30.08.2022, S. 50.

Schubert, Karsten: „Political Correctness“ als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik, in: *Leviathan*, Jg. 48 (2020), H. 1, S. 29–51.

Thiele, Martina: Political Correctness und Cancel Culture – eine Frage der Macht, in: *Journalistik – Zeitschrift für Journalismusforschung*, Jg. 4 (2021), H. 1, S.72–79.

Villa, Paula-Irene/Traunmüller, Richard/Revers, Matthias: Lässt sich „Cancel Culture“ empirisch belegen? Impulse für eine pluralistische Fachdebatte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 71 (2021), H. 46, S. 26–33.

Wynn, Natalie: Canceling | *ContraPoints*, in: *ContraPoints*, 02.01.2020, URL: <https://youtu.be/OjMPJvMxvV8> [eingesehen am 20.03.2023].



Bild: David Ausserhofer

Joschua Helmer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Referent für die AG „Digitalisierung und Demokratie“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina tätig.

Kasten, Nadine und Franzmann, Simon T. (2023): „DieBasis: Partei der Unzufriedenen?“ In: Demokratie-Dialog 12 (2023) S. 23–34. doi: 10.17875/gup2023-2369

DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

Nadine Kasten und
Simon T. Franzmann

Einleitung

Im Schatten der Corona-Pandemie gründete sich im Sommer 2020 eine neue Partei, „dieBasis“. Konkreter Gründungsanlass war die Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen. Als Gründungsursache kann zudem eine weitergehende Unzufriedenheit mit den demokratischen Prozessen in Deutschland vermutet werden. Was diese Demokratie(un)zufriedenheit angeht, gab es zumindest bis zum Ausbruch des Ukrainekrieges einen paradoxen Befund: Entgegen der medialen Diskussion verschlechterte sich (zunächst) die mittlere Demokratiezufriedenheit nicht, sondern stieg sogar an. Genauer: Es ließ sich ein Auseingehen der Demokratiezufriedenheit – in Niedersachsen, aber auch in der

gesamten Bundesrepublik¹ – beobachten. Die Corona-Pandemie verstärkte somit einen Effekt, der sich in der allgemeinen deutschen Bevölkerungsumfrage ALLBUS schon seit 2002 abzeichnet: einen Anstieg *sowohl* der Anzahl der Zufriedenen *als auch* der Unzufriedenen.² Eine Partei, die explizit an diese Unzufriede-

1 Vgl. Franzmann, Simon T.: Eine polarisierende Zufriedenheit: Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt, in: Demokratie-Dialog, H. 10/2022, S. 2–8. Der medial diskutierte Rückgang der Demokratiezufriedenheit entstand *nach* der Hochphase der Pandemie im Rahmen des Ukrainekrieges und der damit verbundenen Energiekrise.

2 Vgl. Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Helmer, Joshua/Kühnel, Steffen M.: Die Polarisierung der Demokratiezufriedenheit in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, unveröffentlichtes Manuskript, Göttingen 2023. Die Auswertung basiert auf dem

nen appelliert, ist dieBasis. Während des ersten Pandemiesommers formulierte sie ein Gegenprogramm zur staatlichen Corona-Politik. Sie fordert insbesondere – nicht nur im Namen – mehr Basisdemokratie.

DieBasis wird medial sehr kritisch beleuchtet. Die Befunde zu ihrer Einordnung sind indes zum Teil diffus und widersprüchlich. Immer wieder werden die Partei oder einzelne Mitglieder in Zusammenhang mit der „Querdenken“-Bewegung, Verschwörungsideologien, Antisemitismus, dem rechten oder rechtsradikalen Milieu, der AfD oder der Reichsbürgerszene gebracht.³ Gleichzeitig finden sich auch ehemalige Grünen-Mitglieder, etwa Anhänger*innen von Alternativmedizin und Anthroposophie, bei dieBasis.⁴ Nadine Frey und Oliver Nachtwey charakterisieren dieBasis als parteipolitische Institutionalisierung der „Querdenken“-Bewegung.⁵ Für Baden-Württemberg machen die Autor*innen ein transformiertes alternatives und anthroposophisches Milieu als eine der wichtigsten Quellen der „Querdenken“-Bewegung aus, das zu einem nicht unerheblichen Teil aus früheren Grünen-Anhänger*innen besteht.⁶ Im Unterschied dazu gibt es in Ostdeutschland laut Frey und Nachtwey stärkere Verbindungen dieser Bewegung zur AfD und ins rechte Milieu.⁷ Claudia Barth nannte dieBasis 2021 „mindestens rechtsoffen“ und attestierte ihr „eine sehr

große Nähe zur AfD und ihren Positionen“.⁸ Zu einer ähnlichen Schussfolgerung kommt auch Florian Finkbeiner.⁹ Thomas Bräuninger und Marc Debus bezeichnen dieBasis als „im Parteienspektrum nicht eindeutig verortbar“ sowie in einigen Äußerungen populistisch.¹⁰

Wir argumentieren in diesem Beitrag, dass die Verwirrung um die Einordnung der Partei sich mit Hilfe des Rückgriffs auf einen spezifischen Parteityp lösen lässt: den Typus der Anti-Establishmentpartei, der sich vor allem für Mitteleuropa bereits etabliert hat. Denn dieBasis scheint genau dies zu sein: eine Partei, die etablierte Institutionen verändern möchte. Daher hat sie eine gewisse Attraktivität für Personen aus ganz unterschiedlichen politischen Milieus, einschließlich solcher, die gelegentlich rechtspopulistische Parteien wählen, ohne selbst rechtspopulistisch zu sein.

Wer ist dieBasis?

Am 04. Juli 2020 kamen 45 Personen im kleinen Ort Kirchheim im hessischen Landkreis Hersfeld-Rotenburg zusammen. Am Ende ihres Treffens hatte eine neue Partei die politische Bühne betreten: Die „Basisdemokratische Partei Deutschland“, kurz „dieBasis“. Sie ging aus der – im April 2020 gegründeten und später wieder aufgelösten – Partei Widerstand 2020 hervor.¹¹ dieBasis setzt sich insbesondere gegen Corona-Maßnahmen und -Impfungen ein.

kumulativen ALLBUS-Datensatz ZA5274 und dem 2021er ALLBUS ZA5280.

3 Vgl. Laufer, Daniel: „Die Basis“. Eine schrecklich nette Partei, in: netzpolitik.org, 05.06.2021, URL: <https://netzpolitik.org/2021/die-basis-eine-schrecklich-nette-partei/> [eingesehen am 03.02.2023].

4 Vgl. Frey, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Protteste in Baden-Württemberg, Basel 2021, S. 12.

5 Vgl. Frey/Nachtwey, S. 6.

6 Vgl. Frey/Nachtwey, S. 4f.

7 Vgl. Frey/Nachtwey, S. 5.

8 Zit. n. Laufer.

9 Vgl. Finkbeiner, Florian: Corona-Protteste, Verschwörungsmuthe und Antisemitismus, in: Demokratie-Dialog H. 10/2022, S. 51–59.

10 Bräuninger, Thomas/Debus, Marc: Basisdemokratische Partei Deutschland, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, 10.02.2021, URL: <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/baden-wuerttemberg-2021/326203/basisdemokratische-partei-deutschland/> [eingesehen am 03.02.2023].

11 Vgl. Frey/Nachtwey, S. 12.

Sie kritisiert in ihren Augen unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen und eine Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die politischen Eliten im Rahmen des Pandemie-Managements und darüber hinaus. Außerdem möchte sie das deutsche politische System basisdemokratisch umgestalten. Ihre Hauptanliegen fasst dieBasis in vier Säulen zusammen: Die „Säule der Freiheit“ des Individuums, welche Freiheitsrechte als die wichtigsten Grundrechte betont, die „Säule der Machtbegrenzung“ in Politik und Gesellschaft, die „Säule der Achtsamkeit“ im zwischenmenschlichen Umgang sowie die „Säule der Schwarmintelligenz“ als politischer Problemlösungsansatz.¹² In ihrer Satzung bekennt sich die Partei zur Methode des „Systemischen Konsensierens“¹³, mithilfe derer der auf den geringsten Widerstand stoßende Lösungsvorschlag zur Konsensfindung ermittelt werden soll. Mittlerweile haben sich in allen Bundesländern Landesverbände gegründet, der niedersächsische im September 2020.

Der Partei dieBasis gelang sowohl bei der letzten Bundes- als auch bei der vergangenen niedersächsischen Landtagswahl für eine Kleinpartei ein Kuriosum: Sie erzielte in fast allen niedersächsischen Wahlkreisen, in denen sie eine*n Direktkandidat*in gestellt hatte, mehr Erst-, also Kandidat*innenstimmen, als Zweitstimmen. Die 1,6 % Erststimmen bei der Bundestagswahl waren das zweithöchste Erststimmen-Ergebnis einer nicht im Bundestag vertretenen Partei nach den Freien Wählern. Bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022 erzielte dieBasis 1,3 % der Erststimmen und war damit hinter FDP und Linkspartei die dritterfolgreichste nicht im Landtag vertretene Partei.¹⁴ Die besten

Erststimmenergebnisse erreichte dieBasis in den Wahlkreisen Unterweser (6,6 %), Wolfsburg (6,6 %), Elbe (6,3 %), Friesland (5,5 %), Göttingen/Münden (5,5 %) und Goslar (4,1 %). In den Ergebnissen gibt es ein auffälliges Muster: Überall dort, wo die AfD keine*n Direktkandidat*in aufstellte, konnte dieBasis besonders hohe Erststimmenanteile erzielen. Allerdings sind diese stets deutlich niedriger als die dortigen Zweitstimmenanteile der AfD. Das heißt: Die Kandidat*innen der Partei dieBasis scheinen für einen Teil der AfD-Wähler*innenschaft attraktiv zu sein – aber nicht für alle. Eingedenk dessen, dass auch die AfD massive Kritik an den Corona-Maßnahmen übte¹⁵, erstaunt diese Teilkongruenz der Wähler*innenschaften nicht.

Annäherung an den Parteityp

Zur Klärung der Frage, um welche Art Partei es sich bei dieBasis handelt, muss zunächst der Typ der populistischen von der Anti-Establishment-Partei unterschieden werden.

Anti-Establishment-Parteien fordern grundlegende Veränderungen in der politischen Struktur, um mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie zu ermöglichen. Als Konsequenz streben sie eine Reform der bestehenden Institutionen an und sehen die aktuell herrschenden Eliten, die diese Institutionen besetzen und verteidigen, kritisch.¹⁶ Zentristische Anti-Establishment-Parteien bilden eine Unterkategorie dieses Typs: Sie zeichnen sich durch eine ideologische Positionierung innerhalb des politi-

12 Vgl. dieBasis: 4 Säulen, URL: <https://diebasis-partei.de/partei/4-saeulen/> [eingesehen am 02.02.2023].

13 dieBasis: Satzung, URL: <https://diebasis-partei.de/partei/satzung/> [eingesehen am 02.02.2023].

14 Bei den Zweitstimmen lag sowohl bei der Bundestags- (1,4 %) als auch bei der Landtagswahl (1,0 %) zusätzlich zu den bereits genannten Parteien auch die Tierschutzpartei noch vor der Basis.

15 Vgl. Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The self-proclaimed defender of freedom. The AfD and the pandemic, in: *Government and Opposition* (2022), S. 1–19. DOI: <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>.

16 Vgl. Engler, Sarah/Pytlas, Bartek/Deegan-Krause, Kevin: Assessing the diversity of anti-establishment and populist politics in Central and Eastern Europe, in: *West European Politics*, Jg. 42 (2019), H. 6, S. 1310–1336.

schen Mainstreams aus. Sarah Engler definiert sie als „Typ einer neuen Partei, die exklusiv Anti-Establishment-Rhetorik nutzt – meist die politische Elite für angebliche Korruption attackiert –, aber ohne die extremen Positionen der radikalen Rechten oder radikalen Linken zu repräsentieren“.¹⁷ Sie vertreten beispielsweise weder Ethnozentrismus, sozialen Konservatismus noch Anti-Kapitalismus.¹⁸ Oftmals bleibt ihre ideologische Positionierung eher unklar und ihre Wähler*innenschaft heterogen, da sie in erster Linie aus Protest gegen das politische Establishment gewählt werden.

Auf den ersten Blick ähnelt diese Charakterisierung der von populistischen Parteien. Allerdings haben populistische Parteien häufig eine andere Schwerpunktsetzung: Sie versuchen sich als Stimme des „Volkes“ gegenüber einer als korrupt oder undurchsichtig wahrgenommenen Elite zu inszenieren, um politische Macht zu erlangen. Anti-Establishment-Parteien hingegen müssen nicht unbedingt populistisch sein. Deutlich wird dies in der Behandlung des Themas direkte Demokratie: Cas Mudde enttarnte, dass populistische Parteien zwar direkte Demokratie fordern, also eine Veränderung des bürgerlichen Inputs an Forderungen und Präferenzen ins politische System, dies aber aus einer radikalen Output-orientierung heraus tun.¹⁹ Sie streben zum Beispiel Abstimmungen über Asyl- und Migrationspolitik an, in der Hoffnung, auf diesem Wege ihre gewünschte Policy durchsetzen zu können. Dahingegen geht es Anti-Establishment-Parteien tatsächlich um die Veränderung der etablierten politischen Prozesse und des „Input-Mechanismus“ in das politische System, ohne einen spezifischen Output erreichen zu wollen.

Dieses Ziel sollte sich auch in der Parteikommunikation niederschlagen. Als populistische Partei müsste dieBasis – so unsere These – neben Forderungen zum Ausbau direktdemokratischer Verfahren in ebensolchem Umfang konkrete Policy-Forderungen vortragen. Sollte sie bewusst „rechtsoffen“ agieren, wie ihr – wie eingangs geschildert – einige Forscher*innen attestieren, müssten sich außerdem Äußerungen zu Nativismus und Migrationskepsis finden. Als Anti-Establishment-Partei sollte hingegen ungeachtet der Policy eine klare Dominanz der Diskussion der politischen Prozesse und Institutionen vorzufinden sein.

Inhaltsanalyse

Um diese These zu überprüfen und die thematischen Schwerpunkte von dieBasis zu ermitteln, wurde auf ihre offiziellen Pressemitteilungen zurückgegriffen. Unsere Inhaltsanalyse derselben stützt sich auf eine Modifikation und Erweiterung des Codebooks des Manifesto-Projektes.²⁰ Der sogenannten Salienztheorie²¹ folgend haben wir thematische Hervorhebungen und nicht direkt Politikpositionen erhoben.

17 Engler, Sarah: Centrist anti-establishment parties and their protest voters: more than a superficial romance?, in: *European Political Science Review*, Jg. 12 (2020), H. 3, S. 307–325, hier S. 308.

18 Ebd.

19 Vgl. Mudde, Cas: The populist zeitgeist, in: *Government and Opposition*, Jg. 39 (2004), H. 4, S. 541–563.

20 Vgl. Volkens, Andrea et al.: The Manifesto Project Dataset. Codebook Manifesto Project (MRG/CMP/MAR-POR). Version 2021a, Berlin 2021. Das Manifesto-Projekt analysiert seit 1979 Wahlprogramme von weltweit für die Regierungsbildung relevanten Parteien. Eine Orientierung am Codeschema dieses internationalen Forschungsprojekts erscheint im Hinblick auf Vergleichbarkeit und Qualität der Kodierergebnisse sinnvoll. Sein Codeschema wurde zu einem großen Teil basierend auf der Salienztheorie des Parteienwettbewerbs entwickelt, laut der Parteien zu vielen politischen Themen ähnliche, die Mehrheitsmeinung der Wähler*innenschaft widerspiegelnde Standpunkte vertreten und sich nur in der Priorisierung der Themen unterscheiden.

21 Vgl. Budge, Ian: Theory and Measurement of Party Policy Positions, in: Budge, Ian et al. (Hrsg.): *Mapping Policy Preferences. Estimates of Parties, Electors and Governments 1945–1998*, New York 2001, S. 75–90.

Grundlegend ist dabei die empirische Beobachtung, dass Parteien sich zwar in ihrer Themagenda unterscheiden, sich aber nur selten in einem Politikfeld gegensätzlich positionieren. So befürworteten praktisch alle Parteien eine gute Ressourcenausstattung des Bildungssystems. Sie unterscheiden sich aber darin, wie wichtig ihnen dieses Thema ist – und dies lässt sich wiederum an der Häufigkeit seiner Nennung im Wahlprogramm oder in anderen Elementen der Parteikommunikation, wie Pressemitteilungen, ablesen. In den Themenfeldern, in denen klare Positionierungen zu erwarten sind, wurden ergänzend Pro- und Contra-Aussagen ermittelt.

Dieses international etablierte Kodierschema haben wir in zweierlei Hinsicht erweitert und angepasst: Zum ersten wurde das analysierte Themenspektrum gemäß des Gründungsanlasses der Partei dieBasis um Corona- und Gesundheitspolitik ergänzt. Zum zweiten wurden analog zu Franzmann (2016) die angesprochenen internen und externen Akteure ermittelt, um der Dokumentbesonderheit einer Pressemitteilung im Gegensatz zu einem Wahlprogramm gerecht zu werden.²²

Konkret haben wir für unsere Untersuchung zwei Bestände herangezogen: Einerseits haben wir 63 Dokumente erfasst, die unter dem Begriff „Pressemitteilungen“ zwischen März und Dezember 2022 unter „Aktuelles“ auf der Internetseite des niedersächsischen Landesverbands von dieBa-

sis eingestellt wurden.²³ Andererseits haben wir 78 Dokumente ausgewertet, die vom Bundesverband unter „Aktuelles“ seit Juli 2020 veröffentlicht wurden und von der Partei spezifisch als „Pressemitteilung“ kategorisiert wurden.²⁴ Die unterschiedlichen Auswertungszeiträume erklären sich dadurch, dass der niedersächsische Landesverband erst im März 2022 mit der Veröffentlichung von Internetmeldungen begann, der Bundesverband dagegen schon im Juli 2020. In der Auswertung wurde als Pressemitteilung eine Einheit aus jeweils bis zu drei thematischen Bezügen, internen Sprecher*innen und externen Akteur*innen definiert. Ändern sich zwei dieser drei Elemente, definieren wir dies als neue Pressemitteilung, auch falls diese Mitteilungen in ein- und demselben Dokument stehen sollten. Insgesamt wurden nach dieser Definition für den Bundesverband 91 und für den niedersächsischen Landesverband 65 de facto Pressemitteilungen kodiert.²⁵

22 Franzmann kodiert Pressemitteilungen der AfD, indem unter anderem darin zitierte oder erwähnte interne Akteur*innen aus der Partei, von der Partei angesprochene politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche externe Akteur*innen und deren Bewertung durch die Partei sowie inhaltliche Themen der Pressemitteilungen kodiert werden. Dieses Schema erscheint auch für die Untersuchung der dieBasis-Pressemitteilungen sinnvoll, vgl. Franzmann, Simon T.: Calling the Ghost of Populism. The AfD's strategic and tactical agendas until the EP election 2014, in: German Politics, Jg. 25 (2016), H. 4, S. 457–479.

23 Vgl. dieBasis Niedersachsen: Aktuelles, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/aktuelles/> [eingesehen am 02.02.2023].

24 Vgl. dieBasis: Pressemitteilungen, URL: <https://diebasis-partei.de/thema/pressemitteilungen/> [eingesehen am 02.02.2023]. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um von dieBasis für ihre Außendarstellung als besonders wichtig angesehene Meldungen handelt, die für die Partei besonders relevante Themen behandeln.

25 Zum Vorgehen vgl. Franzmann (2016). Dieses Vorgehen der Identifikation von de facto Pressemitteilungen beruht auf der Beobachtung, dass insbesondere neu gegründete Parteien in ihrer Startphase mehrere Mitteilungen in ein und demselben Dokument der Presse und Öffentlichkeit präsentieren.

Befunde der Inhaltsanalyse

Tabelle 1: Thematische Schwerpunkte in den Pressemitteilungen.

	Nieder- sachsen (n=65)	Bund (n=91)
Parteiangelegenheiten	31 %	18 %
Demokratie & Freiheit	26 %	35 %
Außenpolitik	16 %	7 %
Wirtschaft	6 %	4 %
Gesellschaftspolitik	6 %	8 %
Staat & Regierung	5 %	4 %
Gesundheit	5 %	21 %
Gesellschaftliche Gruppen	3 %	3 %
Grundgesamtheit an Themenhervorhebungen ²⁶	146	229

Eigene Darstellung.

Die Codierungsergebnisse sind für Bundes- und Landesebene zwar en gros recht ähnlich, weisen aber im Detail interessante Unterschiede auf (vgl. Tabelle 1): Die Prozentwerte der thematischen Hervorhebungen beziehen sich auf ihre Gesamtanzahl. Die insgesamt 74 inhaltlichen Kategorien wurden zu acht Oberthemen zusammengefasst. Wenig überraschend nehmen bei der neu gegründeten Partei Mitteilungen zu sich selbst eine wichtige Stellung ein – abzulesen an den hohen Werten der Kategorie „Parteiangelegenheiten“. Inhaltlich dominiert das Themenfeld „Demokratie & Freiheit“. Hier hält der Name dieBasis, was er verspricht: direkte

Demokratie ist eine der häufigsten Parteiforderungen. Fragen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die ansonsten üblicherweise den Parteienwettbewerb dominieren, spielen bei dieBasis eine bemerkenswert untergeordnete Rolle – abgesehen von regelmäßigen Appellen an sozialen Zusammenhalt und Warnungen vor gesellschaftlicher Spaltung durch Corona-Maßnahmen wie Impfungen. Die Themen Migrationspolitik oder nativistische Statements fehlen allerdings vollkommen. Dieses charakteristische Merkmal rechtspopulistischer Parteien ist im Untersuchungszeitraum bei dieBasis schlicht nicht vorhanden.

Der auffälligste Unterschied zwischen Bundes- und Landesebene ist, dass der Themenkomplex Corona-Pandemie in den Pressemitteilungen des Bundesverbands eine deutlich größere Rolle spielt als in Niedersachsen. Dafür dominiert im Landesverband die Diskussion um Friedenspolitik im Rahmen des Ukrainekriegs. Auch das zentrale Wahlkampfplakat im niedersächsischen Landtagswahlkampf war darauf ausgerichtet.²⁷ Der Bereich Corona-Maßnahmen und -Impfungen wird vom Landesverband überwiegend im Rahmen einer Solidarisierung mit Parteimitgliedern und deren Widerstand gegen staatliche Maßnahmen angesprochen. Dennoch ist die Corona-Pandemie auch in Niedersachsen eines der Schwerpunktthemen der Partei. Sie widmete ihr etwa im Rahmen einer Flyer-Reihe einen eigenen Flyer. Die Differenz zwischen Bundes- und Landesverband kann zum Teil auf die unterschiedlichen Untersuchungszeiträume zurückgeführt werden: Der Bundesverband veröffentlicht bereits seit Sommer 2020 Pressemitteilungen, der niedersächsische Landesverband erst seit März 2022, als die Hochphase der Corona-Pandemie bereits vorbei und der Ukraine-Krieg eines der wichtigsten Themen auf der politischen Agenda war. In Niedersachsen wurde daher neben direkter Demokratie Friedenspolitik das dominante Thema der Partei.

26 In allen identifizierten Analyseeinheiten, also den „de facto“ Pressemitteilungen (n) insgesamt. Da pro Analyseeinheit maximal drei Themen identifiziert werden, wäre die Maximalanzahl für Niedersachsen 195. Wir haben 146 Themenhervorhebungen identifizieren können, d.h. 49-mal gab es weniger als drei Themenhervorhebungen. Im Bund wäre die Maximalanzahl 273, d.h. 44-mal wurde hier in den Analyseeinheiten nicht die Maximalanzahl der Themenhervorhebungen erreicht und sich konzentrierter zu einem oder zwei Themen geäußert.

27 Einsehbar unter URL:<https://diebasis-niedersachsen.de/>. Der Slogan lautet „#DieBasisFürDenFrieden“.

Direktdemokratie und Gesundheitspolitik

Über die eigene Partei hinaus setzt sich dieBasis zudem für direktdemokratische Reformen des deutschen politischen Systems ein. Der Landesverband Niedersachsen wirbt im Zuge dessen für direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Vor der Landtagswahl 2022 beklagte er etwa: „Wahlen sind im Grunde nur noch Umverteilungen von Macht, das Volk hat jedoch bei politischen Entscheidungen keine wirklichen Eingriffsmöglichkeiten mehr“²⁸. dieBasis trete aber für eine direktdemokratische „Systemänderung“ ein: „Wer seine Stimme am 09. Oktober an dieBasis gibt, bekommt diese am 10. Oktober wieder zurück.“ Basisdemokratie wird als Mittel gesehen, Machtmissbrauch, Korruption und Lobbyismus durch politische Eliten einzudämmen, die in der Corona-Pandemie den Rechtsstaat ausgehebelt und gegen Wohl und Willen der Bevölkerung gehandelt hätten.

Tabelle 2 vertieft die Analyse der Kategorie „Demokratie & Freiheit“. Ein hoher Anteil der Pressemitteilungen, die dieses Thema ansprechen – auf Bundesebene 40 %, auf Landesebene mehr als 60 % – weist keinen weiteren Bezug zu ei-

ner konkreten politischen Forderung auf. Das zentrale Thema, mit dem das Verlangen nach direkter Demokratie kombiniert wird, ist die Gesundheits- und Coronapolitik. Insofern gibt es in diesem Themenfeld eine klare Verknüpfung von direkter Demokratie mit der inhaltlichen Forderung nach einer alternativen Gesundheitspolitik.

DieBasis leugnet die Existenz von Corona nicht grundsätzlich. Allerdings kritisiert sie die zur Eindämmung der Pandemie beschlossenen Maßnahmen als ineffizient, unverhältnismäßig und grundrechtsfeindlich und warnt vor schwerwiegenden gesundheitlichen Nebenwirkungen durch Impfungen. Die Partei ist darum bemüht, ihre Argumente wissenschaftlich zu fundieren. Dazu betont sie beispielsweise den naturwissenschaftlichen Hintergrund einiger ihrer Mitglieder oder zitiert aus naturwissenschaftlichen Studien, die auch vielfach in den Pressemitteilungen verlinkt werden, und interpretiert darin veröffentlichte Befunde so, dass sie die Parteiposition stützen. DieBasis argumentiert, dass auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Corona-Impfungen und andere staatliche Maßnahmen zum Pandemie-Management nicht notwendig seien²⁹ und vermutet daher, dass die Re-

Tabelle 2: Schnittmengen zwischen der Kategorie „Demokratie & Freiheit“ und konkreten politischen Forderungen

	Niedersachsen	Bund
Anzahl Analyseeinheiten Demokratie & Freiheit (von Gesamtanzahl de facto Pressemitteilungen)	31 von 65	55 von 91
Demokratie ohne Bezug zu einer konkreten politischen Forderung	19 (61,2 %)	22 (40 %)
Demokratie & Gesundheitspolitik	7 (22,6 %)	30 (54,5 %)
Demokratie und sonstige Themen	5 (16,1 %)	3 (5,5 %)

Eigene Darstellung.

28 Hier und im Folgenden: dieBasis Niedersachsen: Pressemitteilung vom 21.09.2022: dieBasis Roadshow – kann dieBasis nach den Wahlen die Welt retten?, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/diebasis-roadshow-kann-diebasis-die-welt-retten/> [eingesehen am 02.02.2023].

29 Vgl. dieBasis: Pressemitteilung vom 28.06.2021: Herdenimmunität wird von drei Studien nachgewiesen, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/06/herdenimmunitaet-wird-von-drei-studien-nachgewiesen/> [eingesehen am 02.02.2023]; dieBasis: Pressemitteilung vom 29.09.2021: Nur 3,4 % der Intensivpatienten hatten 2020 Corona, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/nur-34-prozent-der-in->

gierung für deren Aufrechterhaltung ein „Motiv jenseits medizinischer Anforderungen“³⁰ haben müsse. Sie fordert ein Ende von „Angstkampagnen“³¹, in ihren Augen unverhältnismäßigen Grundrechtseinschränkungen und Wirtschaftsbelastungen. Darüber hinaus werden die Corona-Impfungen als gesundheitsgefährdend angesehen: „Pfizer (Biontech)-Impfstoff‘ tötet mehr Menschen als er rettet!“³² Die Partei setzt sich daher massiv gegen eine Impfpflicht, insbesondere für Kinder und Jugendliche, ein. „Eine gierige Industrie will jetzt sogar die Gesundheit der Kinder aufs Spiel setzen, wir stellen uns schützend vor unsere Kinder“, wird Co-Parteivorsitzende Viviane Fischer zitiert.³³ Zudem prangert dieBasis eine Diskriminierung von Ungeimpften und eine damit zusammenhängende gesellschaftliche Spaltung an. Sie klagt beispielsweise über „Impfapartheid“³⁴ und eine Impfnötigung

„wie in totalitären Staaten“³⁵. Der politischen Elite wird vorgeworfen, entgegen dem Gemeinwohl und zum wirtschaftlichen Vorteil der Pharmaindustrie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Deutschland unter dem Deckmantel des Pandemie-Managements auszuhöhlen und kritische Stimmen, wie etwa die von dieBasis, mundtot machen zu wollen. Im Zusammenhang mit solchen Vorwürfen werden etwa die Löschung des *YouTube*-Kanals von dieBasis-NRW, eine Hausdurchsuchung bei dieBasis-Bundestagskandidat*innen, ein später aufgehobenes Verbot einer dieBasis-Wahlkampfveranstaltung in Berlin oder Vorwürfe des Antisemitismus und eine Anklage wegen Volksverhetzung gegen den bekannten Corona-Kritiker und dieBasis-Mitglied Sucharit Bhakdi angeführt.³⁶ Auch die Änderung der Impfpflicht für Jugendliche durch die Ständige Impfkommission (STIKO) wird als Beweis für den Machtmissbrauch der Politik gesehen.³⁷

tensivpatienten-hatten-2020-corona/ [eingesehen am 02.02.2023].

- 30 dieBasis: Herdenimmunität wird von drei Studien nachgewiesen.
- 31 dieBasis: Pressemitteilung vom 11.10.2021: „Schluss jetzt! Nach Korrektur der Impfquote – Corona-Maßnahmen sofort aufheben!“, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/10/schluss-jetzt-nach-korrektur-der-impfquote-corona-massnahmen-sofort-aufheben/> [eingesehen am 06.03.2023].
- 32 dieBasis: Pressemitteilung vom 18.09.2021: „Pfizer (Biontech)-Impfstoff‘ tötet mehr Menschen als er rettet!“, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/pfizer-biontech-impfstoff-toetet-mehr-menschen-als-er-rettet/> [eingesehen am 02.02.2023].
- 33 Zit.n. dieBasis: Pressemitteilung vom 13.12.2021: Impfpflicht ist verfassungswidrig und demokratiezerstehend, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/12/impfpflicht-ist-verfassungswidrig/> [eingesehen am 02.02.2023].
- 34 dieBasis: Pressemitteilung vom 12.09.2021: „Menschen dürfen nicht bestraft werden, weil andere infiziert sind“, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/menschen-duerfen-nicht-bestaft-werden-weil-andere-infiziert-sind/> [eingesehen am 02.02.2023].

Kritisierte Eliten

Insgesamt verbindet dieBasis ihre Kritik am Pandemie-Management mit einer massiven Eliten- und Systemkritik. Sie kämpft ihrer Ansicht nach dafür, in der Pandemiepolitik Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und Politik am Ge-

- 35 dieBasis: Pressemitteilung vom 16.09.2021: Nötigung zum Impfen nimmt Ausmaße an, wie in totalitären Staaten, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/noetigung-zum-impfen-nimmt-ausmasse-an-wie-in-totalitaeren-staa-ten/> [eingesehen am 02.02.2023].
- 36 Vgl. dieBasis: Niedersachsen Pressemitteilung vom 18.05.2022: Prof. Bhakdi angeklagt, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/prof-bhakdi-diebasis-niedersachsen/> [eingesehen am 02.02.2023].
- 37 Vgl. dieBasis: Pressemitteilung vom 16.08.2021: Machtbegrenzung hätte die STIKO nicht einknicken lassen, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/08/machtbegrenzung-haette-die-stiko-nicht-einknicken-lassen/> [eingesehen am 02.02.2023].

meinwohl und nach dem Willen der Bevölkerung auszurichten. Sie setzt dabei anders als populistische Parteien beides jedoch nicht gleich. Eine Lösung der diagnostizierten Demokratiekrise sieht die Partei in einer Basisdemokratie, die bereits in ihren innerparteilichen Prozessen zum Tragen kommt: So wendet dieBasis beispielsweise die Strategie des Konsensierens zur Entscheidungsfindung an.

Als Hauptgegner erscheinen die Grünen, die zum Teil hart kritisiert werden, beispielsweise vom Bundesverband beim Thema Waffenexporte oder vom niedersächsischen Landesverband zum Freihandelsabkommen CETA. Dies stützt die These, dass enttäuschte frühere Grünen-Anhänger*innen – wie etwa der zeitweilige Kommunikationsbeauftragte David Claudio Siber – unter den Parteimitgliedern von dieBasis sind, wofür auch die starke friedenspolitische Orientierung spricht. Ein weiteres Indiz sind Forderungen nach alternativen Heil- und Bildungsansätzen und ein deutlicher Fokus auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Rahmenprogramm der Partei.³⁸ Die AfD wird dagegen eher selten erwähnt und es gibt in den Pressemitteilungen wenig Anzeichen für eine Zusammenarbeit der beiden Parteien. In einer Meldung kritisiert dieBasis sogar die AfD-Bundestagsfraktion: „Wir von der Partei dieBasis haben uns gegründet, weil im Grunde alle Parteien im Bundestag bei den Corona-Maßnahmen mitgemacht haben. Die AfD hat nach mehr Masken, Schließen der Grenzen und auch nach Impfungen gerufen“³⁹. Tatsächlich hat die AfD erst während der Gründungszeit von dieBasis im Frühsommer 2020 auf ei-

nen eindeutigen Kritikkurs an der Coronapolitik umgeschwenkt.⁴⁰

DieBasis selbst wehrt sich in den Pressemitteilungen aus Niedersachsen regelmäßig gegen eine von ihr wahrgenommene (mediale) Verunglimpfung als „rechts“ und verweist in diesem Kontext gern auf eine parteiinterne Umfrage⁴¹, bei der die meisten Befragten sich selbst im linken Spektrum einordnen und behauptet, es gehe ihr jenseits von politischen Ideologien „nicht um Links oder Rechts, sondern um den gesunden Menschenverstand“⁴². Dieser Selbsteinordnung stehen jedoch Verbindungen ins rechte oder rechtsradikale Lager und entsprechende Äußerungen einiger (Ex-)Mitglieder entgegen, etwa die holocaustrelativierenden Aussagen des prominenten Parteimitglieds Sucharit Bhakdi, des Ex-Parteivorsitzenden Reiner Fuellmich und anderen⁴³, oder auch die Reichsbürgerzugehörigkeit des Ex-dieBasis-Mitglieds und niedersächsischen Bundestagskandidaten Michael Fritsch.⁴⁴

Fazit: Vorläufige Einordnung und Bewertung

Unsere Analyse ergibt, dass dieBasis ein Programm für Systemkritiker*innen unterschiedlichster politischer Strömungen, von grün-alter-

38 Vgl. dieBasis 2020: Rahmenprogramm, URL: <https://diebasis-partei.de/wahlen/programm/> [eingesehen am 02.02.2023].

39 dieBasis: Pressemitteilung vom 19.12.2022: Überdeutlicher Anstieg von ungeklärten Todesfällen ab dem Jahr 2021, URL: <https://diebasis-partei.de/2022/12/ueberdeutlicher-anstieg-von-ungeklaerten-todesfaellen-ab-dem-jahr-2021/> [eingesehen am 02.02.2023].

40 Vgl. Lehmann/Zehnter.

41 Vgl. dieBasis Niedersachsen: Pressemitteilung vom 12.09.2022: Pressemitteilung: das politische Spektrum der dieBasis-Mitglieder, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/pressemitteilung-das-politische-spektrum-der-diebasis-mitglieder/> [eingesehen am 02.02.2023].

42 dieBasis: Überdeutlicher Anstieg von ungeklärten Todesfällen ab dem Jahr 2021.

43 Vgl. Klaus, Julia/Hinterleitner, Karl: Corona-Partei „Die Basis“: Universum aus Anti-Corona-Aktivisten, in: *zdfheute.de*, 15.09.2021, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/basis-partei-corona-bundestagswahl-100.html> [eingesehen am 03.02.2023].

44 Vgl. Laufer.

nativ/links über konservativ bis rechts, anbietet. Als Lösung für politische Probleme präsentiert die Partei ihr Konzept der Basisdemokratie, das sie auf innerparteilicher Ebene bereits anwendet und mit dem sie die repräsentative Demokratie in Deutschland ablösen möchte. Die Partei beschäftigt sich zudem schwerpunktmäßig mit (alternativer) Gesundheitspolitik, Freiheit, Grundrechten, gesellschaftlichem Zusammenhalt und – insbesondere während des niedersächsischen Landtagswahlkampf – mit Friedenspolitik.

Angesichts dieser Befunde liegt eine Einordnung von dieBasis in die Kategorie zentristischer Anti-Establishment-Parteien nahe. Dafür sprechen das heterogene Elektorat der Partei, ihre unklare ideologische Positionierung sowie ihre radikale Anti-Establishment-Haltung, die zwar zunächst auf eine populistische Orientierung hindeutet, allerdings bei dieBasis nicht durch einen klaren Vertretungsanspruch eines homogenen Volkswillens ergänzt wird. Thematisch orientiert sie sich in vielen Punkten (etwa der Befürwortung der Basisdemokratie, der Alternativmedizin und dem strikten Pazifismus) an den frühen Grünen.⁴⁵ Entsprechend ist sie keine erkennbar rechtspopulistische Partei – selbst, wenn sie für einen Teil der Wähler*innenschaft attraktiv ist, die ihren Unmut über das aktuelle (Nicht-)Funktionieren der Demokratie in Deutschland im Allgemeinen sowie über die Pandemiepolitik im Speziellen ausdrücken möchte. Es fehlt in ihrem Programm jeder Bezug zum Nativismus. Dass sie trotzdem dieses Wähler*innensegment, das gelegentlich AfD wählt, bei den Erststimmen anzieht, rührt vielmehr von ihrer klaren Anti-Establishment-Orientierung her, die auch der Grund dafür ist, weshalb sie über die „Querdenken“-Bewegung eine direkte Verbindung zu

einem Teilsegment populistischer Bewegungen aufweist.

Der hier präsentierte Befund sollte politische und gesellschaftliche Akteur*innen darauf aufmerksam machen und zur kritischen (Selbst-)Reflexion anregen, dass es offenkundig auch jenseits von Pandemiefragen ein großes Segment in der Bevölkerung gibt, das mit der aktuellen Funktionsweise der Demokratie unzufrieden ist.

Literatur:

Budge, Ian: Theory and Measurement of Party Policy Positions, in: Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (Hrsg.): Mapping Policy Preferences. Estimates of Parties, Electors and Governments 1945–1998, New York 2001, S. 75–90.

Engler, Sarah: Centrist anti-establishment parties and their protest voters: more than a superficial romance?, in: European Political Science Review, Jg. 12 (2020), H. 3, S. 307–325.

Engler, Sarah/Pytlas, Bartek/Deegan-Krause, Kevin: Assessing the diversity of anti-establishment and populist politics in Central and Eastern Europe, in: West European Politics, Jg. 42 (2019), H. 6, S. 1310–1336.

Finkbeiner, Florian: Corona-Proteste, Verschwörungsmaythen und Antisemitismus, in: Demokratie-Dialog H. 10/2022, S. 51–59.

Franzmann, Simon T.: Calling the Ghost of Populism. The AfD's strategic and tactical agendas until the EP election 2014, in: German Politics, Jg. 25 (2016), H. 4, S. 457–479.

Franzmann, Simon T.: Eine polarisierende Zufriedenheit: Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt, in: Demokratie-Dialog, H.10/2022, S. 2–8.

Frey, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Basel 2021.

Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Helmer, Joshua/Kühnel, Steffen M.: Die Polarisierung der Demokratiezufriedenheit in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, unveröffentlichtes Manuskript, Göttingen 2023.

Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The self-proclaimed defender of freedom. The AfD and the pandemic, in: Government and Opposition (2022), S. 1–19. DOI: <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>.

Mudde, Cas: The populist zeitgeist, in: Government and Opposition, Jg. 39 (2004), H. 4, S. 541–563.

Poguntke, Thomas: Basisdemokratie als grünes Gegenmodell, in: Der Bürger im Staat, Jg. 39 (1989), H. 4, S. 225–255.

Volkens, Andrea/Burst, Tobias/Krause, Werner/Lehmann, Pola/Matthieß Theres/Regel, Sven/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: The Manifesto Project Dataset. Codebook Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2021a, Berlin 2021.

Walter, Franz: Gelb oder grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010.

45 Vgl. Poguntke, Thomas: Basisdemokratie als grünes Gegenmodell, in: Der Bürger im Staat, Jg. 39 (1989), H. 4, S. 225–255; vgl. Walter, Franz: Gelb oder grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010.

Internetquellen:

Bräuninger, Thomas/Debus, Marc: Basisdemokratische Partei Deutschland, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, 10.02.21, URL: <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/baden-wuerttemberg-2021/326203/basisdemokratische-partei-deutschland/> [eingesehen am 03.02.2023].

dieBasis: 4 Säulen, URL: <https://diebasis-partei.de/partei/4-saeulen/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis Niedersachsen: Aktuelles, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/aktuelles/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis Niedersachsen: Pressemitteilung vom 18.05.2022: Prof. Bhakdi angeklagt, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/prof-bhakdi-diebasis-niedersachsen/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis Niedersachsen: Pressemitteilung vom 12.09.2022: Pressemitteilung: das politische Spektrum der dieBasis-Mitglieder, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/pressemitteilung-das-politische-spektrum-der-diebasis-mitglieder/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis Niedersachsen: Pressemitteilung vom 21.09.2022: dieBasis Roadshow – kann dieBasis nach den Wahlen die Welt retten?, URL: <https://diebasis-niedersachsen.de/diebasis-roadshow-kann-diebasis-die-welt-retten/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilungen, URL: <https://diebasis-partei.de/thema/pressemitteilungen/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 28.06.2021: Herdenimmunität wird von drei Studien nachgewiesen, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/06/herdenimmunitaet-wird-von-drei-studien-nachgewiesen/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 16.08.2021: Machtbegrenzung hätte die STIKO nicht einknicken lassen, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/08/machtbegrenzung-haette-die-stiko-nicht-einknicken-lassen/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 12.09.2021: „Menschen dürfen nicht bestraft werden, weil andere infiziert sind“, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/menschen-duerfen-nicht-betraeft-werden-weil-andere-infiziert-sind/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 16.09.2021: Nötigung zum Impfen nimmt Ausmaße an, wie in totalitären Staaten, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/noetigung-zum-impfen-nimmt-ausmasse-an-wie-in-totalitaeren-staa-ten/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 18.09.2021: „Pfizer (Biontech)-Impfstoff“ tötet mehr Menschen als er rettet!, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/pfizer-biontech-impfstoff-toetet-mehr-menschen-als-er-rettet/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 29.09.2021: Nur 3,4 % der Intensivpatienten hatten 2020 Corona, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/09/nur-34-prozent-der-intensivpatienten-hatten-2020-corona/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 11.10.2021: „Schluss jetzt! Nach Korrektur der Impfquote – Corona-Maßnahmen sofort aufheben!“, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/10/schluss-jetzt-nach-korrektur-der-impfquote-corona-massnahmen-sofort-aufheben/> [eingesehen am 06.03.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 13.12.2021: Impfpflicht ist verfassungswidrig und demokratiezersetzend, URL: <https://diebasis-partei.de/2021/12/impfpflicht-ist-verfassungswidrig-und-demokratiezersetzend/> [eingesehen am 02.02.2023].

diebasis-partei.de/2021/12/impfpflicht-ist-verfassungswidrig/ [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Pressemitteilung vom 19.12.2022: Überdeutlicher Anstieg von ungeklärten Todesfällen ab dem Jahr 2021, URL: <https://diebasis-partei.de/2022/12/ueberdeutlicher-anstieg-von-ungeklaerten-todesfaellen-ab-dem-jahr-2021/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis 2020: Rahmenprogramm, URL: <https://diebasis-partei.de/wahlen/programm/> [eingesehen am 02.02.2023].

dieBasis: Satzung, URL: <https://diebasis-partei.de/partei/satzung/> [eingesehen am 02.02.2023].

Klaus, Julia/Hinterleitner, Karl: Corona-Partei „Die Basis“: Universum aus Anti-Corona-Aktivisten, in: zdfheute.de, 15.09.2021, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/basis-partei-corona-bundestagswahl-100.html> [eingesehen am 03.02.2023].

Lauer, Daniel: „Die Basis“. Eine schrecklich nette Partei, in: netzpolitik.org, 05.06.2021, URL: <https://netzpolitik.org/2021/die-basis-eine-schrecklich-nette-partei/> [eingesehen am 03.02.2023].



Nadine Kasten (B.A.), geb. 2000, studiert an der Georg-August-Universität Göttingen im Master Politikwissenschaft: Nationalstaat und Globalisierung. Seit Mai 2021 arbeitet sie am Lehrstuhl des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Parteienforschung und Inhaltsanalyse.

Bild: Fotostudio Balsereit



Prof. Dr. Simon T. Franzmann, geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEX. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

Linker Radikalismus

Scharf, Philipp (2023): „Das Imperium schlägt zurück. Über linke Orientierungsschwierigkeiten während des Ukrainekriegs“

In: Demokratie-Dialog 12 (2023) S. 36–42.

doi: 10.17875/gup2023-2370

Das Imperium schlägt zurück

Über linke Orientierungsschwierigkeiten während des Ukrainekriegs

Philipp Scharf

Die Sowjetunion respektive der russische Nachfolgestaat war in der Geschichte der deutschen Linken stets antikapitalistischer Sehnsuchtsort und stalinistisches Schreckgespenst zugleich. Dass ihr Verhältnis zueinander ambivalent bleibt, zeigt sich aktuell mit besonderer Deutlichkeit anhand des anhaltenden Ukrainekriegs. So provozierte Sahra Wagenknecht, die nicht zum ersten Mal durch ihre Aussagen zu Stalinismus und DDR auffiel,¹ Parteigenoss:innen durch ihre Äußerungen zur russischen Invasion und ihren Folgen.

Ein „beispielsloser Wirtschaftskrieg“ würde durch die Bundesregierung geführt, die Abhängigkeit von russischer Energie sei weiterhin alternativlos, weswegen Wagenknecht die Aufnahme von Verhandlungen „in Russland mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen“ forderte – wenig überzeugend wirkte ihre Einlassung, dass der Krieg „ein Verbrechen“² Russlands darstelle. Der grüne Bundestagsabgeordnete Felix Banaszak bezeichnete Wagenknecht

1 Vgl. Wagenknecht, Sahra: Bis heute habe ich die Solidarität nicht vergessen, in: sahra-wagenknecht.de, 4.10.2009, URL: <https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/618.bis-heute-habe-ich-die-solidaritaet-nicht-vergessen.html> [eingesehen am 25.01.2023].

2 Vgl. die Rede von Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag: Wagenknecht, Sahra: Wirtschaft und Klimaschutz, in: bundestag.de, 8.09.2022, URL: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7538772#url=L2l1ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM4Nzcy&mod=mediathek> [eingesehen am 25.01.2023].

daher als „oberste Kremllobbyistin“³. Bereits im Vorfeld kam es in der Partei Die Linke zu Diskussionen darüber, ob Wagenknechts Positionen sich mittelfristig zu einem Schisma der Partei auswachsen könnten.⁴ Erste Parteiaustritte erfolgten bereits.⁵

Diese Episode steht sinnbildlich für eine intellektuelle Suchbewegung, die sich durch die gesamte Linke zieht und auch in ihren radikalsten Teilen geführt wird. Selbst die Zeitschrift *konkret*, die sich als „einzige linke Publikumszeitschrift Deutschlands“⁶ und aufgrund ihrer israel-solidarischen Orientierung *nicht* als Teil des antiimperialistischen und tendenziell russlandfreundlichen Spektrums versteht, ist vor derlei ideologischen Erschütterungen nicht gefeit. Dass die Sowjetunion lange als antiimperialistischer und -kapitalistischer Widerpart der USA und den mit ihnen verbündeten Staaten galt, erklärt manche Unsicherheit auch in der heutigen Bewertung der geopolitischen Auseinandersetzung.

Dieser Artikel soll anhand der *konkret* erste Schlaglichter darauf werfen, wie innerhalb der radikalen Linken die russische Invasion in die Ukraine diskutiert wird. Nachgeordnet können hierdurch konkurrierende Deutungsmuster innerhalb der radikalen Linken identifiziert werden, welche Einblicke in das jeweilige Weltbild der Protagonist:innen erlauben.

Russischer Bär oder Mütterchen Russland?

Noch im Jahr 2021 erschien die Möglichkeit eines Krieges in und um die Ukraine laut den in *konkret* veröffentlichten Artikeln wie ein Hirngespinnst. Stimmen, die vor einer Eskalation des seit der Annexion der Krim schwelenden Konflikts warnten, wurde unterstellt, im globalen Kampf um Einflusssphären ein militärisches Vorgehen gegen Russland zu popularisieren.⁷ Die Ukraine würde demnach zum Austragungsort eines geopolitischen Konflikts; ein „permanenter Kriegszustand niedriger Intensität“ würde hier von den Konfliktparteien, „dem Westen“ und Russland, ausgetragen.⁸ Der NATO und den USA wird – mal mehr, mal weniger explizit – die Rolle eskalierender Kräfte zugeschrieben: Die USA seien eine „abgetakelte Hegemonialmacht [...], die sich partout nicht mit ihrem weltpolitischen Abstieg abfinden kann“⁹. Insgesamt sei das gesellschaftspolitische System, das durch die Vereinigten Staaten maßgeblich repräsentiert würde, an sein Ende gekommen:

„Die neoliberale Demokratie ist aufgrund der sich zuspitzenden sozioökonomischen Krise die Vergangenheitsform vermittelter kapitalistischer Herrschaft. Wo der Staatszerfall noch nicht eingesetzt hat, ist der autoritäre Krisenkapitalismus das Modell der Zukunft.“¹⁰

Russland hingegen reagiere lediglich auf Provokationen der Nordatlantiker:innen.¹¹ Dass die 2021 in *konkret* dargelegte Perspektive von einer grundlegend – und einseitig – verständnisvollen Anteilnahme für die russische Führung geprägt war, zeigt dieses emphatische Plädoyer exemplarisch: „Wenn es für Russland existentiell

3 Banaszak, Felix, zit. nach: Beucker, Pascal: Rechte entzückt über Wagenknecht, in: taz.de, 8.09.2022, URL: <https://taz.de/Verstoerende-Rede-im-Bundestag/!5880882/> [eingesehen am 25.02.2023].

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. O.V.: Finanzexperte De Masi verlässt die Linken, in: Spiegel Online, 13.09.2022, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/linke-finanzexperte-fabio-de-masi-verlaesst-die-partei-a-lfafbee3-ad4f-43e2-a77e-1d2a1f402720> [eingesehen am 25.01.2023].

6 Konkret: Über Konkret, in: konkret-magazin.de, URL: <https://www.konkret-magazin.de/ueber> [eingesehen am 25.01.2023].

7 Vgl. Kronauer, Jörg: War Games, in: konkret, H. 6/21, S. 34–37.

8 Simon, Paul: Frontrunner, in: konkret, H. 7/21, S. 36–37.

9 Konicz, Tomasz: Das Imperium fällt zurück, in: konkret H. 8/21, S. 18–19, hier S. 18.

10 Konicz: Das Imperium fällt zurück, S. 19.

11 Vgl. Simon.

bedrohlich wird, schlägt der Staat, wie jeder andere auch, zurück.“¹²

Pointiert werden diese Positionen durch den Journalisten Jörg Kronauer im Leitartikel der März-Ausgabe. Noch am Vorabend des Kriegsbeginns – der Redaktionsschluss lag offenbar vor dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 – fragt Kronauer rhetorisch: „‚Putin‘ umzingelt den Westen, um in Nato-Staaten einzumarschieren? Da hatten die Rechercheure des Sturmgeschützes der deutschen Kriegstreiber mal wieder blanken Nonsens aufgedeckt.“¹³ Fürchten müsse sich vielmehr Russland, dass die durch die NATO aufgerüstete Ukraine die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk zurückerobern könnte. Auch das systematische Agieren von USA und NATO in Osteuropa gefährde das Sicherheitsbedürfnis Russlands, sodass, „wenn für alle ein tragbarer Ausgleich geschaffen werden soll, erhebliche Zugeständnisse nötig“¹⁴ würden. Die Suggestion Kronauers, Russland würde allein aufgrund machtpolitischer Kalkulationen nicht den bewaffneten Konflikt provozieren, erwies sich als falsch. Durch die russische Invasion wurden neue Fakten geschaffen, die fortan intensiv in der *konkret* diskutiert werden sollten.

Die April-Ausgabe markiert den kontroversen Höhepunkt der Debatte, die nicht frei von wechselseitigen Polemiken ist. Der Journalist Lars Quadfasel sollte zum schärfsten Kritiker der bislang in der *konkret* vertretenen Position avancieren: „Klar, einen Tag nach dem russischen Überfall auf die Ukraine mit dem Titelbild ‚Nato-Aggression gegen Russland‘ zu erscheinen [sic!] ist schon einigermaßen peinlich.“¹⁵ Weiter beanstandet er den aus seiner Perspek-

tive mangelhaften Umgang der Redaktion mit Kronauers Analyse, welche diese nicht als generell falsch ansähe. Quadfasel sieht indes Anlass, den „analytischen Rahmen, der zu derart kolossalen Fehltrüben führt, einer grundsätzlichen Kritik zu unterwerfen.“¹⁶ Ihm sei nicht einsichtig, weswegen „man sich allerdings als Kritiker von Staat und Kapital in die ‚Sicherheitsinteressen‘ ausgerechnet der größten Atommacht [gemeint ist Russland, Anm.d.Verf.] der Welt einfühlen soll.“¹⁷ Ohnehin gelte mittlerweile auch im größten Nachfolgestaat der Sowjetunion das „Primat des Kapitals“¹⁸, ein Außen des Kapitalismus gäbe es folglich nicht, die Systemauseinandersetzung, die lange – und zuweilen widerwillig – die Solidarität deutscher Linker mit Russland begründete, sei demnach einem innerkapitalistischen Verteilungskampf gewichen.

Quadfasel wird von seinem journalistischen Kollegen Justin Monday sekundiert, der beziehend auf Kronauer fragt: „Versteht der Antiimperialismus die Welt nicht mehr?“¹⁹ Monday zufolge ignorierten und verharmlosten tatsächliche oder vermeintliche Russland-Apologet:innen dessen „aggressiven Nationalismus“²⁰, insbesondere „in einer Zeitschrift, deren Klammer immer darin bestand, Kritik der hiesigen Vaterländerei nicht mit der Suche nach einem anderen Vaterland zu verbinden, ohne in abstrakten Pazifismus zu verfallen.“²¹ Lösungsansätze könnten demzufolge nicht in „entgegengesetzter Parteinahme“²² liegen. Der Ukrainekrieg wird von Monday als Krisensymptom der abgeschlossenen globalen „Durchkapitalisierung“ interpretiert. In diesem würde das weltweite Ka-

12 Simon, S. 17.

13 Kronauer, Jörg: Go East!, in: konkret H. 3/22, S. 12–16, hier S. 12.

14 Kronauer: Go East!, S. 14.

15 Quadfasel, Lars: Gegen Bescheidwisserei, in: konkret, H. 4/22, S. 23–25, hier S. 23.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Quadfasel, S. 24.

19 Justin, Monday: Geisterimperialismus, in: konkret, H. 4/22, S. 20–22, hier S. 20.

20 Monday, S. 21.

21 Monday, S. 22.

22 Ebd.

pital nicht um „Einflusssphären“ kämpfen, sondern hier und bei anderen Konflikten handele es sich um „Symptome der Weltherrschaft des Kapitals“²³. Folglich müsse ein „antiimperialistischer Bezugsrahmen“²⁴, der stets auf einen Widerpart des zu bekämpfenden Imperiums angewiesen sei, an der neuen Gegenstandslosigkeit seiner Perspektive scheitern:

„Imperialismus gibt es heute allein schon deshalb nicht mehr, weil es keine nichtkapitalistischen Weltmilieus mehr gibt, und in der Nato haben sich die ehemaligen imperialistischen Mächte eine Form gegeben, die die Konkurrenz zwischen ihnen aufhebt.“²⁵

Monday und auch Quadfasel kritisieren damit unisono die vermeintlich manichäische Welt-sicht kontemporärer Antiimperialist:innen. Diese neigten, so ihre Kritiker, zu einem „begriffsstutzig“ gewordenen Antiimperialismus, der sich auf die „Fetischisierung des herrschaftlichen Willens konzentriert.“²⁶ „Opposition gegen Staat und Vaterland“ müsse vielmehr auch ohne „das Zerrbild einer hinter sämtlichen Übeln steckenden Schurkenarmee“²⁷ möglich sein.

Diese Intervention bleibt jedoch auch in der April-Ausgabe nicht unwidersprochen. Der Politikwissenschaftler und DKP-Politiker Georg Fülberth stellt das Argument der Kritiker um: Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit verbundenen Ende des Kalten Krieges kehre „der Imperialismus“ in neuer Form zurück. Die Triebfedern des kapitalistischen Wirtschaftens, Waren- und Kapitelexport sowie die damit verbundene Überakkumulation, würden dafür sorgen, dass der Kampf um Absatzmärkte unvermittelt fortgeführt würde – notfalls auch militärisch. Neu sei hingegen, dass Russland nach

dem Ende des Sozialismus als ein „imperialistischer Zombie“²⁸ agiere und in die Staatenkonkurrenz des Kapitalismus eintrete. Vor dieser Interpretation wird der Ukrainekrieg begreifbar als Schauplatz eines „imperialistischen Krieges“, der aufgrund der „neoimperialistische[n] Konkurrenz“²⁹ der globalen Machtblöcke ausgebrochen sei.

Auch Kronauer äußert sich erneut: Zwar führt er an, dass es illegitim sei, in der internationalen Arena auf das Mittel des Krieges zurückzugreifen und dass „großrussischer Nationalismus“³⁰ eine Triebfeder der Invasion gewesen sei, diese Einlassungen wirken jedoch aufgrund des weiterhin bestehenden Ungleichgewichts in der Bewertung der handelnden Akteur:innen wenig überzeugend. Durch geschicktes Argumentieren stellt er weiterhin die Frage nach den Schuldigen für die Eskalation und antwortet eindeutig: Lange sei das Handeln der russischen Führung durch „Geostrategie“ motiviert gewesen, nun hingegen „geht es dem Westen um alles“, in einem „beispiellosen Wirtschaftskrieg“³¹ solle Russland in die Knie gezwungen werden.

Kronauer steht mit dieser Position in der *konkret* keineswegs alleine dar: So wird von anderen Autor:innen etwa wahlweise die besondere Härte der deutschen Haltung, die sich durch einen „inquisitorischen Ton“³² äußere und durch einen historisch gewachsenen Antikommunismus befördert werde, hervorgehoben. Dass „die westliche Expansionsstrategie“ an ihr Ende geraten sei, sei demnach ebenso evident wie der Umstand, dass „das vermutliche Scheitern des

23 Jeweils ebd.

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Quadfasel, S. 24.

28 Fülberth, Georg: Von Marokko nach Hiroshima, in: *konkret*, H. 4/22, S. 19.

29 Konicz, Tomasz: Auf zum letzten Gefecht, in: *konkret*, H. 4/22, S. 10–12, hier S. 11.

30 Kronauer, Jörg: Nachts sind alle Kriege grau, in: *konkret*, H. 4/22, S. 14–18, hier S. 15.

31 Jeweils Kronauer: Nachts sind alle Kriege grau, S. 16.

32 Surmann, Rolf: Abdankung der Vernunft, in: *konkret*, H. 5/22, S. 14–17, hier S. 14.

westlichen Königswegs zur Weltverbesserung der eigentliche Anlass der momentanen Erregung“³³ sei. Eine relativierende Perspektive ist Kennzeichen dieser Argumentation: „Ähnlich verhält es sich mit der Bewertung des völkerrechtswidrigen Verhaltens Russlands. Es ist allgemein bekannt, dass in der Ukraine geschieht, was der Westen über Jahrzehnte immer mal wieder praktizierte.“³⁴

Restauration des Antiimperialismus?

Zu diesen anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten bezüglich der Frage nach dem Verhältnis zu Russland tritt eine tieferliegende, ideologische Grundsatzdebatte hinzu. Die Diskutant:innen treten ab Mai 2022 in eine intensive Phase der Selbstfindung und -vergewisserung ein, die sich entlang des jeweiligen Imperialismusverständnisses entzündet und zu einer Auseinandersetzung zwischen linksradikalen Deutungsschulen führt: Anhand der (Neu-)Auslegung antiimperialistischer Theorie findet eine Spaltung innerhalb der radikalen Linken statt, beide Seiten bezichtigen sich wechselseitig des Relativismus oder der theoretischen Ungenauigkeit.³⁵ So wird Quadfasel in einer Kritik der Kritik vorgeworfen, dass dieser den Imperialismus „in seinen Voraussetzungen, seiner Struktur und seinen Abläufen nicht begriffen“ habe und den

„Systemcharakter“³⁶ des Krieges übersehe. Den „Imperialismus als analytischen Begriff aber einfach fallenzulassen“, sei demnach „zu viel der Zauberei.“³⁷ Dieser würde nicht durch die einseitige Agenda eines Staates in die Welt getragen, sondern entstehe durch die zwischenstaatliche Konkurrenz. Die Pole der Diskussion scheinen – auch aufgrund der starken Moralisierung der Debatte³⁸ – kaum vereinbar. Der Appell, die Linke müsse „eine Analyse der gegenwärtigen kapitalistischen Staatenkonkurrenz zustande bringen, die die Situation der post-sowjetischen Republiken einbezieht“³⁹, scheint unter diesen Vorzeichen schwer umsetzbar – von partikularen Interpretationen und den sie vertretenden Gruppierungen abgesehen.

Die anhand der *konkret* nachgezeichnete ideologische Suchbewegung kann sich auch praktisch und organisational auf die radikale Linke auswirken. Eine Welle der Reideologisierung, die sich anstatt an den jüngsten identitätspolitischen Konflikten am Diskurs über Materialismus und Marxismus nährt, könnte die Folge sein.⁴⁰

33 Jeweils Surmann, S. 15.

34 Surmann, S. 16.

35 Am kompromisslosesten bei Surmann, S. 17, der erneut den ideologischen Stellenwert der antiimperialistischen Konfliktausdeutung betont: „Sie sprechen ungeniert davon, dass die nach 1989 vom Westen überfallenen Staaten allesamt autokratisch regiert gewesen seien, und schreiben ihm so ein Befreier-Image zu. Das sind Sätze aus dem Poesiealbum des Imperialismus. Auf jeden Fall scheint die Neuaufstellung der Linken für die nächste Austragungsrunde der imperialistischen Konkurrenz längst im Gange zu sein. Aufseiten der Vernunft wird man einige dann nicht mehr finden“.

36 Bartels, Felix: Krieg als Gelegenheit, in: *konkret*, H. 5/22, S. 18–19, hier S. 18.

37 Jeweils Surmann, S. 17.

38 Vgl. etwa Bartels, S. 19: „Und nun? Bellizisten [Kriegstreiber, Anm.d.Verf.], Antiimps – alles eine Suppe? Im gedanklichen Defekt mögen sie einander gleichen, was Antiimps aber antreibt, sie dazu verleitet hat, Russlands Handeln falsch einzuschätzen, scheint doch etwas anderes als Opportunismus zu sein. Vielleicht tatsächlich das, wozu sie sich selbst bekennen, der Wunsch nach Frieden und Verständigung?“.

39 Kasakow, Ewgeniy: Auf Stimmenfang, in: *konkret*, H. 7/22, S. 25.

40 Hierfür stellvertretend sei beispielsweise die Beschreibung einer Veranstaltung zum Ukrainekrieg, auf der ukrainische Aktivist:innen von ihren Erfahrungen berichteten und durch einen linksradikalen Aktivist:en konfrontiert wurden: „Veranstaltungen wie diese illustrieren die aktuelle Bredouille der bundesdeutschen Linken recht gut. Man hat sich vorgenommen, den ‚authentischen Stimmen‘ zuzuhören und nicht mit eigenen Erklärungen dazwischenzufunken. Soli-

„Im Begriff Opportunismus“, so die Kritiker:innen aus linksradikalen Bewegungen,

„steckt die Gelegenheit. Bei jedem größeren Ereignis brechen Ambivalenzdenker, hörbar ergriffen vom eigenen Mut, ihr Schweigen und fordern ein Umdenken. Linke Gewissheiten sollen entsorgt werden, vorgeblich, weil sie zu wenig gewiss, tatsächlich, weil sie zu links sind. Kämpferisch wird der Kampf begraben.“⁴¹

Opportunist:innen seien demnach auch Aktivist:innen jenseits der Kriegsdebatte, beispielsweise aus dem Fridays for Future-Spektrum, welche durch „emotionale Moralität“ und „Identitätspolitik“ herrschende Verhältnisse stabilisierten; ihre Politik sei gekennzeichnet durch „ihre appellative Form [und] den Charakter der politischen Affirmation.“⁴²

Dass die Debatte eher das Potenzial hat, eine weitere Spaltung voranzutreiben, als eine vereinigende und verbindliche Perspektive in der gegenseitigen Auseinandersetzung zu schärfen, zeigt sich anhand der Eskalation des Konflikts innerhalb der *konkret*-Autorenschaft. Mehrere Autor:innen – darunter auch Quadfasel und Monday – verließen die Zeitschrift als Reaktion auf deren „redaktionellen Kurs zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine“⁴³. In ihrer entsprechenden Erklärung wird die bisherige Doppelstruktur der Debatte reproduziert: Einerseits stößt den *konkret*-Dissident:innen die „Stilisierung Russlands zum unschuldigen Opfer“ auf; Russland würde weiterhin als ein

darisch will man sein, offen und vor allem post- und antikolonial. Was aber tun, wenn einige der ‚authentischen Stimmen‘ Positionen vertreten, die mit dem eigenen Theoriewissen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind?“ (ebd.).

41 Bartels, S. 18.

42 Jeweils Surmann, S. 16.

43 Hier und im Folgenden: Ambs, Ramona et al.: Warum wir nicht mehr für Konkret schreiben, in: *kontrast-mittel.org*. URL: <https://kontrast-mittel.org/2022/06/30/warum-wir-nicht-mehr-fur-konkret-schreiben/> [eingesehen am 01.02.2023]. Hervorhebung im Original.

„Hort des Widerstands“ gegen das kapitalistische System dargestellt, diese Fehleinschätzung sei „analytisch wie moralisch“ nicht zu rechtfertigen. Die Exkulpation Russlands reiche bis zur Holocaust-Relativierung. Andererseits wird hier das bereits bekannte Argument der vollständigen globalen Ausbreitung des Kapitalismus wiederholt, eine „Kritik der politischen Ökonomie“ könne so nicht geleistet werden. Die Autor:innen schließen: „Bei *Konkret* hingegen muss man sich, wenn man das Gleiche will, unbedingt als Staatsfeind inszenieren.“

Die im „Diesseits der roten Linie“⁴⁴ verbliebenen Autor:innen indes beschränken sich auf eine theoretisierende Replik, welche den neuralgischen Punkt der bisherigen Debatte, ihr Verhältnis zu Russland, bewusst ausklammert. Stattdessen führen sie niemand Geringeren als die Granden antiimperialistischen Denkens ins Feld: Mit dem russischen Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin und der deutschen Kommunistin Rosa Luxemburg wird argumentiert, weswegen der Imperialismus „als analytische Kategorie“⁴⁵ weiterhin Gültigkeit beanspruche. Damit einher geht eine veränderte Wahrnehmung Russlands, das in der „Ära des Krisenimperialismus“⁴⁶ stärker als imperiales Machtzentrum begriffen wird – weiterhin nicht ohne relativierende Zwischentöne auszukommen: „Der Kreml führt seinen Krieg in der Ukraine, um Russlands Status als imperiale Macht zu halten. Die USA provozierten den Krieg, um Hegemonialmacht bleiben zu können.“⁴⁷ Die Konsequenz – hier wird die These des Kampfgefährten von Luxemburg, Karl Liebknecht, vom „Hauptfeind“, der im eigenen Lande steht, bemüht – bestünde in einem Umschlag in aktivistische Praxis. Eine solidarische

44 Ripplinger, Stefan: Diesseits der roten Linie, in: *konkret*, H. 8/22, S. 29.

45 Heinelt, Peer: Was tun, wenn's brennt?, in: *konkret*, H. 8/22, S. 26–28, hier S. 26.

46 Konicz, Tomasz: Die Alternativimperialisten, in: *konkret*, H. 9/22, S. 13–15, hier S. 14.

47 Konicz: Die Alternativimperialisten, S. 15.

internationale Perspektive müsse bedeuten, das Kapital auch in Deutschland zu bekämpfen: „Vielmehr ist es nach wie vor die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der radikalen Linken, der herrschenden Klasse im jeweils eigenen Land in den Rücken zu fallen.“⁴⁸ Eine „drastische Verschärfung des Klassenkampfes“⁴⁹ wäre die angemessene Reaktion. Hier werden nun also auch die Stimmen innerhalb der *konkret* hörbar, die sich deutlich sowohl von „dem Westen“ als auch von Russland distanzieren. Jedoch:

„Eine konkrete internationale Perspektive leitet sich aus diesen Phänomenen noch lange nicht ab. Mehr noch: Die Parole ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land‘ reicht nicht mehr. Trotzdem wird man zu handeln anfangen müssen, als gälte die Parole noch.“⁵⁰

Die Etablierung eines „radikalen, antikapitalistischen Krisenbewusstseins in der konkreten Praxis“⁵¹ ist demnach das angestrebte Ziel der Kommentator:innen; gegenwärtige Krisen werden demnach zu Gelegenheiten, gesamtgesellschaftlich zu intervenieren und eigene Positionen zu verbreiten.

Resümee

Die bisherige Debatte in der *konkret* verdeutlicht das Dilemma, mit dem (nicht nur) die radikale Linke in zweifacher Weise konfrontiert ist: Einerseits herrscht aktuell wie auch historisch große Uneinigkeit darüber, wie das Verhältnis zu Russland respektive der Sowjetunion zu gestalten ist. Das Konkurrenzverhältnis Russlands zu den USA lässt für viele den osteuropäischen Widerpart als vermeintliche (System-)Alter-

native attraktiv erscheinen. In der Diskussion schimmern somit auch antiamerikanische Resentiments sowie die Rolle Russlands relativierende Argumente durch. Andererseits verweist die Debatte auf ein weitaus tieferliegendes Schisma: Das eigene Verständnis des Antiimperialismus. Antiimperialistische Politik, hierüber herrscht innerhalb der radikalen Linken weitgehend Einigkeit, müsse fester Bestandteil einer „sozialrevolutionären Praxis“⁵² sein. Ein gemeinsames Verständnis darüber, was Antiimperialismus (jüngst auch Internationalismus) bedeutet und wie diese Praxis aussehen könnte, gibt es hingegen nicht. Dass sich in der *konkret* eine Kritik herausbildet, die von den Klassikern der Imperialismustheorie ausgeht, scheint auf eine Renaissance materialistischen Denkens hinzuweisen, die den Themen derzeit populärer Protestbewegungen mitunter entgegensteht. Die zyklische Wiederholung dieser und ähnlicher Debatten nach „68“, in denen der Antiimperialismus bereits eine Triebfeder darstellte, deutet jedoch auch darauf hin, dass sich eine baldige Einigung nicht abzeichnet. Dass sich zudem weder die *konkret*-Autor:innen noch ihre Kritiker:innen als dezidierte Antiimperialist:innen verstehen, diese vielmehr leidenschaftlich ablehnen, macht die begriffliche Konfusion perfekt und verdeutlicht im Verbund mit der hier vorgelegten hermeneutischen Tiefenbohrung, dass die ideologischen Verwerfungen innerhalb der radikalen Linken wesentlich tiefer reichen als zur bekannten Frontlinie zwischen (tendenziell russlandfreundlichen) Antiimperialist:innen und (pro-israelischen/USA-freundlichen) Antideutschen.

48 Heinelt, S. 28.

49 Ebd.

50 Klopotek, Felix: Linker Luxus, in: *konkret*, H. 9/22, S. 10–12, hier S. 12.

51 Konicz: Die Alternativimperialisten, S. 15.

52 Assoziation A: Herzschräge. Gespräche mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen, Berlin/Hamburg 2022, S. 12. Vgl. hierzu außerdem: Geronimo: Feuer und Flamme. Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam 1990, S. 211–214 und A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg 2020, S. 122–128.

Quellen:

Ambts, Ramona et al.: Warum wir nicht mehr für Konkret schreiben, in: *kontrast-mittel.org*. URL: <https://kontrast-mittel.org/2022/06/30/warum-wir-nicht-mehr-fur-konkret-schreiben/> [eingesehen am 01.02.2023].

A.G. Grauwacke: *Autonome in Bewegung*. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg 2020.

Assoziation A: *Herzschläge. Gespräche mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen*, Berlin/Hamburg 2022.

Bartels, Felix: Krieg als Gelegenheit, in: *konkret*, H. 5/22, S. 18–19.

Beucker, Pascal: Rechte entzückt über Wagenknecht, in: *taz.de*, 8.09.2022, URL: <https://taz.de/Verstoerende-Re-de-im-Bundestag/!5880882/> [eingesehen am 25.02.2023].

Fülberth, Georg: Von Marokko nach Hiroshima, in: *konkret*, H. 4/22, S. 19.

Geronimo: *Feuer und Flamme. Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Amsterdam 1990.

Heinelt, Peer: Was tun, wenn's brennt?, in: *konkret*, H. 8/22, S. 26–28.

Justin, Monday: Geisterimperialismus, in: *konkret*, H. 4/22, S. 20–22.

Kasakow, Ewgeniy: Auf Stimmenfang, in: *konkret*, H. 7/22, S. 25.

Klopotek, Felix: Linker Luxus, in: *konkret*, H. 9/22, S. 10–12.

Konicz, Tomasz: Das Imperium fällt zurück, in: *konkret*, H. 8/21, S. 18–19.

Konicz, Tomasz: Auf zum letzten Gefecht, in: *konkret*, H. 4/22, S. 10–12.

Konicz, Tomasz: Die Alternativimperialisten, in: *konkret*, H. 9/22, S. 13–15.

Konkret: Über Konkret, in: *konkret-magazin.de*, URL: <https://www.konkret-magazin.de/ueber> [eingesehen am 25.01.2023].

Kronauer, Jörg: War Games, in: *konkret*, H. 6/2021, S. 34–37.

Kronauer, Jörg: „Mehr als ernst“, in: *konkret*, H. 1/22, S. 14–17.

Kronauer, Jörg: Go East!, in: *konkret*, H. 3/22, S. 12–16.

Kronauer, Jörg: Nachts sind alle Kriege grau, in: *konkret*, H. 4/22, S. 14–18.

o.V.: Finanzexperte De Masi verlässt die Linken, in: *Spiegel Online*, 13.09.2022, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/linke-finanzexperte-fabio-de-masi-verlaesst-die-partei-a-1fafbee3-ad4f-43e2-a77e-1d2a1f402720> [eingesehen am 25.01.2023].

Ripplinger, Stefan: Diesseits der roten Linie, in: *konkret*, H. 8/22, S. 29.

Simon, Paul: Frontrunner, in: *konkret*, H. 7/21, S. 36–37.

Surmann, Rolf: Abdankung der Vernunft, in: *konkret*, H. 5/22, S. 14–17.

Quadfasel, Lars: Gegen Bescheidswisserei, in: *konkret*, H. 4/22, S. 23–25.

Wagenknecht, Saha: Bis heute habe ich die Solidarität nicht vergessen, in: *sahra-wagenknecht.de*, 4.10.2009, URL: <https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/618-bis-heute-habe-ich-die-solidaritaet-nicht-vergessen.html> [eingesehen am 25.01.2023].

Wagenknecht, Saha: Wirtschaft und Klimaschutz, in: *bundestag.de*, 8.09.2022, URL: <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7538772#url=L2lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM4Nzcy&mod=mediathek> [eingesehen am 25.01.2023].



Philipp Scharf, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

Radikaler Islam

Klevesath, Lino (2023):
„Der israelisch-palästinensische Konflikt im Spiegel eines radikalislamischen YouTube-Videos“
In: Demokratie-Dialog 12
(2023) S. 46–54.
doi: 10.17875/gup2023-2371

Der israelisch-palästinensische Konflikt im Spiegel eines radikal-islamischen YouTube-Videos

Lino Klevesath

Viele Debattenbeiträge zum israelisch-palästinensischen Konflikt werfen immer wieder die Frage auf, wo die Grenze zwischen Kritik an Israel – sei sie legitim oder einseitig – und Antisemitismus verläuft. Auch in radikalislamischen¹ Videos wird der Konflikt aufgegriffen, allerdings steht er meist nicht im Fokus. Dass deren Akteure fast immer Unterstützung der palästinensischen Seite zum Ausdruck bringen, überrascht nicht – denn nicht nur ist die große

Mehrheit der Palästinenser*innen muslimisch, sondern der Konflikt wird seit Jahrzehnten religiös aufgeladen. So bezeichnete die palästinensische radikalislamische Hamas in Artikel 11 ihrer Charta von 1988 das gesamte historische Palästina (in den Grenzen des früheren britischen Mandatsgebietes) als „Waqf“, islamisches Stiftungsland, welches bis zum Jüngsten Tag den kommenden muslimischen Generationen gewidmet und unveräußerlich sei.²

Das Phänomen des Antisemitismus unter Muslim*innen ist von besonderem Interesse – zeigen

1 Zur Definition des Begriffes „radikaler Islam“ vgl. Klevesath, Lino et al: Inhalte von Predigten im radikalislamischen Milieu. Eine Untersuchung von Moscheen in Niedersachsen, Göttingen 2023, S. 9.

2 Vgl. o.V.: The Covenant of the Islamic Resistance Movement, in: The Avalon Project: Documents in Law, History and Diplomacy, Yale Law School, URL: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp [eingesehen am 28.02.2023].

doch Studien, dass antisemitische Einstellungen unter ihnen in Deutschland überdurchschnittlich verbreitet sind.³ Zu klären ist, woraus sich diese Einstellungen speisen. Radikalislamische Videos könnten eine potenzielle Quelle dieser Denkmuster sein.

Um prüfen zu können, ob die Videos Antisemitismus enthalten und diesen von nicht per se antisemitischer Kritik an Israel abzugrenzen, soll zunächst geklärt werden, wie sich israelbezogener Antisemitismus definieren lässt. Danach wird exemplarisch der *YouTube*-Channel des Berliner Predigers Abul Baraa als einer der reichweitenstärksten deutschsprachigen radikalislamischen Kanäle⁴ auf die Häufigkeit von Videos mit Inhalten zum israelisch-palästinensischen Konflikt überprüft. Anschließend wird beispielhaft ein dort veröffentlichtes Video mit dem Titel „Ahmad Abul Baraa – Die wahren Terroristen“ einer vertieften Analyse unterzogen, da in ihm antisemitische Topoi besonders konzentriert auftreten und mit der Erzählung der Bedrohung der Muslim*innen durch Jüd*innen und weitere Gruppen verknüpft werden. Diese Narration wird wiederum mit den islamischen Quellen, dem Koran und der Sunna, in Verbindung gebracht, wie es für viele Akteur*innen des radikalislamischen Milieus typisch ist. Obwohl das Video eine geringe Reichweite hat und somit selbst wenig zur Verbreitung von Antisemitismus beigetragen haben dürfte, lassen sich anhand des Clips gängige Argumentationsmuster aufzeigen.

Zur Frage der Grenzziehung zwischen Kritik an Israel und israelbezogenem Antisemitismus

Wann können Aussagen als Kritik an Israel gelten, und wann sind sie als antisemitisch einzustufen? Vorstellungen, nach denen Jüd*innen pauschal meist negative Eigenschaften oder Handlungen zugeschrieben werden, können als Ausdruck eines Ressentiments gelten⁵ und sind antisemitisch. Beim israelbezogenen Antisemitismus werden Eigenschaften wie die des Störenfrieds oder eines Sonderstatus nicht direkt auf Jüd*innen, sondern auf Israel als Staat bezogen.⁶ Zur Identifikation des antisemitischen Gehalts solcher Aussagen hat der ehemalige israelische Minister Natan Sharansky den „3D Test of Anti-Semitism“ vorgeschlagen: Aussagen zu dem Land seien antisemitisch, wenn es dämonisiert werde (1.), wenn bei der Kritik an Israel doppelte Standards angewendet würden (2.) und somit ein anderer Maßstab als bei anderen Staaten angelegt werde, und wenn der Staat Israel delegitimiert werde (3).⁷ Diese Kriterien fanden modifiziert Eingang in die – die Arbeitsdefinition des Antisemitismus erläuternden – Beispiele der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) von 2016.⁸

3 Vgl. Klevesath, Lino: Antisemitismus unter Muslim*innen oder „muslimischer Antisemitismus“? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems, in: *Demokratie-Dialog* H.10/2022, S. 26–34.

4 „Abul Baraa Tube“ hatte am 09.03.2023 ca. 80.500 Abonnent*innen. Für weitere biografische Informationen vgl. Munderloh, Annemieke: „Unterwerfung ist von dir verlangt, nicht überlegen“. Wer ist Ahmad „Abul Baraa“? Ein Portrait, in: *Demokratie Dialog* H.5/2019, S. 48–57.

5 Vgl. Salzborn, Samuel: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung, in: *Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift*, Jg. 28 (2013), H. 1, S. 5–16, URL: http://www.salzborn.de/txt/2013_Kirche-und-Israel.pdf [eingesehen am 27.02.2023], hier S. 8.

6 Vgl. Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert*, Berlin 2013, S. 26.

7 Vgl. Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism. Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: *Jewish Political Studies Review*, Jg. 17 (2005), H. 1–2, URL: <https://jcpa.org/phas/phas-sharansky-s05.htm> [eingesehen am 28.02.2023].

8 Vgl. International Holocaust Remembrance Alliance: *The Working Definition of Antisemitism*, 26.05.2016, URL: <https://www.holocaustremembrance.com/re->

Allerdings gibt es eine konkurrierende Definition, der zufolge auch Forderungen nach einer grundlegend anderen politischen Ordnung anstelle des Staates Israel dann nicht antisemitisch seien, wenn das Recht israelischer Jüd*innen auf eine individuelle und kollektive Existenz und ihr Wohlergehen geachtet werde.⁹ Diese Definition ist auf scharfe Kritik gestoßen, da sie grundlegende Änderungen der politischen Ordnung gegen den Willen der Mehrheit der Israelis nicht explizit ausschließe.¹⁰

Die Soziologen Klaus Holz und Thomas Haury hinterfragen die 3D-Kriterien auf einer anderen Ebene: Zwar könnten sie „in ihrer Kombination als ein erstes heuristisches Instrument“¹¹ nützlich sein, zielten aber nicht spezifisch auf Antisemitismus. Der Kriterienkatalog greife zu kurz, da Antisemitismus eine Form der Identitätspolitik sei, „eine Selbst- und Weltsicht, in der die Identität eines Ich und Wir in ein Weltverständnis integriert ist, in dem die angeblichen Übel ‚unserer‘ Welt den ‚Juden‘ zur Last gelegt werden“¹². Nur mittels eines hermeneutischen Ansatzes, der nicht nur Einzelaussagen, sondern deren Sinnzusammenhang erfasse, könne Antisemitismus adäquat untersucht werden.¹³

Daher soll bei der folgenden Analyse – Holz und Haury folgend – der Sinnzusammenhang der Aussagen erschlossen werden. Allerdings

wäre es falsch, pauschalisierende, negative Zuschreibungen zu Israel nicht auch dann als antisemitisch einzustufen, wenn sie nicht von hoher Bedeutung für das Selbstbild derjenigen sind, die die Zuschreibung artikulieren, denn auch solche Aussagen können Gewalt gegen Jüd*innen befördern. Die Identifikation von dämonisierenden Beschreibungen und doppelten Standards bei der Betrachtung von Israel und anderen Akteur*innen sollen somit als heuristisches Instrument zur Identifikation antisemitischer Diskursfragmente dienen. Auch Infragestellungen der Grundlagen des jüdischen Staates Israel, die nicht – zumindest unter gleichen Rahmenbedingungen – potenziell auch die Grundlagen anderer Staaten in Frage stellen, sind ein Anzeichen von Antisemitismus. In dieser spezifizierten Form soll der 3D-Test in der Videofeianalyse angewendet werden.

Der israelisch-palästinensische Konflikt auf dem Kanal „Abul Baraa Tube“ anhand des Clips „Ahmad Abul Baraa – Die wahren Terroristen“

Um zu ermitteln, welchen Raum Inhalte zum israelisch-palästinensischen Konflikt auf dem Kanal „Abul Baraa Tube“ einnehmen, wurde dieser zunächst mittels der Suchmaske mit folgenden Stichwörtern durchsucht: „Palästina“, „Falastin“/„Filastin“ (Schreibvarianten des arabischen Wortes „Filasṭīn“ für Palästina), „Jerusalem“ (sowie dem arabischen Äquivalent „al-Quds“ beziehungsweise „Quds“) und „Israel“ sowie „Terrorismus“/„Terror“. Auf diese Weise wurden 58 Videos identifiziert, die anhand ihrer Titel kategorisiert wurden. Es zeigte sich, dass die meisten nicht primär den Konflikt oder politische Fragen thematisieren, sondern etwa Glaubenslehre, -praxis und Geschichte des Islam – viele Videos unter dem Stichwort „Israel“ befassen sich zudem mit Mohammeds Beziehung zu Jüd*innen oder im Koran genannten israelitischen Figuren. Nur neun Videos behandeln ihrem Titel zufolge explizit politische Themen, wie der Clip „Ahmad Abul Baraa – Die wahren Terroristen“.

sources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism [eingesehen am 28.02.2023].

9 Vgl. o.V.: The Jerusalem Declaration on Antisemitism, 2021, URL: <https://jerusalemdeclaration.org/> [eingesehen am 28.02.2023].

10 Nelson, Cary: Accommodating the New Antisemitism. A Critique of ‚The Jerusalem Declaration‘, in: Fathom, April 2021, URL: <https://fathomjournal.org/wp-content/uploads/2021/04/Nelson-PDF-2.pdf> [eingesehen am 28.02.2023], S. 14

11 Holz, Klaus/Haury, Thomas: Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021, S. 17.

12 Holz/Haury, S.16f.

13 Vgl. Holz/Haury, S. 12–18.



Abbildung 1: Screenshot aus: Abul Baraa: Die wahren Terroristen – Ahmad Abul Baraa, in: Abul Baraa Tube, 11.03.2018, URL: <https://youtu.be/HMqeVOLTSiO>.

Dieser gut 36-minütige Clip wurde am 11.03.2018 hochgeladen (jedoch mindestens schon im Jahr 2012 aufgenommen¹⁴) und 5659-mal abgerufen (Stand 03.03.2023).¹⁵ Eingangs wird ein Naschid, ein arabischsprachiges A-Capella-Lied abgespielt,¹⁶ der das Sterben von Kindern in Tsche-

tschenien durch russische Aggression sowie die Passivität des UN-Sicherheitsrates beklagt. Eingebildet dazu werden jedoch Bewegtbilder, die augenscheinlich bei Konflikten im Nahen Osten aufgenommen wurden und keinen direkten Bezug zum Naschid aufweisen. Danach folgt eine Predigt Abul Baraas darüber, warum es Angst vor dem Islam gebe und ob er eine terroristische Religion sei. Tatsächlich sei der Islam mächtig und als einzige Religion authentisch und habe es nicht nötig, sich gegen Terrorismusvorwürfe zu verteidigen (4:56ff.). Abul Baraa konkretisiert diese Authentizitätsvorstellung und referiert zunächst die im Islam konsensuale Überzeugung, dass „die Religion aller Propheten [...] der Islam“ (7:59ff.) gewesen sei.¹⁷ Deshalb sei festzustellen: „Es gibt so etwas nicht wie Judentum! Und Christentum! Alle Propheten waren Muslime!“ (8:03ff.). Das Judentum sei eigentlich nur eine Abstammungsbezeichnung gewesen, da die Nachfahren von Yahūda (Juda), einem der Söhne Yāqūbs (gemeint ist der Stammvater Jakob des Buch Genesis), sich als Yahūd (Juden) bezeichnet hätten (8:17ff). Jüd*innen und Christ*innen griffen heute auf „gefälschte [...] Bücher“ (6:08ff.) zurück. Somit wird der exklusive Wahrheitsanspruch des Islam gegenüber den anderen Monotheismen deutlich markiert, aber keine allein auf Jüd*innen zielende Abwertung formuliert.

Hauptanliegen Abul Baraas ist es, zu zeigen, dass der Vorwurf des Terrorismus gegen Muslim*innen fehlgeleitet sei, da diese selbst bei gewaltsamen Auseinandersetzungen ethische Regeln befolgten, die Terrorist*innen hingegen missachteten. Durch seine kontrastierende Darstellung von ethisch handelnder muslimischer Ingroup und mehrere moralische Maßstäbe missachtenden Outgroups wird Abul Baraas Identitätskonstruktion seiner Eigengruppe deutlich.¹⁸

14 Im Jahr 2012 oder früher wurde eine identische, bis heute nur 86-mal abgerufene Fassung des Videos auf einem anderen Kanal hochgeladen, vgl. Ahmad Abul Baraa – Die wahren Terroristen, in: Habibiflo Dawah Produktion, 27.06.2012, URL: <https://youtu.be/KPCUN9gd3ck> [eingesehen am 01.03.2023].

15 Abul Baraa: Die wahren Terroristen – Ahmad Abul Baraa, in: Abul Baraa Tube, 11.03.2018, URL: <https://youtu.be/HMqeVOLTSiO> [eingesehen am 01.03.2023].

16 Es handelt sich um einen Naschid des saudischen Dichters ‘Abd ar-Raḥmān ‘Aṣmāwī. Vgl. die arabischsprachige Seite für dessen Text und Informationen zum Autoren der Verse: o.V.: Ayhā al-‘Ālamu ma haḍā Sukūt? [Oh Welt, was ist das für ein Schweigen?], in: midad.com, 08.11.2007, URL: <https://midad.com/article/216324/> [eingesehen am 01.03.2023]. Der Dichter des Naschids trat 2010 dem Recherchenetzwerk MEMRI zufolge auf einem kuwaitischen TV-Kanal mit einem Gedicht auf, das die antisemitische Aussage enthielt, wonach Jüd*innen eine Täuschung aufbauten und auch Frieden nur eine Täuschung sei. Jüd*innen und „Frieden“ in einem Zusammenhang zu nennen, sei eine „große Lüge“. Vgl. o.V.: Saudi Poet Abd Al-Rahman Al-‘Ashmawi: Shatter the Statue of Delusion That the Jews Are Building, in: memri.org, 23.03.2010, URL: <https://www.memri.org/tv/saudi-poet-abd-al-rahman-al-ashmawi-shatter-statue-delusion-jews-are-building> [eingesehen am 01.03.2023].

17 So findet sich im Koran 20:13 ein wörtliches Zitat Gottes, in dem dieser Moses als Propheten erwählt.

18 Der Begriff „Outgroup“ bezeichnet eine Gruppe, von der ein Kollektiv – die Ingroup – sich (bewusst oder unbewusst) abgrenzt. In Fällen, in denen „die In-

Er zitiert Koran 60:8–9, wonach Muslim*innen gegenüber Nicht-Muslim*innen freundlich sein könnten, es sei denn, diese würden sie wegen der Religion „töten“ und aus ihren Wohnungen vertreiben (15:11ff.) Auch im Krieg gebe es einzuhaltende Regeln (21:31ff.). Deshalb dürften Muslim*innen, selbst wenn sie angegriffen würden, keine alten Männer, Frauen oder Kinder töten (21:53ff.). Es sei geboten, mit Anhänger*innen verschiedener Religionen friedlich zusammenzuleben – auch in Deutschland (18:45ff.).

Doch nütze es nichts, immer wieder klarzustellen, dass der Islam nicht terroristisch sei, denn letztlich solle immer wieder ‚der‘ Muslim als Terrorist hingestellt werden. Schon der Koran (2:120) lehre, dass Jüd*innen und Christ*innen erst zu Frieden seien, wenn man ihre Religion übernehme (33:13ff.). Deutlich formuliert Abul Baraa die Gefahr für Muslim*innen durch die Outgroups, wenn er betont, „dass diese Welt teilt zwischen Muslimen [und Nicht-Muslimen, Anm.d.Verf.], und [...] es gibt Leute, die haben ein Interesse daran, den Islam zu vernichten“ (22:34ff.). Er erklärt, dass diese Outgroups im Krieg keine ethischen Normen beachteten. Während Muslim*innen alte Männer, Frauen und Kinder immer schützen müssten (s.o.), könne man dies „von diesen Terroristen nicht behaupten [...], die jetzt im Irak und in Afghanistan seit Jahren bombardieren [sic!]. Wa-llähi [(ich schwöre) bei Gott], sie schmeißen tonnenschwere Bomben auf die Köpfe der Muslime und unterscheiden nicht dabei“ (22:10ff.). Hier erhebt Abul Baraa gegen die USA und ihre Verbündeten den impliziten Vorwurf, bei den Kriegen in Afghanistan und dem Irak keine Vorkehrungen zum Schutz von Zivilist*innen zu treffen.

group-Identifikation hoch ausfällt“ (Schenke, Julian et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021, S. 18, Fußnote 14), besteht die Gefahr, dass Stereotype über Angehörige der Outgroup gebildet und diese diskriminiert werden.

Um die Zuhörenden noch stärker davon zu überzeugen, dass ihre Ingroup bedroht wird, schließt Abul Baraa eine anti-israelische Erzählung an, in der mehrere antisemitische Topoi reproduziert werden:

„Wisst ihr nicht, dass diese Leute einen [...] Kampf gegen die Muslime führen? [...] Schaut mal, die israelische Regierung, seit wie vielen Jahren toben sie herum! Sie machen, was sie wollen! Und niemand stellt sich ihnen in den Weg. Warum auch? – Und diejenigen, die nur zusehen dabei. Sie sagen doch: Wir sind NATO, und wir sind UNO, und wir sind für Rechte und Menschenrechte. Quatsch mit Soße! Sie sind nur für ein[e]s: Dass sie die Weltherrschaft übernehmen! Und wa-llähi, das ist klar. Die israelische Regierung – wir sagen nicht allgemein ‚die Juden‘, weil es gibt auch unter den Juden Leute, die das nicht billigen, liebe Geschwister. Aber die israelische Regierung: Sie bringt die Kinder um, sie bringt die Frauen um, und sie bringt die Männer um, und nicht seit heute, sondern seit Jahren! [...] In Palästina! Sie besetzen das Land, und quälen die Leute auch noch. Obendrein: Es sitzen Kinder in Gefängnissen, die werden mit Elektroschocks behandelt. Zigaretten werden auf ihre [sic!] Körper ausgedrückt!“ (23:27ff.)

Hier wird nicht nur die Bedrohung der muslimischen Ingroup bekräftigt, sondern ein Bild eines grausam agierenden Israels gezeichnet, von dem sich die Identität der Eigengruppe mit ihren ethischen Maßstäben scharf abgrenzen kann. Zwar spricht er von der „israelischen Regierung“ und nicht von „Israel“, nennt dabei jedoch keine konkrete Administration, so dass der Eindruck entsteht, das Land als Ganzes sei für die von ihm beklagten Handlungen verantwortlich.

Auch behauptet Abul Baraa, zwischen „Juden“ und der israelischen Regierung unterscheiden zu wollen. Aber diese Unterscheidung läuft ins Leere, da unklar bleibt, welche Jüd*innen er von seiner Wut ausnimmt. Trotz minimaler sprachlicher Differenzierungen werden also pauschale negative Zuschreibungen gegenüber als jüdisch verstandenen Akteur*innen vorgenommen.

Die unbelegte Behauptung von Folter, insbesondere von Kindern, stellt eine Dämonisierung Israels dar. Abul Baraas Anprangern von vermeintlichen Verbrechen an Kindern lässt zudem an die im Mittelalter verbreitete antisemitischen Legende vom jüdischen Ritualmord an Kindern denken, die häufig auf den Staat Israel übertragen wird.¹⁹

Zudem ereifert er sich über andere mächtige Akteur*innen, die vorgeben würden, sich für Menschenrechte einzusetzen, aber Normbrüche Israels ignorierten. Wem genau er den Vorwurf macht, bleibt jedoch unklar – möglicherweise meint er die führenden Mächte des Westens. Diese nicht näher bezeichneten Parteien würden sich den Schutz der Menschenrechte auf die Fahnen schreiben; tatsächlich ist aber für Abul Baraa gewiss, dass Organisationen wie die UNO und die NATO nur dem Zweck der Erlangung der „Weltherrschaft“ dienen. Hier klingt der moderne antisemitische Topos an, alle Jüd*innen würden sich global zusammenschließen, um die Macht auf dem Planeten an sich zu reißen – diese Narration findet sich am prominentesten in der Anfang des 20. Jahrhunderts in Umlauf gebrachten antisemitischen Erzählung „Protokolle der Weisen von Zion“, die an ältere Vorbilder anknüpft.²⁰ Zudem ist die Behauptung, die UNO sei ein Instrument zionistischer Weltherrschaft und zu diesem Zweck von jüdischen Verschwörer*innen gegründet worden, ein im Spektrum des politischen Islam verankerter Mythos, der sich auch in Ar-

tikel 22 der Hamas-Charta von 1988 findet.²¹ In Abul Baraas Predigt bleibt allerdings unklar, ob die Weltherrschaft von Israel selbst oder den das Land unterstützenden Mächten übernommen werden soll. Für die Zuhörenden ist diese Frage wahrscheinlich unerheblich, denn die in der Predigt vermittelte Hauptbotschaft ist, dass die de jure festgeschriebenen Zwecke internationaler Organisationen Makulatur sind und diese letztlich eine ungerechte Ordnung zementierten, von der Israel profitiere.

Mit dem Verweis auf die Tötungen von Kindern und Frauen durch Israel suggeriert Abul Baraa, dass er die israelische Regierung am selben Maßstab misst wie seine muslimische Ingroup, der die Tötung selbiger im Krieg verboten sei. Abgesehen davon, dass Abul Baraa seine gegen Israel gerichteten Vorwürfe nicht belegt, legt er jedoch einen doppelten Standard an, da er eine abstrakte religiöse Norm mit mutmaßlich begangenen konkreten Taten vergleicht. Tatsächlich gibt es zahlreiche sich auf den Islam berufende Gruppen, die tödliche Angriffe auf minderjährige Israelis unterstützen.²² Gerade diese Ausblendung von Verfehlungen der Ingroup bei gleichzeitiger Anklage nach Außen ermöglichen das Zeichnen einer makellosen Identität der Eigengruppe.

Gegen Ende artikuliert Abul Baraa seine Überzeugung, dass alle menschengemachten Gesetze illegitim seien, da sie nur auf „Gelüsten“ basierten und permanent einem willkürlichen Wandel unterliegen würden, während Muslim*innen die

19 Vgl. Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: Inside the Antisemitic Mind: The Language of Jew-Hatred in contemporary Germany, Waltham 2017, S. 85. Das Beklagen von realer tödlicher militärischer Gewalt gegen Kinder – und gegebenenfalls deren Verurteilung, wenn angemessene Maßnahmen zum Schutz von Zivilist*innen fehlen – ist per se nicht antisemitisch, sofern keine doppelten Standards angewendet werden. Letzteres tut Abul Baraa, da er tödliche Angriffe auf israelische Minderjährige unerwähnt lässt (s.u.).

20 Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion, München 2007, S. 7–18.

21 Vgl. o.V.: The Covenant of the Islamic Resistance Movement, Article Twenty-Two.

22 Stellvertretend für zahllose Beispiele sei hier die zustimmende Reaktion der Hamas und des Islamische Dschihad im November 2022 auf einen Angriff auf eine Bushaltestelle genannt, bei der ein 15-jähriger israelischer Jugendlicher getötet wurde, vgl. Bateman, Tom/Gritten, David: Jerusalem bombings: Teenager killed in rare twin attacks at bus stops, in: bbc.com, 23.11.2022, URL: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-63726676> [eingesehen am 06.03.2023].

vollkommenen Gesetze Gottes – gemeint ist hier die Gesamtheit islamischer Normen – befolgen würden, sich aber dafür permanent gegenüber Nicht-Muslim*innen rechtfertigen müssten (26:21ff.). Hier scheint die im orthodoxen Islam verankerte Überzeugung auf, dass Gott für wesentlichen Bereiche des menschlichen Lebens endgültige Gesetze und Regeln erlassen hat, die weder eine Legislative noch eine Privatperson zu modifizieren habe.²³ Damit nimmt Abul Baraa eine Delegitimierung des ethischen Kompasses aller Nicht-Muslim*innen wie auch der Ordnungen aller Staaten vor, die sich nicht auf die Normen des Islam stützen, darunter aller sich auf die Volkssouveränität stützenden Demokratien. Somit wird implizit auch die Legitimität des Staates Israel abgestritten. Da diese Delegitimierung sich aber nicht spezifisch gegen den jüdischen Charakter Israels richtet, liegt an diesem Punkt kein Antisemitismus vor.

Insgesamt zeigt sich, dass der israelisch-palästinensische Konflikt für Abul Baraa – trotz seiner palästinensischen Wurzeln – nicht von singulärer Bedeutung zu sein scheint. Die Mehrzahl seiner Videos befasst sich weder mit dem Konflikt noch anderen politischen Themen, und selbst in dem hier untersuchten Clip wird er nur als eines von mehreren Phänomenen behandelt, bei denen aus Sicht des Predigers Unrecht an Muslim*innen verübt wird und gegen die gewalttätiger Widerstand gerechtfertigt sei. Gleichwohl finden sich Israel dämonisierende Beschreibungen ebenso wie die Anwendung eines doppelten Standards, weil Israel an Kriterien gemessen wird, die Abul Baraa auf seine eigene muslimische Ingroup nicht anwendet. Zudem gibt es Anklänge an die klassische Verschwörungserzählung des modernen Antisemitismus, wonach Jüd*innen nach der Weltherrschaft strebten. Abul Baraas Darstellung Israels ist somit eindeutig als antisemitisch einzustufen. Gleichzei-

tig ist festzustellen, dass weder Israel noch die Jüd*innen zentral für Abul Baraas Konstruktion der „Identität eines Ich und Wir“²⁴ sind und er somit keine antisemitische Identitätspolitik im engeren Sinne betreibt. Denn Jüd*innen und als jüdisch aufgefasste Akteur*innen sind zwar eine Outgroup, von der er sich abgrenzt, um die Identität der Ingroup zu verdeutlichen – sie sind aber nicht für sich genommen das absolute Böse, sondern stehen neben gleichermaßen als böse, den göttlichen Geboten widerstrebend imaginierten Gruppen.

Der israelisch-palästinensische Konflikt wird eingebettet in ein größeres Panorama von Kriegen an anderen Orten wie Afghanistan und Irak, wo aus Sicht Abul Baraas gleichfalls Konflikte zwischen Muslim*innen und grausam agierenden Nicht-Muslim*innen stattfinden.²⁵ Kern der Identität seiner eigenen Ingroup ist für ihn die Bindung an die Gebote des Islam, die sich gerade wegen dieser Bindung gegen geistige und/oder physische Angriffe mehrerer ungläubiger Gruppen zu Wehr setzen muss. Jüd*innen bilden neben Christ*innen und Polytheist*innen in den islamischen Quellen nur eine von mehreren feindlichen Outgroups. Gleichwohl sind die antisemitischen Topoi, die Abul Baraa verwen-

23 Offeneren Formen des orthodoxen Islam sehen in einigen Bereichen einen Ergänzungsbedarf für menschengemachte Regeln, während viele radikalislamische Varianten einen solchen nahezu negieren.

24 Holz/Haury, S. 16.

25 Zwar lässt sich Abul Baraas Wut auf die USA und Israel als jüdischem Akteur, seine Melange aus antisemitischen und antiamerikanischen Motiven auch als Chiffre für den Hass auf die politische Ordnung der Moderne lesen, in welcher dem Individuum spezifische Menschenrechte zugeordnet werden und Menschen individuell wie kollektiv im Rahmen des Nationalstaates als autonome Subjekte handeln dürfen. Tatsächlich lehnt Abul Baraa diese Idee ab, da der Mensch sich nach seiner Auffassung stets an göttlichen Geboten orientieren müsse und autonomes moralisches Handeln als Illusion abgetan wird. Jedoch kritisiert er auch andere Staaten wie Russland, die nicht als Sinnbild der modernen Ordnung gelten. Vgl. Abul Baraa: „Scheinargument gegen den Islam...“ „Darf man Andersgläubige töten“?, 19:39ff. in: Abul Baraa Tube, 18.08.2020, URL: <https://youtu.be/OUbqlnA7vpY> [eingesehen am 28.02.2023].

det, wirkmächtig und dazu geeignet, Hass gegen Jüd*innen zu schüren und Gewalt gegen sie als vermeintlich angemessene Antwort auf Unrecht und Gewalt gegen die eigene Ingroup zu rechtfertigen.

Ausblick

Der Blick auf den radikalislamischen *YouTube*-Kanal Abul Baraas hat gezeigt, dass dort Inhalte zum israelisch-palästinensischen Konflikt wie zum Judentum quantitativ eine untergeordnete Rolle spielen. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass die Auseinandersetzung mit Jüd*innen und dem Judentum in den islamischen Quellen – anders als im Christentum – keine zentrale Rolle spielt²⁶ und die Beschäftigung mit jüdischen Akteur*innen für einen Prediger wie Abul Baraa, der sein Islambild auf einem rigiden Verständnis dieser Quellen ausrichtet, folglich nicht im Mittelpunkt stehen kann. Weitet man den Blick auf andere Akteur*innen, die eher im Spektrum des klassischen politischen Islam verortet sind, sich stärker von Koran und Sunna lösen und politische Auseinandersetzungen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen, ergibt sich ein anderes Bild: So finden sich auf dem *YouTube*-Kanal der „Generation Islam“, die der verbotenen Hizb ut-Tahrir („Befreiungspartei“) nahesteht²⁷, allein 61 Videos unter dem Stichwort „Israel“, die größtenteils explizit auf politische Diskussionen und Auseinandersetzungen Bezug nehmen. Hier ist weitere Forschung notwendig.

Auch wenn weder Israel noch Jüd*innen für Abul Baraa einen zentralen, per se die Identität seiner Ingroup definierenden Gegenstand darstellen, so sind doch antisemitische Motive offensichtlich. Die Artikulation dieser Diskursfragmente, die geradezu en passant in einem größeren inhaltlichen Zusammenhang erfolgt, ist gerade deshalb

gegenüber seinem Publikum sanktionsfrei möglich, weil antisemitische Motive nicht nur im religiös-islamischen Diskurs weit verbreitet sind – weit über den radikalen Islam hinaus –, sondern auch im säkularen Diskurs der Türkei und der arabischen Welt, den viele Muslim*innen in Deutschland rezipieren.²⁸ Die Artikulation antisemitischer Motive wird somit nicht erst durch eine Radikalisierung oder Enthemmung möglich, die ein Tabu antisemitischer Sprechakte erodieren lässt – vielmehr rezipieren Abul Baraa und sein Publikum in erheblichem Maße Diskurse, in denen dieses Tabu nicht existiert.

Eine effektive Bekämpfung des Antisemitismus setzt nicht nur voraus, vorhandene antisemitische Narrative als solche zu benennen, sondern sie auch in islamischen Begrifflichkeiten zu kritisieren – so verurteilt etwa der Koran selbst doppelte Standards beziehungsweise das Messen mit zweierlei Maß (83:1–3). Zudem gilt es, den israelisch-palästinensischen Konflikt und andere mehrheitlich muslimische Gesellschaften betreffende Auseinandersetzungen so zu thematisieren, dass die Verletzungen von Menschenrechten von Muslim*innen wie anderen Betroffenen in den Blick genommen und Wege zur Verbesserung der Menschenrechtslage erörtert werden. Gleichzeitig gilt es, eindimensionale Erklärungen zur Entstehung und Fortdauer dieser Konflikte zu meiden, die einseitige Schuldzuweisungen nahelegen und antisemitischen Narrativen Vorschub leisten können.

Literatur:

Bateman, Tom/Gritten, David: Jerusalem bombings: Teenager killed in rare twin attacks at bus stops, in: *bbc.com*, 23.11.2022, URL: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-63726676> [eingesehen am 06.03.2023].

Benz, Wolfgang: *Die Protokolle der Weisen von Zion*, München 2007.

Hild, Marvin: „Muslimisch identitär?“, in: *Demokratie-Dialog* H. 11/2022, S. 46–53.

Holz, Klaus/Haury, Thomas: *Antisemitismus gegen Israel*, Hamburg 2021.

International Holocaust Remembrance Alliance: *The Working Definition of Antisemitism*, 26.05.2016, URL: <https://www.ihra.org/working-definition-of-antisemitism/>

26 Vgl. Holz/Haury, S. 169.

27 Vgl. Hild, Marvin: „Muslimisch identitär?“, in: *Demokratie-Dialog* H. 11/2022, S. 46–53.

28 Vgl. Klevesath.

www.holocaustremembrance.com/resources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism [eingesehen am 28.02.2023].

Klevesath, Lino: Antisemitismus unter Muslim*innen oder muslimischer Antisemitismus? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems, in: Demokratie-Dialog H. 10/2022, S. 26–34.

Klevesath, Lino/Hild, Marvin/Rohloff, Mareike/Sheikh Muhammed, Ousama: Inhalte von Predigten im radikal-islamischen Milieu. Eine Untersuchung von Moscheen in Niedersachsen, Göttingen 2023.

Munderloh, Annemieke: „Unterwerfung ist von dir verlangt, nicht überlegen“. Wer ist Ahmad „Abul Baraa“? Ein Portrait, in: Demokratie Dialog H. 5/2019, S. 48–57.

Nelson, Cary: Accommodating the New Antisemitism. A Critique of ‚The Jerusalem Declaration‘, in: Fathom, April 2021, URL: <https://fathomjournal.org/wp-content/uploads/2021/04/Nelson-PDF-2.pdf> [eingesehen am 28.02.2023].

o.V.: The Jerusalem Declaration on Antisemitism, 2021, URL: <https://jerusalemdeclaration.org/> [eingesehen am 28.02.2023].

Salzborn, Samuel: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung, in: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift, Jg. 28 (2013), H. 1, S. 5–16, URL: http://www.salzborn.de/txt/2013_Kirche-und-Israel.pdf [eingesehen am 27.02.2023].

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021.

Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin 2013.

Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: Inside the Antisemitic Mind: The Language of Jew-Hatred in contemporary Germany, Waltham 2017.

Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism. Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review, Jg. 17 (2005), H. 1–2, URL: <https://jcpa.org/phas/phas-sharansky-s05.htm> [eingesehen am 28.02.2023].

Quellen:

Abul Baraa – Die wahren Terroristen, in: Habibiflo Dawah Produktion, 27.06.2012, URL: <https://youtu.be/KPCUN9gd3ck> [eingesehen am 01.03.2023].

Abul Baraa: Die wahren Terroristen – Ahmad Abul Baraa, in: Abul Baraa Tube, 11.03.2018, URL: <https://youtu.be/HMqE-VOLTSiO> [eingesehen am 01.03.2023].

Abul Baraa: Scheinargument gegen den Islam_„Darf man Andersgläubige töten“?, in: Abul Baraa Tube, 18.08.2020, URL: <https://youtu.be/OUbqInA7vpY> [eingesehen am 28.02.2023].

o.V.: Ayhā al-‘Ālamu ma haḡā Sukūt?, in: midad.com, 08.11.2007, URL: <https://midad.com/article/216324/> [eingesehen am 01.03.2023].

o.V.: Saudi Poet Abd Al-Rahman Al-Ashmawi: Shatter the Statue of Delusion That the Jews Are Building, in: memri.org, 23.03.2010, URL: <https://www.memri.org/tv/saudi-poet-abd-al-rahman-al-ashmawi-shatter-statue-delusion-jews-are-building> [eingesehen am 01.03.2023].

o.V.: The Covenant of the Islamic Resistance Movement, in: The Avalon Project: Documents in Law, History and Diplomacy, Yale Law School, URL: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp [eingesehen am 28.02.2023].



Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Rechts- radikalismus

Hensel, Alexander (2023):
„Krisenprotest und neue
Polarisierung. Zum Wahl-
erfolg der AfD bei der
niedersächsischen Land-
tagswahl 2022“
In: Demokratie-Dialog 12
(2023) S. 56–65.
doi: 10.17875/gup2023-2372

Krisenprotest und neue Polarisierung

Zum Wahlerfolg der AfD bei der
niedersächsischen Landtagswahl
2022

Alexander Hensel

Die Landtagswahl in Nie-
dersachsen 2022 ging
wohl landestypisch aus:
Nicht spektakulär, aber
vielfältig.¹ Das hiesige
Parteiensystem bleibt ins-
gesamt auch nach dem 9.
Oktober 2022 stabil. Trotz

einiger Verluste sind CDU und SPD für sich und vor allem zusammen immer noch so stark wie in kaum einem anderen Bundesland.² Die Ergebnisse der kleineren Parteien wachsen, trotz einiger Zugewinne, dagegen weiterhin nicht in den Himmel. Soweit, so bekannt.

1 Vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen: Endgültiges amtliches Ergebnis der Landtagswahl am 9. Oktober 2022, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/> [eingesehen am 11.11.2022]. Zur Wahlanalyse vgl. Hirndorf, Dominik/ Neu, Viola: Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin Oktober 2022, URL: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022> sowie Franzmann,

Simon T.: Niedersachsen hat gewählt. Kurzanalyse der Niedersächsischen Landtagswahl 2022, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 2022, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/19876.pdf> [beides eingesehen am 26.02.2023].

2 Die gemeinsamen Stimmenanteile von SPD und CDU liegen in Niedersachsen aktuell bei 61,5 Prozent (2017: 70,5 %). Höhere Werte finden sich nur in Rheinland-Pfalz (63,4 %) und Nordrhein-Westfalen (62,4 %).

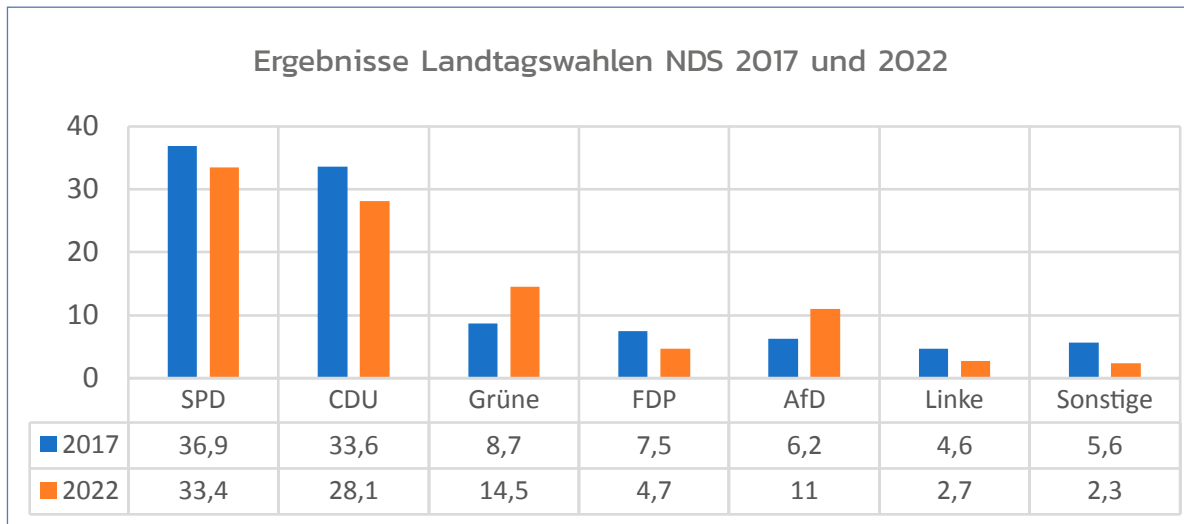


Abbildung 1: Endgültige Zweitstimmenanteile bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 2017 und 2022 (in Prozent)
Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, entnommen: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/LW/000.pdf> [zuletzt eingesehen am 18.02.2023], eigene Darstellung.

Und doch irritieren einige Details des Wahlausgangs: Dies gilt zuvorderst für das Ergebnis der AfD, die mit 11 Prozent der Zweitstimmen gegenüber der Landtagswahl 2017 starke Zuwächse (+ 4,8 Prozent) verzeichnete (s. Abbildung 1).

Dies überrascht: Denn einerseits gelingt der AfD erstmals ein herausragender Wahlerfolg in Niedersachsen, das bislang zu ihrer elektoralen Peripherie zählte.³ Noch während der Corona-Pandemie zeigte die hiesige Bevölkerung zwar ausgeprägte rechte Ordnungsvorstellungen, aber nur niedrige rechtsradikale Affinitäten.⁴ Doch nun gelang es der AfD erstmals seit neun Landtagswahlen, ausgerechnet hier wieder Gewinne zu erzielen. Und das, obwohl das AfD-Ergebnis ihrer zuvor völlig desolaten Performanz im Land widerspricht.⁵ Denn ihr Landesverband

agierte über Jahre hinweg hoch chaotisch und zerstritten, im Landtag verlor die Partei 2020 nach heftigen Konflikten und Austritten sogar ihren Fraktionsstatus.⁶ Wie das erstaunliche AfD-Ergebnis dennoch zustande kam, wird im Folgenden untersucht.

Entwicklungen der Parteien in Niedersachsen

Das Parteiensystem in Niedersachsen nahm aufgrund seiner spezifischen regionalen Traditionen und Konfliktstrukturen erst relativ spät die für Westdeutschland typische Form an.⁷ Erst ab

3 Vgl. Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020, S. 44.

4 Vgl. Franzmann, Simon T./Helmer, Joshua: Wo sind all die Rechten in Niedersachsen hin?, in: Demokratie-Dialog H. 11/2022, S. 82–94, hier S. 86–87.

5 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 13–15 sowie: Meyer, Holger/Müller-Rommel, Ferdinand: Die niedersächsische

Landtagswahl vom 15. Oktober 2017: „Vernunfttheirat“ führt zu erster Großer Koalition nach 50 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2017), H. 1, S. 3–22, hier S. 12–13.

6 Vgl. Steffen, Tilman: Die Populisten sind zurück – vorerst, in: Zeit-Online, 09.10.2022, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/afd-niedersachsen-landtagswahl-erfolg> [eingesehen am 12.10.2022].

7 Vgl. Koß, Michael/Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291–314, hier S. 293–296.

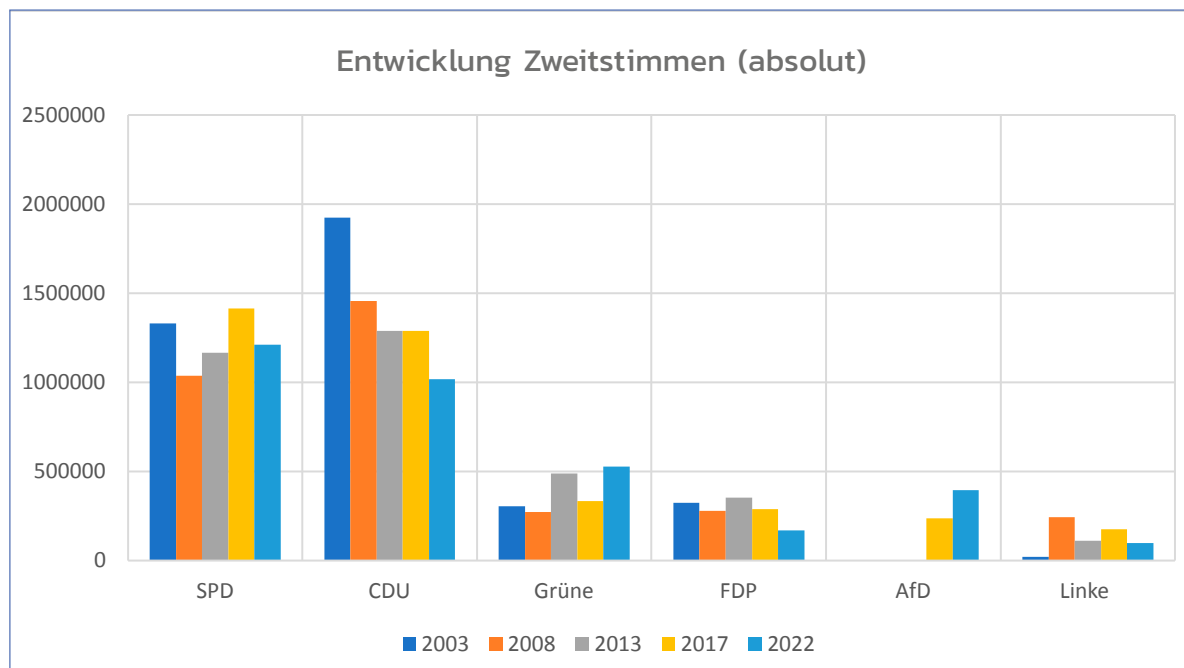


Abbildung 2: Entwicklung der absoluten Zweitstimmenergebnisse bei den niedersächsischen Landtagswahlen 2003–2022. Quelle: Landeswahlleiterin, entnommen: endgültige Endergebnisse 2003–2022, eigene Darstellung.

Ende der 1950er Jahre gewann die CDU die Dominanz im bürgerlichen Lager und konnte neben der in Niedersachsen besonders erfolgreichen SPD zur Volkspartei aufsteigen.⁸ Während die kleinen Parteien vergleichsweise schwach blieben, entwickelte sich fortan ein polarisierter Wettbewerb zwischen den beiden starken Volksparteien, die sich in ihren abwechselnden Hochphasen erfolgreich WählerInnen abspenstig machten.⁹ Infolgedessen wechselte seither – mit Ausnahme der aus den vorgezogenen Neuwahlen von 2017 hervorgegangenen Großen Koalition – die Regierungsmacht regelmäßig zwischen dem jeweils erstarkten linken bzw. rechten Lager hin und her.¹⁰

Doch auch das niedersächsische Parteiensystem erlebt einen Wandel: Wenn auch zaghafter als anderswo, verloren die Volksparteien ab den 1990er Jahren hier ebenso und schrittweise an

Rückhalt.¹¹ Während die SPD nach ihrem dramatischen Einbruch von 2003 – vor allem dank der Popularität ihres seit 2013 amtierenden Ministerpräsidenten Stephan Weil – insgesamt erfolgreich gegen ihren Abstieg anmobilisieren konnte, verlor die CDU in den letzten 20 Jahren sukzessive an WählerInnen (s. Abbildung 2). Die Schrumpfung der CDU und die Stagnation der SPD beflügelten die Entwicklung der kleineren Parteien allerdings kaum: Deren WählerInnenenschaft wuchs zwar kontinuierlich an; weil Grüne und FDP aber mehrere elektorale Einbrüche erlebten und der Sprung in den Landtag den Linken nur 2008 und der AfD erst 2017 gelang, blieb ihre politische Bedeutung begrenzt.

Die Landtagswahl 2022 hat den Wandel des niedersächsischen Parteiensystems nun merklich beschleunigt. Bei einer leicht gesunkenen Wahlbeteiligung von 60,3 Prozent (gegenüber 2017: –2,8 Prozent) stehen hohe Gewinne der einen eklatanten Verlusten der anderen Parteien gegenüber: So büßten CDU und FDP im Vergleich zu 2017 27 bzw. sogar fast 70 Prozent ihrer WählerInnenenschaft ein und erhielten zusammen mit der SPD insgesamt 600.000 Stim-

8 Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 90–91.

9 Vgl. Koß/Spier, S. 306 sowie 312.

10 Vgl. Klecha, S. 104.

11 Vgl. Klecha, S. 100–101.

men.¹² Diesen Verlusten stehen starke Gewinne von Grünen und AfD gegenüber, die mit 193.000 bzw. 161.000 zusätzlich gewonnenen WählerInnen ihr Elektorat um 37 bzw. 41 Prozent vergrößern konnten.

Profil: Wer wählte AfD?

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse des AfD-Erfolges bildet die politische Herkunft der insgesamt fast 400.000 aktuellen AfD-WählerInnen in Niedersachsen: Die Strömungsanalyse von Infratest-Dimap zeigt, dass der AfD-Erfolg auf zwei Säulen beruht: Einerseits votierten rund 70 Prozent der AfD-WählerInnen von 2017 bei der Landtagswahl 2022 wieder für die Partei, während sie kaum Verluste verzeichnete.¹³ Damit besitzt die AfD bei dieser Landtagswahl den mit Abstand höchsten StammwählerInnen-Anteil unter den vormaligen Parlamentsparteien. Andererseits erzielte sie massive Zugewinne: Fast 60 Prozent ihres Elektorats von 2022 besteht aus NeuwählerInnen. Von diesen rund 225.000 Personen haben zuvor die meisten ihr Kreuz bei der CDU, der FDP oder zu kleineren Teilen bei der SPD oder bei anderen Parteien gemacht – oder schlicht nicht gewählt (s. Abbildung 3).

Ein genaueres Bild der AfD-WählerInnen ergibt sich aus der Analyse der Altersstruktur (s. Abbildung 4).¹⁴ Bei der Landtagswahl 2022 zeigt

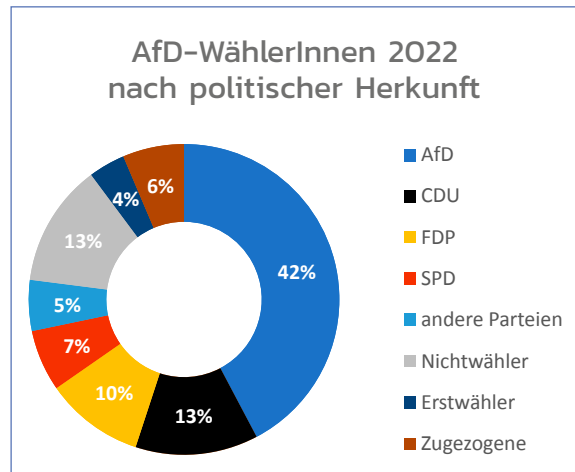


Abbildung 3: Parteipolitische Herkunft der AfD-WählerInnen von 2022 (in Prozent)

Quelle: Infratest-Dimap, entnommen: Otto/Vernohr 2022, eigene Darstellung.

sich eine Art Wandel im Wartestand, der von den Jüngeren ausgeht, aber bislang von den Älteren noch größtenteils ausgebremst wird. So votierten die ab 60-Jährigen, die allein rund 40 Prozent der Wahlberechtigten im Land stellen,¹⁵ weiterhin stark überdurchschnittlich für die CDU und SPD, aber kaum für kleinere Parteien.¹⁶ Anders die jüngeren Kohorten: Das Gros der unter 45-Jährigen bescherte CDU und SPD eklatante Verluste, während die Grünen hier stark gewannen, so dass sie bei den bis 34-Jährigen schon gleichauf mit der SPD liegen. Allerdings schneidet auch die AfD in den jungen Altersgruppen neuerdings überdurchschnittlich ab. Die eigentliche Wählerbasis der AfD findet sich jedoch in den mittleren Kohorten (35–59 Jahre). Insbesondere unter den – meist mitten im berufli-

12 Zur WählerInnenstromanalyse von Infratest-Dimap vgl. hier und folgend: Otto, Ferdinand/Venohr, Sascha: Wahl in Niedersachsen, in: Zeit-Online, 10.10.22, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-landtag-waehlerwanderung> [eingesehen am 26.02.2023].

13 Von den AfD-WählerInnen von 2017 wählten 2022 jeweils 4,1 % CDU bzw. andere Parteien, 10,2 % wählten nicht. Die restlichen Abströme verteilen sich auf Verstorbene (8,2 %) und Fortgezogene (6,1 %).

14 Zur Analyse der Sozialstruktur von Infratest-Dimap vgl. hier und folgend: Hirndorf, Dominik/Neu, Vio-

la: Tabellenanhang zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung 2022, URL: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022> [eingesehen am 26.02.2023].

15 Vgl. Meyer/Müller-Rommel, S. 16.

16 Dies dürfte entscheidend zum Scheitern der FDP beigetragen haben, die nur in dieser Altersgruppe unterhalb der Sperrklausel lag.

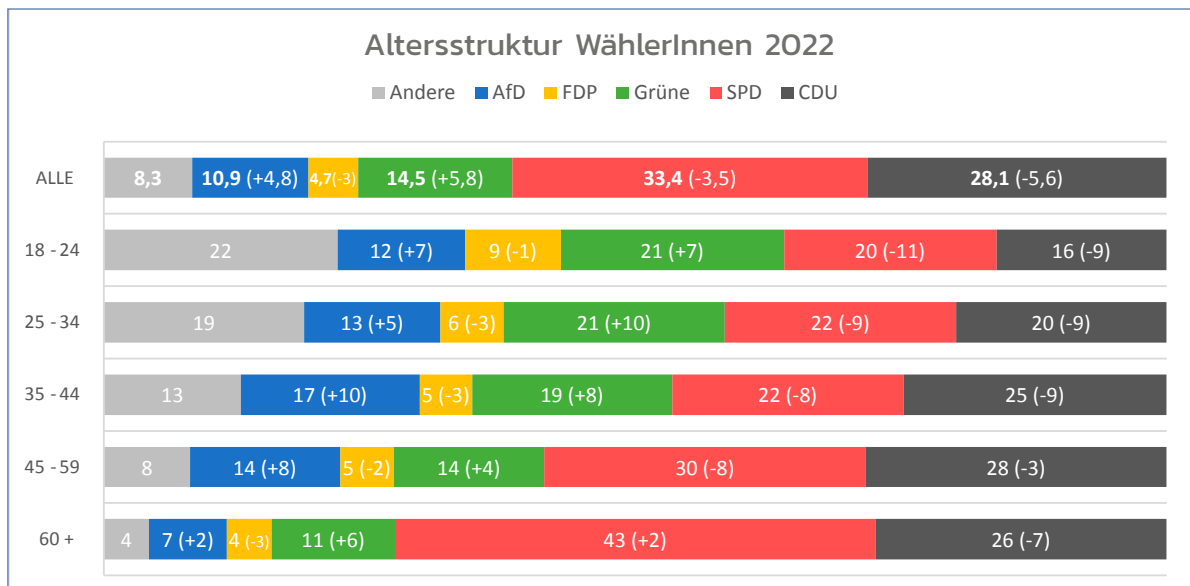


Abbildung 4: Wahlverhalten nach Altersgruppen: Ergebnisse und Differenz zur Wahl 2017 (in Klammern) in Prozent
Quelle: Infratest-Dimap, entnommen: Hirndorf/Neu, Tabellenanhang, eigene Darstellung

chen und familiären Leben stehenden – 35 bis 44-Jährigen, unter denen SPD und CDU zuletzt starke Einbußen hinnehmen mussten, erzielte die AfD den Spitzenwert von 17 Prozent (+10 Prozent) und wetteifert so mit den Grünen um den Platz der drittstärksten Kraft.

Ein Blick auf die Berufsstruktur zeigt, dass wohl besonders solche Gruppen zur AfD übergelaufen sind, die von ökonomischen Krisendynamiken stark getroffen wurden:¹⁷ Unter Selbstständigen, die sich von CDU (-7 Prozent) und SPD (-8 Prozent) abgewandt haben, gewinnt die AfD leicht überdurchschnittlich (+6 Prozent) und liegt hier mit 13 Prozent sogar gleichauf mit der FDP.¹⁸ Massiv hat die AfD unter ArbeiterInnen (+12 Prozent) hinzugewonnen, bei denen FDP (-4 Prozent) und SPD (-13 Prozent) teils massive Einbrüche verzeichneten. Unter ArbeiterInnen, deren parteipolitische Loyalitäten in Nieder-

sachsen seit den 1970er Jahren bereits mehrmals zwischen den Volksparteien wechselten,¹⁹ reicht der AfD-Stimmenanteil mit 24 Prozent zwar noch nicht an die SPD (28 Prozent), wohl aber an die CDU (25 Prozent) heran.

Hochburgen: Wo wurde AfD gewählt?

Hinweise auf die Hintergründe des AfD-Erfolges liefert die regionalstrukturelle Analyse. Auch wenn die AfD, anders als etwa im Südwesten oder Osten der Republik,²⁰ in Niedersachsen erneut keine Direktmandate erringen konnte, hat sich die Partei in der Fläche durchaus konsoli-

17 Vgl. etwa Deckers, Daniel: Die Ampel auf Bewährung, in: FAZ, 11.10.2022, S. 10.

18 Laut Forschungsgruppe Wahlen konnte die AfD auch unter Landwirten stark zulegen (+9 %), während FDP (-9 %) und CDU (-7 %) hier überdurchschnittlich stark verloren, vgl. Hirndorf/Neu: Tabellenanhang, S. 10.

19 Vgl. Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig/Werwath, S. 107–133, hier S. 113.

20 Vgl. Hensel, Alexander: Kritik, Kontrolle, Alternative? Die AfD als parlamentarische Opposition in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, in: Bröchler, Stephan et al. (Hrsg.): Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition?, Wiesbaden 2020, S. 275–300, hier S. 279–281.

diert. In immerhin 40 von den 87 Wahlkreisen rückte die AfD 2022 zur drittstärksten Kraft auf, was den Grünen nur in 36 Wahlkreisen gelang.²¹ Während die Grünen vor allem in Großstädten und den sie umgebenden Regionen reüssierten, ist die AfD in und um Klein- und Mittelstädte und in ländlichen Regionen besonders erfolgreich.²²

Interessant ist der Blick in die traditionellen Hochburgen der niedersächsischen Volksparteien, die von hohem Niveau aus deutlich abschmelzen. Obwohl SPD und CDU in ihren Stammgebieten im Nordwesten und Südosten des Landes noch immer die höchsten Stimmanteile erzielen, verlieren sie dort zugleich die meisten WählerInnen.²³ Dies allein muss nicht überraschen, waren die Hochburgen der Volksparteien doch immer schon hart umkämpft.²⁴ Neu hingegen ist, dass WählerInnen weniger zwischen CDU und SPD mäandern, sondern in Richtung AfD davonströmen. Sie erzielt ihre höchsten Stimmenanteile als auch –zugewinne vor allem dort, wo CDU und SPD ihre höchsten Ergebnisse bzw. stärksten Verluste erlitten haben.²⁵

Aus diesem Humus der erodierenden Volksparteien erwachsen zwei Hochburgen der AfD (s. Abbildung 5): Die erste AfD-Hochburg zeigte sich schon 2017.²⁶ Sie reicht von den ländlich-protestantisch geprägten Regionen nördlich von Hannover nach Osten und in den Süden des Landes hinunter. Im industriell geprägten

Südosten, zwischen Gifhorn, Helmstedt, Wolfenbüttel und Salzgitter, erzielte die AfD 2022 Rekordergebnisse zwischen 14 und 18,4 Prozent. Diese neuindustriellen Regionen waren in den 1950er Jahren zunächst Hochburgen des niedersächsischen Nachkriegsrechtsradikalismus und konnten erst später von der Sozialdemokratie erobert werden.²⁷ Spätestens mit den asylpolitischen Konflikten der Jahre 2015/16 ließ ihre politisch-kulturelle Deutungskraft hier jedoch vielerorts spürbar nach, was den Boden für den Aufstieg der AfD bereitete.²⁸

Die zweite und neue AfD-Hochburg findet sich im Westen Niedersachsens, wo sie bei den Landtagswahlen 2017 noch unterdurchschnittlich abschnitt.²⁹ Hier gilt es, zwei Gebiete mit recht unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen zu unterscheiden.³⁰ Im ländlich-katholischen Südwesten, von Meppen bis Cloppenburg, der traditionell als elektorale Festung der konservativen CDU gilt, erzielte die AfD 2022 zwar unterdurchschnittliche Ergebnisse, aber hohe Zugewinne (7,4–9,2 Prozent), was auch auf den Krisen- und Transformationsdruck in der von Fleischindustrie und saturierten ländlich-konservativen Lebensweisen dominierten Region verweisen mag.³¹ Im protestantisch-maritim geprägten Nordwesten, von Wittmund bis Papenburg, der in den 1950er Jahren einen Hort des Nachkriegsrechtsradikalismus in Niedersachsen bildete, konnte die AfD 2022 überdurchschnittliche Gewinne als auch Ergebnisse erzielen (13,5–15,6 Prozent).

21 Allerdings erzielten die Grünen in zwei Wahlkreisen die meisten Stimmen und wurden in neun Wahlkreisen zweitstärkste Kraft, vgl. Landesamt für Statistik, endgültiges Ergebnis.

22 Vgl. Franzmann, S. 5–7.

23 Zur starken Überschneidung der jeweils 25 stimmstärksten Wahlkreise von SPD und CDU und deren jeweils höchsten 25 Stimmverlusten vgl. Landesamt für Statistik, endgültiges Ergebnis.

24 Vgl. Klecha, S. 90–93.

25 Vgl. Landesamt für Statistik, endgültiges Ergebnis.

26 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 44–46.

27 Vgl. Klecha, S. 81–86.

28 Vgl. Finkbeiner et al.: Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten, Göttingen 2021, S. 81–82.

29 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 44–45.

30 Vgl. folgend Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens, Göttingen 2019, S. 20 und S. 28–31.

31 Vgl. Bingener, Reinhard: Prägung schmilzt, in: FAZ, 11.10.2022, S. 3 sowie: Pennekamp, Johannes: Wähler, die viel zu verlieren haben, in: FAZ, 22.07.2022, S. 3.

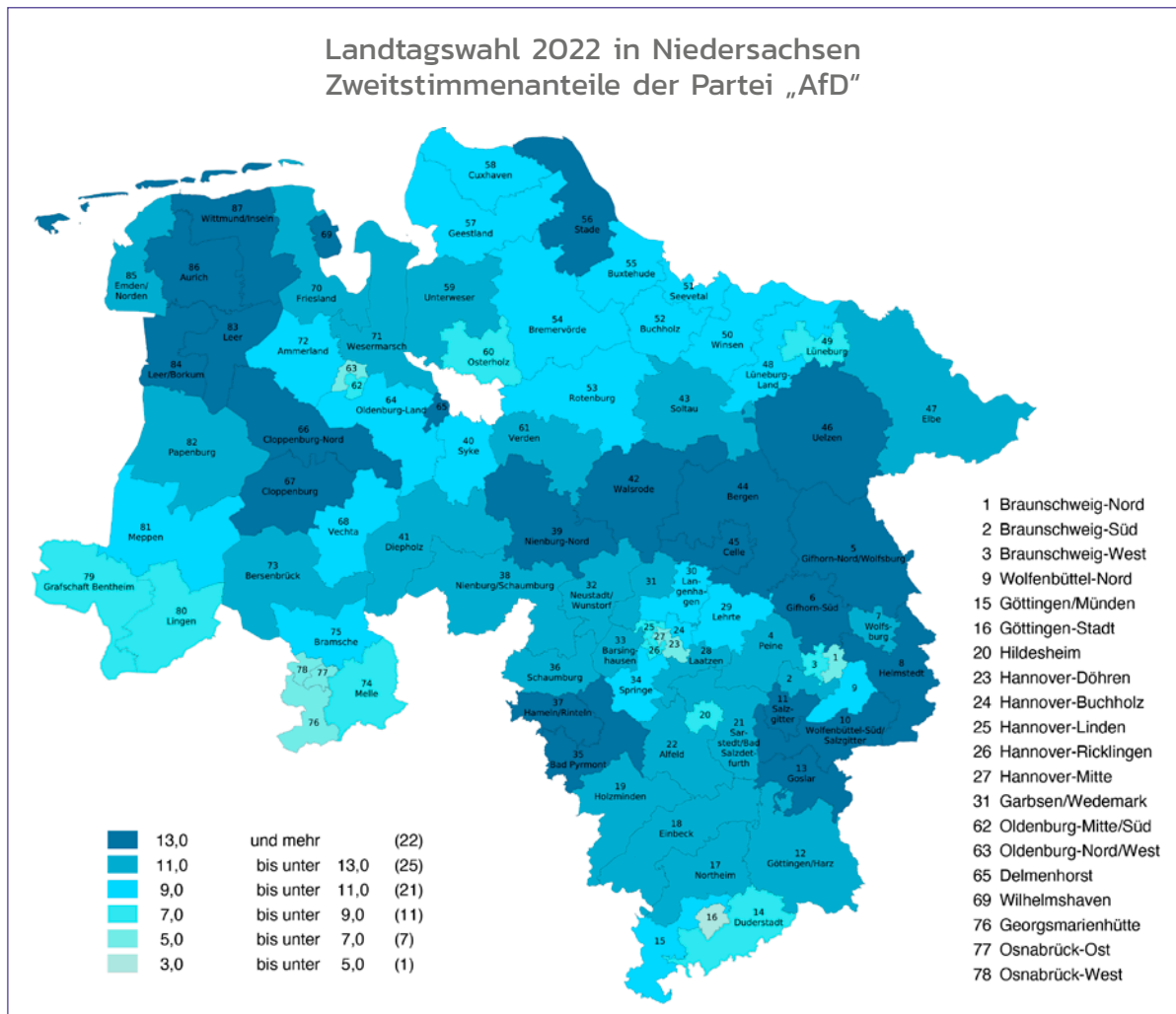


Abbildung 5: Zweitstimmen AfD (Wahlkreise), Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/reports/Sonstiges/O32.pdf> [zuletzt abgerufen am 09.03.2023].

Motive: Warum wurde AfD gewählt?

Warum sich so viele WählerInnen für die AfD entschieden haben, lässt sich anhand der in den Wahltagsumfragen erhobenen Einstellungen zumindest grob nachvollziehen.³² Es werden verschiedene, ineinandergreifende Motivlagen, wie es für die WählerInnenmobilisierung der

AfD durchaus typisch ist, ersichtlich.³³ Interessant ist dabei, dass sich hier fast immer eine äußerst starke wie unversöhnliche Frontstellung zwischen den WählerInnen der AfD und den Grünen,³⁴ aber vielfach auch zwischen den

32 Zu den folgenden Daten von Infratest-Dimap vgl. hier und folgend: Niedersachsen: Landtagswahl 2022. Umfragen, in: tagesschau.de, 10.10.2022, URL: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-10-09-LT-DE-NI/> [eingesehen am 14.10.2022].

33 Vgl. etwa Pickel, Susanne: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?, in: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan: Die Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2019, S. 145–175 sowie: Rippl, Susanne/Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural-Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 237–254.

34 Vgl. Hirndorf/Neu: Landtagswahl, S. 6.

WählerInnen der AfD und denen aller anderen Parteien, zeigt.

Erstens weisen die AfD-WählerInnen eine weit überdurchschnittlich ausgeprägte politische Entfremdung auf. 52 Prozent von ihnen geben an, ihre Wahlentscheidung aus Enttäuschung über die anderen Parteien getroffen zu haben (alle Befragten: 30 Prozent); 90 Prozent beschreiben die AfD als einziges Mittel, um ihren Protest über die vorherrschende Politik auszudrücken, 83 Prozent sind mit der Demokratie in Deutschland insgesamt unzufrieden (alle: 39 Prozent). Die Zufriedenheit mit der Arbeit der vorherigen Landesregierung ist mit 6 Prozent unter AfD-WählerInnen besonders niedrig (alle: 56 Prozent). Insgesamt weisen diese Ergebnisse auf eine Protestwahl der Unzufriedenen hin.

Verknüpft ist die politische Entfremdung, *zweitens*, mit starken ökonomischen Abstiegsängsten. Deren Sprengkraft hatte in Niedersachsen abgenommen,³⁵ wurde aber offenbar durch den Ukraine-Krieg, die befürchtete Energiekrise und steigende Inflation neu befeuert. Fast 80 Prozent der AfD-WählerInnen beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Lage als schlecht (alle: 54 Prozent), ein Drittel schätzt auch die eigene wirtschaftliche Lage negativ ein (alle: 17 Prozent). Die übergroße Mehrheit der AfD-WählerInnen rechnet kriegs- und inflationsbedingt mit Einkommens- und Wohlstandsverlusten (97 Prozent), sorgt sich davor, ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können (AfD: 84 Prozent, alle 60 Prozent) oder fürchtet einen Zusammenbruch der Energieversorgung im Winter (AfD: 81 Prozent, alle: 52 Prozent).

Diese Unzufriedenheiten und Krisenängste führen aber nicht zufällig zur AfD-Wahl. Deutlich sind, *drittens*, klare kulturelle und politische Affinitäten zu autoritären und nationalistischen Positionen, die im Zuge der krisenbedingten Polarisierung von den etablierten Parteien nicht mehr oder nur noch eingeschränkt vertreten

werden. Die größte Einigkeit herrscht beim vor-maligen Kernthema der AfD: 99 Prozent ihrer WählerInnen finden es gut, dass die Partei den Zuzug von AusländerInnen und Flüchtlingen stärker begrenzen will (alle: 33 Prozent). Hinzu kommen oppositionelle Haltungen zu aktuellen Konfliktfragen: So unterstützen 84 Prozent der AfD-WählerInnen den Einsatz der Partei gegen Corona-Beschränkungen, 72 Prozent sprechen sich für eine Aufhebung der Russland-Sanktionen aus.

Krieg, Krise, Protest – und neue Polarisierung

Insgesamt lässt sich der überraschende AfD-Erfolg bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022 folgendermaßen erklären: Aufbauend auf ihrer relativ breiten und treuen StammwählerInnenenschaft gewinnt die AfD 2022 elektoral massiv hinzu. In der aufgewühlten Melange aus Ukraine-Krieg, drohender Energiekrise und steigender Inflation kann sie die schon länger ansteigende Anzahl der parteipolitisch unbehausten WählerInnen in Niedersachsen für sich gewinnen, indem sie deren anschwellenden Unmut über multiple Krisen und ihre Affinitäten zu alternativen Lösungsstrategien adressiert.

Abermals konnte die AfD also als Partei des Krisenprotests reüssieren und das latente rechtspopulistische Potenzial in Niedersachsen überraschend weit ausschöpfen.³⁶ Zugleich brach sie weit in die StammwählerInnenenschaft der Volksparteien und deren regionale Hochburgen im Südosten und Nordwesten des Landes ein. Dies konnte auch deshalb gelingen, weil CDU und SPD in Niedersachsen stets weit über ihre tradierten KernwählerInnenchaften hinaus mobilisiert hatten.³⁷ Die AfD konnte in diesem Humus volksparteilicher Erosion zwar erst rela-

35 Vgl. Franzmann/Helmer, S. 91.

36 Dieses wurde auf Basis der Daten des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2021 bei 13,2 Prozent bestimmt, vgl. Franzmann/Helmer, S. 86–87.

37 Vgl. Micus, S. 110–112.

tiv spät Wurzeln schlagen, doch nun wächst sie – auch nach dem Zerfall der innerparteilichen Strömung der „Bürgerlichen“ um Jörg Meuthen³⁸ – gerade hier beachtlich.

Darüber hinaus gilt: Der Wandel des niedersächsischen Parteiensystems, der sich lange eher still vollzog, erfährt mit der Landtagswahl 2022 einen kräftigen Schub. Weil von den Verlusten der etablierten Kräfte vor allem die Grünen und die AfD profitierten, zeichnet sich nun auch in Niedersachsen eine neue Polarisierung ab. Neben dem weiterhin dominanten Gegenüber von SPD- und CDU- geführten Lagern gewinnt der Gegensatz zwischen autoritär-nationalistischen Positionen der AfD und libertär-universalistischen der Grünen auch auf Ebene der Wahlergebnisse nun strukturbildende Kraft.³⁹

Verschiedene Ergebnisse der niedersächsischen Landtagswahl 2022 deuten darauf hin, dass sich dieser Wandel auch nach dem Ende der akuten Krisen fortsetzen könnte. Demografisch kündigt sich mittelfristig eine massive Veränderung des Wahlverhaltens zuungunsten der Volksparteien und zugunsten von Grünen, AfD und FDP an. Inhaltlich deuten viele Befunde der Wahltagsbefragungen schon jetzt auf eine ausgeprägte Polarisierung zwischen den WählerInnen der AfD und denen von Grünen, SPD und CDU hin, die sich vermutlich nur teilweise wieder aufheben lässt. Jedenfalls: Auf die parteipolitische Erdverwachsenheit der Niedersachsen ist spätestens seit der Landtagswahl 2022 nun wirklich kein Verlass mehr.

Literatur:

Bingener, Reinhard: Prägung schmilzt, in: FAZ, 11.10.2022, S. 3.

Deckers, Daniel: Die Ampel auf Bewährung, in: FAZ, 11.10.2022, S. 10.

Finkbeiner, Florian/Dewitz, Dominik/Trittel, Katharina/Brühl, Ellen/Schröder, Niklas/Nolte, Marie: Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten, Göttingen 2021.

Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020.

Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens, Göttingen 2019.

Franzmann, Simon T.: Niedersachsen hat gewählt. Kurzanalyse der Niedersächsischen Landtagswahl 2022, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 2022, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/19876.pdf> [eingesehen am 26.02.2023].

Franzmann, Simon/Helmer, Joshua: Wo sind all die Rechten in Niedersachsen hin?, in: Demokratie-Dialog H. 11/2022, S. 82–94.

Hensel, Alexander: Die AfD zwischen Gärung und Klärung. Zur Entwicklung von Strömungen und Strategien nach dem Rückzug Jörg Meuthens, in: Demokratie-Dialog H. 11/2022, S. 72–81.

Hensel, Alexander: Kritik, Kontrolle, Alternative? Die AfD als parlamentarische Opposition in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, in: Bröchler, Stephan/Glaab, Manuela/Schöne, Helmar (Hrsg.): Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition?, Wiesbaden 2020, S. 275–300.

Hirndorf, Dominik/Neu, Viola: Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Oktober 2022, URL: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022> [eingesehen am 26.2.22].

Hirndorf, Dominik/Neu, Viola: Tabellenanhang zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung 2022, URL: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022> [eingesehen am 26.02.2022].

Klecha, Stefan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104.

Koß, Michael/Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291–314.

Landesamt für Statistik Niedersachsen: Endgültiges amtliches Ergebnis der Landtagswahl am 9. Oktober 2022, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/> [eingesehen am 11.11.2022].

Meyer, Holger/Müller-Rommel, Ferdinand: Die niedersächsische Landtagswahl vom 15. Oktober 2017: „Vernunftheirat“ führt zu erster Großer Koalition nach 50 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H.1, S. S. 3–22.

Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christi-

38 Vgl. Hensel, Alexander: Die AfD zwischen Gärung und Klärung. Zur Entwicklung von Strömungen und Strategien nach dem Rückzug Jörg Meuthens, in: Demokratie-Dialog H. 11/2022, S. 72–81.

39 Zur Einstellungsebene vgl. bereits: Franzmann/Helmer, S. 91.

an (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133.

Otto, Ferdinand/Venohr, Sascha: Wahl in Niedersachsen: Der FDP laufen die Wähler in beide Richtungen weg, in: Zeit-Online, 10.10.2022, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/wahl-niedersachsen-landtag-waehlerwanderung> [eingesehen am 26.02.2023].

Pennekamp, Johannes: Wähler, die viel zu verlieren haben, in: FAZ, 22.07.2022, S. 3.

Pickel, Susanne: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?, in: Korte, Karl-Rudolf/ Schoofs, Jan: Die Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2019, S. 145–175.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural-Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 237–254.

Steffen, Tilman: Die Populisten sind zurück – vorerst, in: Zeit-Online, 09.10.2022, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/afd-niedersachsen-landtagswahl-erfolg> [eingesehen am 12.10.2022].



Alexander Hensel, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht seit mehreren Jahren zur Parteien- und Parlamentsentwicklung der AfD auf Bundes- und Landesebene.

Fricke, Leander (2023):
„Demografie und Rechts-
radikalismus: Kann die
AfD von Alterungs- und
Abwanderungsprozessen in
Niedersachsen profitieren?“
In: Demokratie-Dialog 12
(2023) S. 66–73.
doi: 10.17875/gup2023–2373

Demografie und Rechts- radikalismus

Kann die AfD von Alterungs-
und Abwanderungsprozessen
in Niedersachsen profitieren?

Leander Fricke

Einleitung

Im August 2021 gab der damalige Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung* ein Interview. Der Anlass und die inhaltliche Richtung des Gesprächs lagen – zumindest für das Blatt – auf der Hand: der durch die Corona-Krise ausgelöste Wirtschaftseinbruch. Doch Scheele war es ein Anliegen, das Gesagte in ein größeres Panorama einzuordnen: „Ich mache mir gar nicht so viele Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. [...] Aber es wird durch die demographische Entwicklung in Deutschland zu wenig Arbeitskräfte geben. [...] Die Demographie ist kritischer als die Transformation. Ich verstehe nicht, warum da-

rüber niemand redet.“¹ Auch zum Jahresbeginn 2023 nahmen die Diskussionen über fehlende Fachkräfte und die Schieflage des Rentensystems erneut an Fahrt auf.² Nicht zu Unrecht. Denn mit dem Jahr 2023 beginnt eine histo-

- 1 Hagelüken, Alexander: „Wir brauchen 400 000 Zuwanderer pro Jahr“, in: SZ.de, 24.08.2021, URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderung-arbeitsmarkt-coronakrise-afd-15390143?reduced=true> [eingesehen am 02.03.2023].
- 2 So wurde u.a. in den ersten beiden Gesprächsrunden der öffentlichkeitswirksamen Sendung *Markus Lanz* im Jahr 2023 über die Folgen des demografischen Wandels diskutiert. Vgl. Meyns, Michael: Fachkräftemangel bei Markus Lanz: „Die Rente mit 63 ist ein Unding!“, in: fr.de, 12.01.2023, URL: <https://www.fr.de/kultur/tv-kino/markus-lanz-zdf-fachkraefte-mangel-die-rente-mit-63-ist-ein-unding-tv-talk-kritik-92023025.html> [eingesehen am 02.03.2023].

rische Phase, in der die bisher stärksten Geburtenjahrgänge ins Rentenalter übergehen und in der jedes Jahr mehr Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als neue eintreten.³

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive stellt sich zunehmend die Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen eine alternde und in absehbarer Zeit auch schrumpfende Gesellschaft mit sich bringt, denn: Der demografische Wandel befeuert – sofern politische Interventionen ausbleiben – die ohnehin schon vorzufindenden strukturellen und sozioökonomischen Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen sowie zwischen östlichen und westlichen Gebieten der Bundesrepublik.⁴

In der Rechtsextremismusforschung – insbesondere in Studien mit lokalem und regionalem Fokus – werden Abwanderungs- (vor allem jüngerer Menschen) und/oder Alterungsprozesse zunehmend als Gefahr für eine demokratische (Lokal-)Kultur und als begünstigende Faktoren für die Etablierung und Normalisierung von Rechtsextremismus herausgearbeitet.⁵ Von

dieser Dynamik profitiert auf politischer Ebene vor allem eine Partei: die sich zunehmend radikalisierte Alternative für Deutschland (AfD). So zeigen Wahlanalysen, dass die AfD zunehmend in Gebieten Erfolge verzeichnet, welche verstärkt mit Abwanderungs- und Alterungsprozessen konfrontiert sind.⁶

Doch wie verhält es sich in Niedersachsen? Lassen sich Zusammenhänge zwischen demografischen Faktoren und einer Etablierung und Normalisierung des parteipolitischen Rechtsradikalismus⁷ in Niedersachsen auf der Ebene von Wahlergebnissen finden?

Methode und Analyse

Um sich der Überalterungs- und Abwanderungsthese als erklärende Variablen des Wahlerfolgs der AfD empirisch zu nähern, wird sich auf die vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik zur Verfügung gestellten Datensätze zur Bevölkerungsentwicklung bezogen. In Gebieten mit a) einer älteren Bevölkerung sollten der Überalterungsthese zufolge überdurchschnittlich hohe AfD-Erfolge zu verzeichnen sein. Die gleiche Annahme gilt b) für Gebiete,

3 Vgl. Stephanowitz, Johann: Statistik: Zahl der Rentner wird deutlich zunehmen, in: zeit.de, 30. 09.2021, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-09/statistisches-bundesamt-rentner-zahl-deutschland-2035-anstieg-bevoelkerung> [eingesehen am 03.03.2023]. Vgl. auch Schulz, Stefan: Die Altenrepublik. Wie der demographische Wandel unsere Zukunft gefährdet, Hamburg 2022, S. 13f.

4 Vgl. Feld, Lars P. et al.: Die Herausforderungen jetzt annehmen! Demografischer Wandel, Klimaschutz, Digitalisierung, Berlin 2021, S. 27. Vgl. auch Oberender, Peter: Wachstumsmarkt ländlicher Raum – die Diversifikation ländlicher Räume als Chance der Gesundheitspolitik, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden 2014, S. 17–20, hier S. 17.

5 Siehe insbesondere: Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden 2015; Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume?

Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld 2020 und Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld 2022.

6 Vgl. Richter, Christoph/Bösch, Lukas: Demokratiefreie Räume. Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl (2017), Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung 2017, S. 31ff; Vgl. auch MIDEM/Vorländer, Hans (Hrsg.): Emigration in Europa. Jahresbericht, Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden 2020, S. 18–30.

7 In Anlehnung an Finkbeiner/Trittel/Geiges wird der Termini des Rechtsradikalismus verwendet. Die AfD kann insofern als rechtsradikale Partei eingeordnet werden, als dass sie „autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen vertritt“, vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 307.

die von Abwanderung junger Menschen betroffen sind. Um der vorliegenden Analyse einen vergleichenden und weiterführenden Charakter zu verleihen, orientiert sie sich methodisch an der Arbeit von Finkbeiner/Schröder zum Wählerpotenzial der AfD in Niedersachsen, da diese neben weiteren Erklärungsansätzen explizit den hier formulierten Thesen nachgeht.⁸ Da sich Finkbeiner/Schröder auf die AfD-Wahlergebnisse (Zweitstimmen) der drei Wahlen zwischen 2017 und 2019 beziehen⁹, stellt sich grundsätzlich die Frage, ob sich durch die Einbeziehung der Bundestagswahl 2021 und der Landtagswahl 2022 – und der sich möglicherweise veränderten Alters- und Abwanderungsdynamik – Veränderungen feststellen lassen.

Ferner wird die Überalterungsthese durch das Heranziehen des Jugendquotienten, dem Verhältnis der jungen Bevölkerung zur Bevölkerung im Erwerbsalter, ergänzt. Zudem wird eine längere Zeitspanne betrachtet, um die Abwanderung von jüngeren Bevölkerungsgruppen zu untersuchen. Der Beitrag setzt sich also zum Ziel, die zentralen Annahmen und Befunde von Finkbeiner/Schröder durch eine empirische Erweiterung zu aktualisieren und zu überprüfen.

Überalterungsthese

Operationalisiert werden „alte“ kreisfreie Städte und Landkreise (Gebietsgliederungen), die das Maß der statistischen Standardabweichung (1,65 Jahre) zum Altersdurchschnitt aller Gebietsgliederungen von 45,1 Jahren (arithmetisches Mittel) erreichen oder überschreiten. Als „alt“ gelten demnach zehn Gebietsgliederungen, die ein

Durchschnittsalter von mindestens 46,7 aufweisen. Tabelle 1 zeigt die AfD-Wahlergebnisse in diesen Gebietsgliederungen und hebt jene hervor (gefettet), die die Landesdurchschnitte bei den einzelnen Wahlen überschreiten. Die blau hervorgehobenen Gebietsgliederungen kennzeichnen jene kreisfreien Städte und Landkreise, in denen die AfD in allen fünf Wahlen ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte; die nur gefetteten zeigen jene Gebiete, bei denen die AfD bei vier Wahlen ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte.¹⁰ Dieselbe Lesart gilt auch für die folgenden Tabellen.

Insgesamt weisen knapp dreiviertel (72 %) aller (50) dargestellten Wahlergebnisse der „ältesten“ zehn Gebietsgliederungen in Niedersachsen einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil für die AfD auf. Überdurchschnittliche Wahlergebnisse in allen zur Analyse herangezogenen Wahlen erzielte die AfD in fünf von zehn Gebietsgliederungen. Grundsätzlich kann also von einem Trend gesprochen werden, der Überalterung als strukturelle Begünstigung für eine AfD-Wahl bestätigt.

Auffällig ist jedoch, dass die AfD in der „ältesten“ Region Niedersachsens, Lüchow-Dannenberg, stets Ergebnisse unter dem Landesdurchschnitt erzielte. Dass allein das (Durchschnitts-) Alter als Erklärungsvariable nicht ausreicht, wird zudem deutlich, wenn man mit umgekehrten Vorzeichen misst: also die höchsten elektoralen Gewinne der AfD als Ausgangspunkt nimmt und den jeweiligen Altersdurchschnitt der Gebietsgliederungen berücksichtigt. Zählten für die BTW 2017 noch drei „alte“ Gebiete (Goslar, Hameln-Pyrmont, Schaumburg) zu den zehn Gebieten mit den höchsten AfD-Wahlergebnissen, trifft dies nach der LTW 2022 nur noch auf Goslar zu.¹¹ Die Gebiete, in denen die AfD

8 Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020, S. 47–51.

9 Also auf die Bundestagswahl 2017, die Landtagswahl 2017 und die Europawahl 2019.

10 Die Europawahl 2014 findet aufgrund des ideologisch-programmatischen Wandels der Partei keine Berücksichtigung. Vgl. u. a. Hensel, Alexander: Die AfD zwischen Gärung und Klärung, in: Demokratie-Dialog, H. 11/2022, S. 72–81, hier S. 73.

11 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 48.

Tabelle 1: Gebietsgliederungen mit dem höchsten Altersdurchschnitt in Niedersachsen

Gebietsgliederung Kreisfr. Stadt, Landkreis	Ø Alter	BTW 2017 AfD Ø=9,1	LTW 2017 AfD Ø=6,2	EW 2019 AfD Ø=7,9	BTW 2021 AfD Ø=7,4	LTW 2022 AfD Ø=11,0
Lüchow-Dannenberg	48.6	7,8	5,4	7,5	7,0	10,9
Goslar	48.4	11,1	7,8	10,3	8,3	14,4
Holzminen	47.5	9,6	6,0	8,3	9,0	12,8
Friesland	47.4	8,2	5,9	7,7	9,1	11,8
Northeim	47.4	9,5	6,3	8,1	8,0	12,0
Uelzen	47.4	9,4	6,7	8,8	8,6	14,0
Cuxhaven	46.9	8,9	5,9	8,1	7,8	9,6
Schaumburg	46.8	10,3	6,9	9,0	8,7	11,5
Hamel-Pyrmont	46.7	10,5	7,2	9,8	8,8	13,6
Wittmund	46.7	8,2	5,6	8,7	8,5	13,5

Eigene Darstellung nach Angaben von Finkbeiner/Schröder (2020), dem Niedersächsischen Landesamt für Statistik (Werttabelle T0901011) und dem votemanager.¹³

ihre höchsten Erfolge erzielen konnte, Salzgitter und Gifhorn-Nord/Wolfsburg, liegen mit einem Durchschnittsalter von 44,2 Jahren sogar stark unter dem Landesdurchschnittsalter.¹²

Doch vielleicht ist nicht nur das Durchschnittsalter entscheidend, sondern unter anderem auch der Anteil und die Entwicklung der jüngeren Alterskohorte an der Gesamtbevölkerung? Dass die Zustimmung zur AfD in Gebieten ausgeprägter ist, in denen „viele ältere und wenig jüngere Menschen leben“¹⁴, konstatieren zumin-

dest Christian Franz, Marcel Fratscher und Alexander Kritiko in ihrer Analyse zur Bundestagswahl 2017.

Tabelle 2 zeigt die fünf niedersächsischen Gebietsgliederungen, in denen der Jugendquotient jeweils am niedrigsten und am höchsten ist. Die nach dem Mittelwert folgenden Gebietsgliederungen kennzeichnen absteigend die Regionen mit dem höchsten Jugendquotienten. Ausgangsposition für die Anordnung bildet der niedrigste Jugendquotient von 2021. Um mögliche Bevölkerungsentwicklungen bei der Analyse zu berücksichtigen, wurde zusätzlich der Jugendquotient von 2017 hinzugezogen.¹⁵

Die These, dass in Gebieten, in denen im Verhältnis zur im erwerbsfähigen Alter stehenden (20–65 Jahre) Bevölkerung die wenigsten unter 20-jährigen Menschen leben, überproportional viel AfD gewählt wird, lässt sich in Nieder-

12 Vgl. Landeswahlleiterin Niedersachsen: Regionale Besonderheiten bei der Landtagswahl 2022 in Niedersachsen, Zweitstimmenanteile der Partei AfD in einzelnen Wahlkreisen, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/reports/Sonstiges/O24.pdf> [eingesehen am 04.02.2023].

13 Votemanager abrufbar unter URL: <https://www.vote-it.de/>. Vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen: LSN-Online Datenbank. Tabelle T0901011, URL: <https://www.lns.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> [eingesehen am 01.03.2023].

14 Franz, Christian/Fratscher, Marcel/ Kritikos, Alexander S.: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, DIW Wochenbericht, Deut-

ches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 2018, S. 135–144, hier S. 144.

15 Gebietsgliederungen, die im Jahr 2017 noch nicht zu den fünf höchstanteiligen gehörten, wurden mit einem * gekennzeichnet.

Tabelle 2: Niedrigster und höchster Jugendquotient (Jq.) (unter 20-Jährige je 100 Personen von 20 bis unter 65 Jahren) nach Gebietsgliederungen

	Gebietsgliederung Kreisfr. Stadt, Landkreis	Jq. 2021	Jq. 2017	BTW 2017 AfD Ø=9,1	LTW 2017 AfD Ø=6,2	EW 2019 AfD Ø=7,9	BTW 2021 AfD Ø=7,4	LTW 2022 AfD Ø=11,0
1	Braunschweig	26.7	26.4	8,4	6,0	6,8	5,9	8,0
2	Goslar	27.0	27.6	11,1	7,8	10,3	8,3	14,4
3	Osnabrück	27.0	27.2	7,0	4,3	5,6	6,2	11,5
4	Oldenburg	27.7	28.1	6,7	6,1	7,8	4,3	9,7
5	Wilhelmshaven	29.3	28.6	9,1	8,3	9,3	9,2	14,2
...	<i>Mittelwert</i>	32,2	32,0					
44	Gifhorn	34.9	33.6*	11,4	7,3	9,8	9,7	15,7
45	Delmenhorst	34.9	33.3*	13,1	10,5	11,9	10,2	14,9
46	Vechta	36.4	36.6	7,0	4,2	6,1	5,8	9,0
47	Salzgitter	36.8	34.4	16,4	13,7	15,0	9,9	18,4
48	Cloppenburg	37.3	38.3	8,1	6,1	7,5	7,8	8,0

Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik (Wertetabelle T0901047) und dem votemanager.

sachsen nicht bestätigen. Lediglich in zwei der fünf Gebietsgliederungen mit dem niedrigsten Jugendquotienten (Goslar und Wilhelmshaven) wurde die AfD in allen betrachteten Wahlen überdurchschnittlich gewählt. Sofern sich von einem Trend sprechen lässt, zeigt er sich vielmehr in der gegenteiligen Entwicklung: So sind drei von den fünf Gebieten mit dem anteilig höchsten Jugendquotienten auch jene Gebiete, in denen die AfD nicht nur in allen betrachteten Wahlen überdurchschnittlich gewählt wurde, sondern auch insgesamt zählen Delmenhorst, Salzgitter und mittlerweile auch Gifhorn zu den elektoralen Hochburgen der AfD.¹⁶ Durch die demografische Brille betrachtet scheint ein überdurchschnittlich hoher AfD-Wahlerfolg in Niedersachsen also in der Tendenz *nicht* mit einem niedrigen und abnehmenden Anteil der unter 20-Jährigen zusammenzuhängen. Vielmehr lässt sich ein überdurchschnittlich hoher AfD-Wahlerfolg in Gebietsgliederungen mit einem hohen und wachsenden Anteil jüngerer Alterskohorten beobachten.

16 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 44.

Abwanderungsthese

Um sich der Abwanderungsthese zu nähern, wird sich auf das Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Fort- und Zuzügen der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in den einzelnen Gebietsgliederungen, bezogen. Die Ergebnisse von Finkbeiner/Schröder legen nahe, dass die Abwanderungsthese in Niedersachsen keine Gültigkeit besitzt – von den fünf am stärksten von Abwanderung betroffenen Gebietsgliederungen wies nur der Landkreis Osterholz leicht überdurchschnittliche AfD-Werte auf.¹⁷ Bei einer Sichtung der Daten fällt jedoch auf, dass sich das jährliche Wanderungssaldo teils erheblich unterscheiden kann.¹⁸ Finkbeiner/Schröder

17 Vgl. Finkbeiner/Schröder, S. 50.

18 So verzeichnete etwa der Landkreis Goslar im Jahr 2020 die höchste Abwanderungsrate innerhalb Niedersachsens, während er bereits ein Jahr später auf den oberen Plätzen eines positiven Wanderungssaldos von Menschen der Alterskohorte 18 bis unter 25 Jahre rangiert. Vgl. Landesamt für Statistik Nie-

Tabelle 3: Gebietsgliederungen mit der anteilmäßig höchsten Abwanderung von Menschen in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen (2007–2021)

Gebietsgliederung Kreisfr. Stadt, Landkreis	Abwanderung in % zwischen 2007–2021	BTW 2017 AfD Ø=9,1	LTW 2017 AfD Ø=6,2	EW 2019 AfD Ø=7,9	BTW 2021 AfD Ø=7,4	LTW 2022 AfD Ø=11,0
Lüchow-Dannenberg	-3,43	7,8	5,4	7,5	7,0	10,9
Gifhorn	-3,07	11,4	7,3	9,8	9,7	15,7
Friesland	-2,98	8,2	5,9	7,7	9,1	11,8
Osterholz	-2,74	9,6	6,6	8,1	7,5	9,5
Wittmund	-2,40	8,2	5,6	8,7	8,5	13,5
Cuxhaven	-2,39	8,9	5,9	8,1	7,8	9,6
Wesermarsch	-2,22	8,3	5,3	7,9	7,8	11,6
Northeim	-2,05	9,5	6,3	8,1	8,0	12,0
Peine	-2,01	7,8	6,3	9,3	9,0	12,1

Eigene Darstellung nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik (Wertetabelle T0901221, A100011G, K1200053 und K1200050) und dem votemanager.

konzentrieren sich jedoch (nur) auf ein Erhebungsjahr. Um den jährlichen Schwankungen des Wanderungssaldos methodisch gerecht zu werden, wurde nun der Zeitraum 2007 bis 2021 betrachtet und das durchschnittliche Wanderungssaldo (arithmetisches Mittel) der Gebietsgliederungen berechnet. Tabelle 3 führt die neun Gebietsgliederungen auf, die von 2007 bis 2021 prozentual am stärksten von Abwanderungen betroffen waren und einen Wert von mindestens -2 % aufweisen.

Eine klare Aussage darüber zu treffen, ob von Abwanderung betroffene Regionen in Niedersachsen tatsächlich eine erhöhte Affinität zur AfD-Wahl aufweisen, lässt die recht diffuse Datengrundlage nicht zu – tendenziell findet die Abwanderungsthese jedoch keine empirische Entsprechung. Lediglich in zwei von neun Gebietsgliederungen wurde die AfD in allen betrachteten Wahlen überdurchschnittlich gewählt.

Insgesamt übersteigen zwar mehr als die Hälfte der Wahlergebnisse den jeweiligen AfD-Landesdurchschnitt, die Differenzen liegen jedoch oftmals nur bei wenigen Zehntelprozentpunkten, sodass auf dieser Grundlage mitnichten auf strukturelle Regelmäßigkeiten geschlossen werden kann. Die von Finkbeiner/Schröder konstatierte Einschätzung einer Absage an die Abwanderungsthese in Niedersachsen bestätigt sich also empirisch nuancierter bei der Berücksichtigung eines längeren Betrachtungszeitraumes. Der Blick auf die Entwicklung der letzten 15 Jahre zeigt gleichwohl, dass u.a. der Landkreis Gifhorn, als elektorale Hochburg der AfD, von vermehrter Abwanderung betroffen ist.

Fazit und Ausblick

Die demografische Konstitution und Entwicklung einer lokalen Gemeinschaft stellt eines unter vielen Strukturmerkmalen dar, das die Etablierung und Normalisierung von Rechtsra-

niedersachsen: LSN-Online Datenbank, Tabelle A100011G und K1200053, URL: <https://www.lns.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> [eingesehen am 01.03.2023].

dikalismen begünstigenden kann.¹⁹ Unter dieser Maxime kann festgehalten werden, dass bei empirischen Analysen wie dieser eine getrennte Bearbeitung beider Aspekte aus methodischen Gründen ratsam erscheint. Es hat sich bestätigt, dass die AfD in den „ältesten“ Gebieten Niedersachsens überdurchschnittlich oft gewählt wird. Der Wahlerfolg kann jedoch – das konnte durch die Heranziehung des Jugendquotienten gezeigt werden – nicht etwa durch einen niedrigen Anteil jüngerer Menschen (unter 20 Jahre) erklärt werden. Bekräftigt wird dies durch den Befund, dass in jenen Regionen Niedersachsens, welche mit den höchsten Abwanderungsraten junger Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren konfrontiert sind, die AfD keine überdurchschnittlichen Wahlergebnisse erzielen konnte. Gleicher Befund gilt für Gebiete, die gleichzeitig einen hohen Altersdurchschnitt aufweisen, als auch von vermehrter Abwanderung betroffen sind (Lüchow-Dannenberg, Friesland, Northeim, Cuxhaven und Wittmund).

Warum diese oftmals als eine sich wechselseitig verstärkende beschriebene Dynamik des organisierten rechtsradikalen Potenzials hier ausbleibt, kann viele Gründe haben.²⁰ Zum einen kann hinterfragt werden, ob sich bei einer Abwanderungsrate von zwei bis drei Prozentpunkten im jährlichen Durchschnitt überhaupt von einem sich im lokalen Kontext deutlich auswirkenden Abwanderungseffekt sprechen lässt. Ein weiterer Aspekt könnte der (noch) ausbleibende Bevölkerungsrückgang sein. So blieb etwa in Lüchow-Dannenberg – als die Region in Nieder-

sachsen, die sowohl am „ältesten“ als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung am stärksten von Abwanderung betroffen ist – ein rasanter Rückgang der Bevölkerungszahl über die Jahre aus.²¹ Eine Abwärtsspirale aus Bevölkerungsrückgang, schrumpfender Infrastruktur und geringer wirtschaftlicher Dynamik scheint sich, trotz der politisch sichtbar werdenden „Tendenzen des Auseinanderdriftens ländlicher und städtischer Wahlkreise“²², also in Niedersachsen (noch) nicht im selben Maß abzuzeichnen, wie es in anderen Regionen Deutschlands der Fall ist. Zuletzt sei noch betont, dass nicht so sehr die Alterung und/oder Abwanderung an sich als die entscheidenden Variablen hinsichtlich Ursachen und begünstigenden Faktoren für mögliche Geländegewinne des Rechtsradikalismus im lokalen Kontext ausgemacht werden. Entscheidender ist vielmehr, welche konkrete lokale politische Kultur vorzufinden ist, wie sie auf Strukturveränderungen reagiert und wie mit dem Phänomen des Rechtsradikalismus vor Ort umgegangen wird.²³ Es sollte jedoch auch klar sein, dass die demografische Entwicklung die lokale Kultur in zunehmendem Maße prägen und beeinflussen wird.

19 Aussagen über die Wahlerfolge einer Partei ausschließlich anhand soziodemografischer Variablen – und unter dem spezifischen Gesichtspunkt von Überalterungs- und/oder Abwanderungsprozessen – können natürlich nur einen erklärenden Aspekt unter vielen weiteren anbieten.

20 Vgl. u.a. Quent, Matthias: Der „Volkstod“ und die übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 25 (2014), H. 1, S. 40–53, hier S. 42ff.

21 Von 2007 bis 2021 schrumpfte die Einwohnerzahl um 1993 Personen. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 4 Prozent. Vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen: LSN-Online Datenbank, Tabelle A10001IG, URL: <https://www.lns.niedersachsen.de/statistik/default.asp> [eingesehen am 08.03.2023].

22 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Wüstenrot Stiftung: Teilhabeatlas Deutschland, Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin 2019, S. 27f. Außerdem: Riethmüller, Felicia: Tektonische Verschiebungen? Wahlkreispositionen zur Niedersächsischen Landtagswahl 2022, URL: <https://www.ifdem.de/beitraege/tektonische-verschiebungen/> [eingesehen am 08.03.2023].

23 Vgl. u.a. Quent, Matthias et al.: Vergleichende Betrachtung der Fallstudien, in: Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015, S. 267–293, hier S. 276ff.

Literatur:

Berg, Lynn/Üblacker, Jan (Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld 2020.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Wüstenrot Stiftung: Teilhabeatlas Deutschland, Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin 2019.

Feld, Lars P. et al.: Die Herausforderungen jetzt annehmen! Demografischer Wandel, Klimaschutz, Digitalisierung, Berlin 2021.

Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020.

Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.

Franz, Christian/Fratzcher, Marcel/ Kritikos, Alexander S.: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, DIW Wochenbericht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 2018, S. 135–144.

Hagelücken, Alexander: „Wir brauchen 400 000 Zuwanderer pro Jahr“, in: SZ.de, 24.08.2021, URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderung-arbeitsmarkt-coronakrise-afd-15390143?reduced=true> [eingesehen am 02.03.2023].

Hensel, Alexander: Die AfD zwischen Gärung und Klärung, in: Demokratie-Dialog, H. 11/2022, S. 72–81.

Landesamt für Statistik Niedersachsen: LSN-Online Datenbank, Werttabelle A100011G, K1200050, K1200053, T0901011, T0901047 und T0901221, URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/default.asp> [eingesehen am 08.03.2023].

Landeswahlleiterin Niedersachsen: Regionale Besonderheiten bei der Landtagswahl 2022 in Niedersachsen, Zweitstimmenanteile der Partei AfD in einzelnen Wahlkreisen, URL: <https://wahlen.statistik.niedersachsen.de/LW2022/reports/Sonstiges/O24.pdf> [eingesehen am 04.02.2023].

Meyns, Michael: Fachkräftemangel bei Markus Lanz: „Die Rente mit 63 ist ein Unding!“, in: fr.de, 12.01.2023, URL: <https://www.fr.de/kultur/tv-kino/markus-lanz-zdf-fachkraeftemangel-die-rente-mit-63-ist-ein-unding-tv-talk-kritik-92023025.html> [eingesehen am 02.03.2023].

MIDEM/Vorländer, Hans (Hrsg.): Emigration in Europa. Jahresbericht, Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden 2020.

Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld 2022.

Oberender, Peter: Wachstumsmarkt ländlicher Raum – die Diversifikation ländlicher Räume als Chance der Gesundheitspolitik, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden 2014, S. 17–20.

Quent, Matthias/Schulz, Peter: Vergleichende Betrachtung der Fallstudien, in: Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechts-extremismus in lokalen Kontexten: vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015.

Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015.

Quent, Matthias: Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 25 (2014), H. 1, S. 40–53.

Richter, Christoph/Bösch, Lukas: Demokratieforne Räume. Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl (2017), Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung 2017.

Riethmüller, Felicia: Tektonische Verschiebungen? Wahlkreispositionen zur Niedersächsischen Landtagswahl 2022, URL: <https://www.ifdem.de/beitraege/tektonische-verschiebungen/> [eingesehen am 08.03.2023].

Schulz, Stefan: Die Altenrepublik. Wie der demographische Wandel unsere Zukunft gefährdet, Hamburg 2022.

Stephanowitz, Johann: Statistik: Zahl der Rentner wird deutlich zunehmen, zeit.de, 30. 09.2021, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-09/statistisches-bundesamt-rentner-zahl-deutschland-2035-anstieg-bevoelkerung> [eingesehen am 03.03.2023].



Leander Fricke, geb. 1994, studiert Politikwissenschaft und beginnt im April 2023 sein Masterstudium in Soziologie an der Universität Göttingen. Seit Juli 2022 arbeitet er als studentischer Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) am Institut für Demokratieforschung.

Bislang im Demokratie-Dialog erschienen:



DemDi 1:

Jonathan Riedl / Matthias Micus: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes)

Lino Klevesath: Radikaler Islam

Katharina Trittel: Beobachtungen zum 17. Juni – Identitäre Bewegung in Berlin



DemDi 2:

Philipp Scharf: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels

Annemieke Munderloh: Vom Neonazi zum Muğāhid

Stefan Eisen / Lars Geiges: Staatsleugnerinnen vor Gericht



DemDi 3:

Lars Geiges: Landespolitik zwischen Freiheit und Sicherheit

Joris Sprengeler / Lino Klevesath: V-Leute in der salafistischen Szene

Katharina Trittel: Gedanken zum „Tag der Deutschen Zukunft“



DemDi 4:

Philipp Scharf / Matthias Micus: 1989: Die Göttinger Autonomen im Zenit ihrer Kraft

Stine Marg: „Wehrhafte Demokratie“ als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes

Niklas Knepper: Rechtsradikaler Raumforderungskampf in Göttingen und am Campus?



DemDi 5:

Niklas Knepper / Marie Nolte: Von kleinen und großen Germanen – Ein Film als Einladung an die „Neue Rechte“

Stine Marg / Julian Schenke / Florian Finkbeiner: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff

Teresa Nentwig: Gewaltausbrüche bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich



DemDi 6:

Julian Schenke / Florian Finkbeiner / Amelie Neumann: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive

Anna König: Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

Joris Sprengeler: Die radikale Scharia in der Bundesrepublik



DemDi 7:

Dominik Dewitz / Mari Nolte: AfD in Salzgitter

Florian Grahmann / Lino Klevesath: Radikalislamische Akteure während Corona

Joris Sprengeler: Widerstand 2020



DemDi 8:

Interview mit Simon T. Franzmann: Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Philipp Scharf / Julian Schenke: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele: Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945



DemDi 9:

Tobias Neef-Methfessel: Der Sozialist und der Staatsschutz

Marvin Hild: Zwischen Schein und Sein

Florian Finkbeiner: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten



DemDi 10:

Simon T. Franzmann: Eine polarisierende Zufriedenheit

Marco Bitschnau: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Helge Regner: Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmithen



DemDi 11:

Joschua Helmer: Neuer Ordner

Stephanie Buchholz: Auf der psychoanalytischen Couch

Alexander Hensel: Zwischen Gärung und Klärung

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Prof. Dr. Simon Franzmann
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Chefredakteur:

Philipp Scharf

Herausgeber:

Prof. Dr. Simon Franzmann (Wissenschaftlicher Leiter)
Dr. Philipp Harfst (Projektmanager)
Lino Klevesath (Stellvertretender Projektmanager)

Lektorat:

Dr. Katharina Trittel

Layout und Gestaltung:

Dr. Robert Lorenz

Satz und Bildbearbeitung:

Katja Töpfer

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Rechte:

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.



© 2023 Universitätsverlag Göttingen
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

ISSN (Print) 2568-0641

ISSN (Online) 2748-0127

<https://doi.org/10.17875/gup2023-2357>

FoDEX

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

www.ifdem.de